

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämienabende: 1.10 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Listensachen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: 1.10 Mk. pro Monat, für das übrige Ausland 1.20 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Um Singers Erbe.

Von dem ebenso unverwundeten wie schweren Verlust, der durch Paul Singers Tod die Sozialdemokratie betroffen hat, ist auch der so viele Jahre lang von ihm im Reichstage vertretene vierte Berliner Reichstagswahlkreis am schwersten mit betroffen worden. Wie das deutsche Proletariat überhaupt, so hat auch die Arbeiterklasse, haben alle nichtbesitzenden Schichten des vierten Wahlkreises in Paul Singer einen unermüdlichen Sachwalter ihrer Interessen verloren. Wie tief die Liebe und das Vertrauen zu ihrem Vertreter in den Herzen der proletarischen Bevölkerung gerade des vierten Wahlkreises wurzelte, bewies ja das beispiellose großartige Leidensgefolge, das gerade der Osten und Südosten Berlins bei der Verfassungsfeier gestellt hatte. Aber unsere rastlos drängende Zeit gestattet keine mühsige Trauer, sie heischt energische Fortsetzung des Kampfes. Und gerade der vierte Wahlkreis sieht sich bereits am 10. April vor die Aufgabe gestellt, einen neuen sozialdemokratischen Vertreter in das Reichsparlament zu entsenden. Einmütig ist von einer Massenversammlung des organisierten Proletariats der Genosse Otto Büchner zum Kandidaten für den vierten Wahlkreis aufgestellt worden, und es gilt nun, bei der Ersatzwahl im nächsten Monat den Beweis zu liefern, daß die proletarischen Massen von Berlin O. gewillt sind, das politische Erbe Paul Singers heilig zu halten. Es gilt, den Ideen, für die der Verstorbenen gelebt und gestritten, erneut zu einem glänzenden Siege zu verhelfen, es gilt, bei der Ersatzwahl im Jahre 1911 Zeugnis dafür abzulegen, daß der Gedanke des Sozialismus seit dem Jahre 1869 abermals kraftvolle Fortschritte gemacht hat, daß die Arbeiterbewegung unaufhaltsam im Vormarsch begriffen ist!

Der vierte Wahlkreis gehört zu den größten Wahlkreisen Deutschlands. Während seine Bevölkerungszahl im Jahre 1907 wenig über 520 000 Köpfe umfaßte, war sie bei der Volkszählung im Jahre 1910 bereits auf mehr als 680 000 Köpfe angewachsen. Das ist eine Volkszahl, die, wenn wir statt des elenden agrarischen Wahlkreises ein gleiches Wahlrecht hätten, nicht weniger als vier Abgeordnete in den Reichstag entsenden müßte. Da aber die junkerlich-ultramontane Reaktion krampfhaft an der Wahlkreiseinteilung vom Jahre 1869 festhält, ist es den 600 000 Einwohnern des vierten Berliner Reichstagswahlkreises nur möglich, einen einzigen Vertreter zu stellen. Aber ungeachtet dessen und unbekümmert darum, daß der Wahlsieg der Sozialdemokratie von vornherein gesichert ist, ist es die Pflicht der wertvollen Bevölkerung, durch eine noch stärkere Wahlbeteiligung als im Jahre der konservativ-liberalen Parung für den proletarischen Klassenkampf zu demonstrieren! Burden damals für Paul Singer 82 000 Stimmen abgegeben, so hat die Arbeiterklasse diesmal ihre Ehre dareinzusetzen, ihren jetzigen Kandidaten Otto Büchner mit 100 000 Stimmen in den Reichstag zu wählen! Raslos gilt es zu agitieren, unermüdlich alle Tatkräft einzusetzen, um auch den letzten Wähler zur Wahlurne zu bringen, damit die Protestkundgebung gegen die schändliche Volksauswucherungspolitik der blauschwarzen Reaktion wichtiger ausfällt denn je!

Seit dem schmählichen Raubzug, der durch die Reichsfinanzreform an dem Volke verübt worden ist, ist im ganzen Deutschen Reiche die Erbitterung gegen diese Politik der Steuerausplünderung und der Lebensmittelverteuerung immer eindringlicher hervorgetreten. Wo auch Wahlen stattfanden im Deutschen Reiche, die Stimmen der Sozialdemokratie wiesen ein machtvolles Wachstum auf, während die Verantwortlichen für die schändliche reaktionäre Politik eine zermalmende Niederlage nach der anderen erlitten. Überall in den deutschen Landen zeigte sich, daß das Volk sich nicht länger widerstandslos unterdrücken und ausbeuten lassen will, daß es jede Neuwahl benutzt, um geharnischten Einspruch zu erheben gegen das System der Volksknechtung und Volksauswucherung.

Den die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Denn alles, was seitdem geschehen ist, war nur geeignet, die Empörung der Massen zu hellerer Flamme anzufachen. Trotzdem die berüchtigte Reichsfinanzreform nicht nur die wachsenden Ausgaben des Reiches, von denen neunzehn Zwanzigstel allein auf den Militarismus entfallen, decken, sondern auch noch Mittel zur Abtragung der kolossalen Schuldenlast des Reiches liefern sollte, ist das Reich in der täglichen Defizitwirtschaft stecken geblieben. Und obwohl nicht ein einziger Pfennig für wirkliche Schuldentilgung ausgegeben werden kann, ist noch ein klaffendes Defizit von 100 Millionen Mark vorhanden, das durch einen neuen Pump gedeckt werden muß. Angesichts dieser Tatsache und des ebenso ungewissenhaften Umstandes, daß auch in den nächsten Jahren ein mindestens ebenso großes Defizit vorhanden sein wird, hätte man doch wenigstens annehmen sollen, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien die größte Sparsamkeit walten lassen würden. Aber man spart nicht nur nicht, sondern man verneuert die Mittel nach wie vor struppellos für immer erneuerte Anforderungen unseres Militarismus. Die neue Seeresvorlage erfordert für die nächsten fünf Jahre allein eine Mehrausgabe von 141 Millionen Mark. Dazu kommt, daß uns gar bald auch eine abermalige Vermehrung unserer Marineausgaben bevorsteht, selbst dann, wenn man auf

die Einbringung einer neuen förmlichen Flottenvorlage verzichtet würde. So wachsen unaufhaltsam die Miesenausgaben für den kulturwidrigen, die Völker immer mehr entzweicenden Militarismus, während alle Kulturaufgaben darniederliegen! Statt die soziale Gesetzgebung zum Wohle des immer massenhafter anwachsenden Proletariats, das schon jetzt die Mehrheit der Gesamtbevölkerung bildet, auszubauen, ist man umgekehrt am Werke, die soziale Gesetzgebung zu verschlechtern! Insbesondere will man der Arbeiterklasse das Recht der Selbstverwaltung der Krankenkassen rauben! Auch die Verschlechterung der Strafprozessordnung, die Verschärfung der Beleidigungsparagrafen sollen der herrschenden Klasse neue Mittel liefern, die freie Kritik an unseren traurigen Zuständen noch mehr zu unterbinden!

Und wie im Reiche die Reaktion sich immer dreister gebärdet, so auch in Preußen, der reaktionären Zwangsbürg. Von der feierlich versprochenen Wahlreform ist keine Rede mehr, wohl aber von allerhand Zwangsmassregeln gegen das arbeitende Volk, von der völligen Verpöfung und Vermüdung der Schule und von der brutalen Vergewaltigung der arbeitenden Jugend.

Das deutsche Volk brennt darauf, den reaktionären Mächten bei der allgemeinen Reichstagswahl einen Denkzettel zu geben. Ein Jahrhundert hindurch hat es sich alle Willkürherrschaft bieten lassen müssen — nun endlich rückt die Zeit heran, wo es, das Objekt der Gesetzgebung, durch die Wahl wirklicher Volksvertreter auch zum Subjekt der Gesetzgebung werden kann. Der Reichshauptstadt, die sich bereits im Jahre 1907 so glänzend geschlagen, fällt dabei die ehrenvolle Aufgabe zu, die Führung im Kampf zu übernehmen. Und handelt es sich bei der Ersatzwahl im vierten Kreise auch nur um ein erstes Vorpostengefecht, so sind doch die Augen des ganzen arbeitenden Volkes schon jetzt auf Berlin gerichtet. Handelt es sich doch um eine Probemobilisierung, bei der die Berliner Arbeiterklasse, bei der die gesamte wertvolle Bevölkerung des vierten Wahlkreises zeigen kann, wie das Proletariat bei dem nicht mehr fernem entscheidenden Kampf seine Waffen zu führen versteht.

Vom 18. bis 20. März liegen die Wählerlisten auf, und zwar von 8—3 Uhr an Wochentagen, und von 10—3 Uhr am Sonntag. Bekanntlich vermag nur der sein Wahlrecht auszuüben, der vorchriftsmäßig in die Wählerliste eingetragen ist. Kein einziger Wahlberechtigter veräußert deshalb, sich schleunigst davon zu überzeugen, ob seine Eintragung erfolgt ist. Aber nicht nur die Kontrolle der Wählerlisten ist notwendig, sondern die Wahl-agitation hat sofort mit der größten Entschiedenheit einzusetzen. Und agitieren können ja nicht nur die Wahlberechtigten, sondern alle Proletarier, namentlich auch das weibliche Geschlecht, das ja bei uns in Preußen-Deutschland noch immer vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Das Erbe Paul Singers liegt in den Händen der Arbeiterklasse seines ehemaligen Wahlkreises. Wie der vierte Wahlkreis in allen früheren Wahlschlachten mit an der Spitze der ganzen deutschen Arbeiterklasse gestanden hat, so wird er auch diesmal seine volle Schuldigkeit tun. Es gibt keine würdigere Gedenkfeier für den teuren Toten, als ein abermaliges mächtiges Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmzahl im vierten Berliner Reichstagswahlkreise!

Zweckverband Groß-Berlin.

Die Zweckverbandskommission des Abgeordnetenhauses hat am Freitag ihre Arbeiten wesentlich gefördert und eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Zunächst wurde der Bericht der Subkommission entgegengenommen, die zur Prüfung der Frage eingesetzt war, ob die Landkreise ganz in den Zweckverband eingezogen werden sollen oder wie das Verbandsgebiet anders abgegrenzt werden kann. Nach einer Berechnung der Regierung gehören zum Interessengebiet Groß-Berlin ungefähr 120 Ortsgemeinden; der dann noch von den Landkreisen übrigbleibende Abschnitt ist sehr gering, und bei einer ganzen Reihe der übrigbleibenden Ortsgemeinden kann man in Zweifel sein, ob nicht auch sie schon dem wirtschaftlichen Interessengebiet Groß-Berlin angehören. Deshalb hat die Kommission von der Aufgabe, eine Auswahl von Orten zu treffen, Abstand genommen und sich auf den Boden der Regierungsvorlage gestellt, wonach die Landkreise Teltow und Niederbarnim in ihrer ganzen Ausdehnung zum Verband gehören sollen. Andererseits hält sie es für berechtigt, im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die nur Gemeinden von mehr als 60 000 Einwohnern eine selbständige Vertretung geben will, auch Orte von einer weniger hohen Einwohnerzahl als selbständige Glieder des Verbandes zuzulassen. Von diesem Gesichtspunkt aus beantragt sie, daß Gemeinden der Landkreise Teltow und Niederbarnim, die nach der letzten Personenzahnaufnahme mehr als den 15. Teil der Kreisbevölkerung haben, dem Verband als selbständige Glieder angehören; erlangen solche Gemeinden die erwähnte Einwohnerzahl während einer Wahlperiode der Verbandsversammlung, so werden sie erst vom Zeitpunkt der nächsten Wahlen an selbständige Glieder des Verbandes. Die Folge dieses Antrages, den die Kommission zum Beschluß erhoben hat, ist, daß außer Steglitz auch noch Groß-Lichterfelde, Friedenau, Köpenick, Weihenferse, Vorhagen-Rummelsburg, Panlow und Reinickendorf selbständig werden, daß also ihre Vertreter nicht von den Kreisräten gewählt werden. Im allgemeinen herrschte über den Vorschlag der Subkommission eine gewisse Befriedigung; auch diejenigen, die weitergehende Wünsche hatten, mußten zugehen, daß

mehr nicht zu erreichen ist. Die Konservativen wünschten freilich eine Änderung in dem Sinne, daß Gemeinden, welche einem der Landkreise angehören und nach den im § 13 des Gesetzes für die Verteilung der Vertreter festgestellten Grundfähren Anspruch auf einen selbständigen Vertreter haben würden, auf Antrag als selbständige Glieder des Verbandes zugelassen werden sollen; doch zogen sie ihren Antrag für die erste Lesung zurück. Nach längerer Debatte gelangte der Antrag der Subkommission mit dem Zusatz zur Annahme, daß, wenn eine Gemeinde selbständig geworden ist, ihr diese Selbständigkeit dauernd bleibt, auch wenn später ihre Einwohnerzahl unter 1/5 der Kreisbevölkerung sinkt. Auch der Minister erklärte sein Einverständnis mit dem Kompromiß.

Die weitere Debatte drehte sich um die Frage der Einbeziehung Spandaus. Spandau widersetzt sich der Einbeziehung in den Verband und behauptet in seinen Eingaben, daß es mit Groß-Berlin gar keine gemeinsamen Interessen habe. Im Gegensatz dazu hat Charlottenburg eine Denkschrift überreicht, die die engen Beziehungen beider Städte schildert und die Behauptungen Spandaus widerlegt. Auch ein Vertreter der Regierung sprach sich gegen die Spandauer Pläne aus; er wies darauf hin, daß die Verkehrsverhältnisse Spandaus darauf ausgehe, Verkehrs-gesellschaften nicht in die Stadt hineinzulassen und daß dadurch die notwendige Einheitlichkeit der Verkehrsverhältnisse Groß-Berlins gehindert werde. Ein freisinniges, ein nationalliberales und das sozialdemokratische Mitglied der Kommission betonten die Notwendigkeit der Einbeziehung von Spandau und von Teilen des Landkreises Osthavelland. Ebenso erklärte sich der Minister des Innern dafür, daß nicht nur Spandau einbezogen, sondern daß auch Gemeinden des Kreises Osthavelland auf Antrag des Zweckverbandes unter Zustimmung des Kreises dem Verbands angegeschlossen werden können. Es wurde schließlich die Einbeziehung Spandaus beschlossen.

Damit ist der grundlegende § 1 bis auf die Frage der Zuständigkeit erledigt; er lautet nunmehr:

Die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nizendorf, Deutsch-Bilmerdorf, Lichtenberg und Spandau sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim werden zu einem Zweckverband vereinigt.

Gemeinden, die den Landkreisen Teltow und Niederbarnim angehören und nach der letzten Personenzahnaufnahme mehr als den 15. Teil der Kreisbevölkerung haben, gehören dem Verbande dauernd als selbständige Glieder an; erlangen solche Gemeinden die erwähnte Einwohnerzahl während einer Wahlperiode der Verbandsversammlung, so werden sie erst vom Zeitpunkt der nächsten Wahlen an selbständige Glieder des Verbandes.

Der Landkreis Osthavelland oder Teile desselben können mit Zustimmung des Kreises durch Beschluß der Verbandsversammlung, der zugleich die Bedingungen des Beitritts festzusetzen hat, mit dem Verbande vereinigt werden. Die Zustimmung des Kreises kann im öffentlichen Interesse unter entsprechender Anwendung des § 1 Absatz 3 bis 5 des Zweckverbandsgesetzes ergänzt werden.

In der Nachmittags Sitzung wurde die neulich abgebrochene Debatte über die Enteignung von Bahnen fortgesetzt. Hierzu waren zwei neue Anträge eingelaufen. Die Konservativen beantragten, daß die dem Verbandsgebiet angehörenden Kreise und sonstigen Gemeinden verpflichtet sind, dem Verbandsverbande gegen angemessene Entschädigung die von ihnen betriebenen Bahnen mit allen Rechten und Pflichten zu übereignen, daß sie jedoch, soweit der Verband von dieser Befugnis Gebrauch macht, ihrerseits beanspruchen können, daß die Übernahme auf sämtliche dem einzelnen Kreise oder der einzelnen Gemeinde gehörigen Bahnlinien ausgebeht wird. Die Freikonservativen wollten dem Verband das Recht geben, Bahnen, sofern sie Verbandsmitgliedern oder Gemeinden, die Teile verbandsangehöriger Landkreise sind, gehören, zu einem zu bestimmenden Zeitpunkte mit der Wirkung zu übernehmen, daß die Eigentümer zur Uebertragung der Bahnen im ganzen verpflichtet sind. Der freikonservative Antrag will ferner die rechtliche Möglichkeit der Anwendung des Enteignungsgesetzes für die Zwecke des Verbandes schaffen, d. h. dem König das Recht geben, den Verband zu ermächtigen, für seine Zwecke Privatbahnen zu erwerben; er geht also nicht so weit wie der früher bereits mitgeteilte Antrag eines Mitgliedes, der direkt dem Verbande das Enteignungsrecht geben will, sondern er verlangt nur, daß das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juli 1874 Anwendung finden soll, wenn die Verkehrsminister des Verbandes die Enteignung einer privaten Bahnunternehmung erfordert. In der Debatte, die sich meist um juristische Fragen drehte, wurden unter anderem zwei Bedenken geltend gemacht: einmal, daß man dem Verband Groß-Berlin kein höheres Recht einräumen könne als anderen Gemeinden, und zweitens, daß man den Gemeinden, deren Bahnen übernommen werden, nicht das Recht geben dürfe, die Uebernahme sämtlicher Bahnen zu verlangen.

Zur Abstimmung kam es noch nicht. Die nächste Sitzung findet am Dienstag früh statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März 1911.

Wahlkampf beim Postetat.

Aus dem Reichstag, 10. März. Je mehr die Session fortgeschritten, je näher wir den unvermeidlichen allgemeinen Neuwahlen rücken, um so gieriger ergreifen die Parteien, die ihrer Wähler nicht mehr sicher sind, jede Gelegenheit, um Stimmenfang zu treiben. Jeder Tag der Etatsdebatte bringt jetzt solche Vorstöße irgend einer der bürgerlichen Parteien. Jeder Vorstoß ruft Gegenstöße hervor; die gegenseitige Erregung wächst und heute steigerte sie sich zu

einer Sturmsee, wie sie selten im Reichstag erlebt wurde. Zwischen den Schnapsblöckern einerseits, den liberalen Parteien andererseits entbrannte nämlich ein leidenschaftlicher Streit, weil sie sich beim Angeln nach den Stimmen der mittleren Postbeamten gegenseitig in die Schürze geraten waren.

Der Anlaß dazu war unbedeutend genug. In der Budgetkommission hatten beide Gruppen Einträge eingebracht, die den Oberpostassistenten Extragrattifikationen zusichern sollten. Schließlich war der Antrag in der konservativen Fassung angenommen worden. Er stand bei der zweiten Lesung im Plenum aber nicht bei dem Titel „Staatssekretär“, sondern bei einem späteren Titel zur Debatte. Nunmehr hatte das Zentrum eine Modifikation dieses Antrages auch zum Titel „Staatssekretär“ eingebracht. Um diesem Manöver entgegenzuarbeiten, brachten daraufhin Herr Wedd (natl.) und Herr Eichhof (frz.) einen Kommissionsantrag als freisinnig-national-liberalen Antrag auch zum Titel „Staatssekretär“ ein; Herr Wassermann (natl.) hatte gestern bereits dazu namentliche Abstimmung beantragt.

Als diese namentliche Abstimmung heute bei Beginn der Sitzung vorgenommen werden sollte, erhob der Vorsitzende der Budgetkommission, Herr v. Camp, dagegen Einspruch. Wird Einspruch erhoben, so darf nämlich die Abstimmung erst drei Tage nach Einbringung des Antrages vorgenommen werden. In der Begründung seines Geschäftsordnungsantrages griff Herr v. Camp die beiden liberalen Parteien nunmehr scharf an. Er bezichtigte sie der Illegalität und des unlauteren Wettbewerbs, bei welchem Bemühen er durch den Konservativen Dr. Dräcker noch übertrumpft wurde. Die National-Liberalen und Freisinnigen blieben ihren Konkurrenten die Antwort nicht schuldig. Bei jeder Rede steigerte sich die Erregung zu stürmischen Lärm. Die Sozialdemokratie sah diesem Gerause der bürgerlichen Parteien um die mittlere Postbeamtenklasse mit wachsender Beiterkeit zu. Dabei trat wieder einmal zutage, daß der Präsident Graf Schwerin der Handhabung der Präsidialgeschäfte in schwierigen Situationen sich keineswegs gewachsen zeigt.

Als dann auch Herr Gröber vom Zentrum den Schnapsblöckern von der Rechten in längerer Rede beigezungen war, ergriff Genosse Debel das Wort, um unter stürmischer Beiterkeit des Hauses festzustellen, daß sowohl Camp wie Gröber, die auf Antrag dieser beiden Herren im Jahre 1902 während der Zollkämpfe in die Geschäftsordnung hineingebrachte Begrenzung der Geschäftsordnungsreden auf fünf Minuten, in größtmöglicher Weise verletzen hatten und damit selbst den Beweis für die Unhaltbarkeit der Reden Gröber geliefert hätten.

Eine volle Stunde dauerte das Gerause; dann wurde bei der Abstimmung der Stimmenfangsantrag mit 235 gegen 55 Stimmen angenommen. Dagegen hatten außer den Sozialdemokraten nur wenige bürgerliche Abgeordnete gestimmt.

Abgelehnt wurde dann aber mit schwacher Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag, der auch den Unterbeamten eine Besoldungsverbesserung zusichern wollte.

Ebenso wurde späterhin ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der die Beobachtung der Tarifverträge mit Arbeitern durch die Lieferanten der Postverwaltung erstrebt. Auch dabei trat wieder die Gleichgültigkeit der Rechten und des Zentrums gegenüber den Arbeiterinteressen zutage.

Am Sonnabend beginnt der Etat des Reichsamts des Innern.

Ernährungsstrategie?

Da das Abgeordnetenhaus zu spät einberufen worden ist, um in ordnungsgemäßer Weise den Etat verabschieden zu können, werden die Verhandlungen jetzt forciert und in endlosen Abendstunden durchgepeitscht. So folgte auch am Donnerstag einer fünfständigen Nachmittags- und eine 3/4-stündige Abend Sitzung, die erst 1/4 nach 11 Uhr ihr Ende fand. Natürlich hatte der größte Teil derjenigen, die trotz des Einspruchs einer Minderheit des Hauses für die Abhaltung einer Abend Sitzung gestimmt hatten, es vorgezogen, sich entweder auf eigene Faust zu amüsieren, oder der Einladung des Polizeiministers zu einem parlamentarischen Abend zu folgen. Der Sitzungssaal wies deshalb eine gähnende Leere auf. Eine Kirchenstille herrschte im Haus, die Stimmen der Redner brachen sich an den Wänden und lehrten als störendes Echo zurück. Die 180 Mann starke konservative Fraktion war zeitweise nur durch den einzigen Herrn von Tessa vertreten, der sich, das Haupt auf den festlich wirkenden Brustschmuck geneigt, einem sanften Schläfchen hingab. Zwei oder drei Zentrumvertreter, ebenso viel Nationalliberalen und Freisinnige bildeten neben dem Häuflein der Sozialdemokraten das ganze Auditorium. Nur auf der Zuschauertribüne harrten 80 bis 40 Hörer mit Heroismus bis zum Schluß aus.

Auch der Präsident, Herr Jordan v. Kröcher, waltete im Hohlschlummer seines Amtes. Bald nach rechts, bald nach links sank sein müdes Haupt. Als Herr Eichhof, der Redner der Polen, einmal eine Pause machte, schreckte Herr v. Kröcher empot und streckte seine Hand mechanisch nach der Glocke aus, zur Heiterkeit der Abgeordneten, die den vergeblichen Kampf des starken Mannes gegen den stärkeren Morpheus mit heimlichem Vergnügen beobachtet hatten. Kein Wunder, daß bei solcher Besetzung und Stimmung die Redner sich bei ihren Ausführungen auf das allernotwendigste beschränkten.

Solche Nachsichtigungen haben ja zweifellos ihren Humor, aber sie sind selbst eines Parlamentes, wie des preussischen Reichstages, unwürdig. Daß nicht nur der intrigante Scharfmacher v. Jellib, nicht nur Junker vom Schläge der Kröcher und Pappenheim, sondern auch ihre ultramontanen Helfershelfer höchlichst geärgert sind über die Lebhaftheit und Schärfe, die die Debatten des Selbstparlamentes durch den Eintritt der Sozialdemokratie gewonnen haben, und über das kritische Interesse, das ihnen die Öffentlichkeit seitdem entgegenbringt, ist ja allbekannt und sehr begreiflich. Die liebliche Tripelallianz von Junker, Pfaff und Schlotbaron hätte gar zu gern wie früher ihre reaktionäre Regierungshandwerk ohne viel Lärm und Heilanstrengung weiter geliebt, allein dies burleske Joch ist nun mal dahin, dahin für alle Zeiten. Die Herren haben sich nun einmal damit abzufinden, daß ihnen nicht nur scharf auf die Finger gesehen, sondern gelegentlich auch sehr empfindlich darauf geschlagen wird. Dagegen ist trotz allen präsidialen Terrors und aller Geschäftsordnungsverhinderungen nichts zu machen. Die Sozialdemokratie wird sich auch durch abendliche Nachsicht nicht von ihrer Pflicht abbringen lassen, vor dem Volke die Sünden der preussischen Gewaltthaber nachdrücklich zu brandmarken. Will man es also mit einer schätzenswerten Ernährungsstrategie versuchen, so wird man bald genug erleben, daß die kleine sozialdemokratische Fraktion doch am ärgsten anzuhält!

Mißerfolge der preussischen Polenpolitik.

Die preussische Regierung stellt sich selbst zu dem Eingeständnis gezwungen, daß ihre Germanisierungspolitik in der sogenannten „Ostmark“ völlig gescheitert ist. Die „Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen für das Jahr 1910“ (ein langer Titel für eine wertlose Sache), die demnächst dem Landtag zugehen soll, gibt, wie bürgerliche Blätter schon heute zu melden wissen, nähere Aufschlüsse darüber, mit welchen Schwierigkeiten die Ansiedlungskommission im letzten Jahre mit dem Landwerbengeschäft zu kämpfen gehabt hatte. Die Kommission habe nur unter größten Schwierigkeiten Land erworben können und nur etwa die Hälfte des Arealen gekauft können, wie im Vorjahre: 14 000 Hektar. Von dem angekauften Lande hätten sich nur zehn Prozent in polnischer Hand befunden. Auch dieser Prozentsatz sei gegen das Vorjahr zurückgegangen. Es werde von Jahr zu Jahr immer mehr nötig, daß die Kommission deutsche Käufer anlaufe, um das Germanisierungsgeschäft in dem gleichen Umfange wie bisher betreiben zu können.

Und für ein solches Resultat, das als ein vollständiges Mißerfolg bezeichnet werden muß, sind Hunderte von Millionen Mark hinausgeworfen worden! Eine gediegene vaterländische Politik.

Auch gutkonservative Beobachter gestehen die völlige Nutzlosigkeit der preussischen Ansiedlungspolitik ein. So schildert im „Sustab-Adolf-Voten für Ostpreußen“ Konstitutionsrat Prof. Dr. Vornath-Königsberg, Vorsitzender des Ostpreussischen Sustab-Adolf-Vereins, wie sich die aus Posen und Westpreußen mit schwerem Gelde ausgekauften Polen immer mehr in Ostpreußen ansiedeln und nun hier „das Deutschland gefährden“. Vornath spricht folgendes vernichtende Urteil über die Polenpolitik aus:

„Und wie so vom Ermlande aus meist deutsche Katholiken, so dringen von Westpreußen Polen als Käufer von Grundbesitz in das Land ein. Je mehr Güter in den Provinzen Posen und Westpreußen durch die Tätigkeit der Ansiedlungskommission in polnische Hände entzogen wurden und je mehr zugleich die dafür gezahlten Beträge gesteigert wurden, um so mehr mußte in den Veräußerern der Gedanke wachen, daß man sich gerade in Ostpreußen, wo die Güterpreise noch nicht die abnorme Höhe erreicht hatten, schädlich halten beziehungsweise neu ankaufen könne und solle. So gehen in der Tat in rascher Folge größere Grundstückskomplexe in die Hände von Polen über, die heute schon im Kreise Neidenburg 20 000, im Kreise Osterode 15 000 Morgen besitzen, und die Folge davon ist, daß die deutschen evangelischen Beamten durch polnische katholische ersetzt werden. Sollte aber das bisher nicht angewandte Enteignungsgesetz in Posen oder Westpreußen zu weiterreichender Durchführung kommen, so zahlen wir in Ostpreußen die Kosten, falls nicht zugleich ein besonderer Schutz gewährt wird.“

Das Zentrum und die reichsländische Verfassungsfrage.

Wird das Zentrum in der elfah-löthringischen Verfassungsfrage festhalten, oder wird es mit der bekannten Modifikation, daß mehr beim besten Willen nicht zu erreichen sei, die von der Regierung zugestanden drei Bundesratsstimmen für genügend halten, um unzufallen und alle früheren Wünsche fahren zu lassen? Wie es scheint, rechnet nicht nur die Regierung, sondern auch der konservative Hochgefahrte der Merkmalen ziemlich sicher mit einem Umfall des Zentrums. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ schreibt ein „führender deutschkonservativer Reichstagsabgeordneter“ über die Stellung des Zentrums zur reichsländischen Verfassungsfrage:

„Ueber die endgültige Stellungnahme des Zentrums ist zurzeit noch nichts bekannt, doch verlautet, daß das Zentrum, um den Vogen nicht zu überspannen, nehmen wird, was es bekommen kann, um sich dann als Reiter der Elah-Votbringer auszuspielen zu können. Bei diesem Verhalten des Zentrums werden die Nationalliberalen die Schlepenträger bilden, die sich blind Wassermanns Führung anvertrauen und mit dazu beitragen werden, das Gesetz wahrscheinlich zur Annahme zu bringen. Gegenüber den zahlreichen Hinweisen auf den schwarz-blauen Block kann nicht scharf genug betont werden, daß von vornherein in der reichsländischen Verfassungsfrage zwischen Konservativen und Zentrum ein starker Gegensatz bestanden hat, der jetzt durch die Erklärung der Regierung und ihr weiteres Nachgeben noch verstärkt worden ist. Es wäre wohl möglich gewesen, mit Hilfe der Nationalliberalen dem Zentrum entgegenzutreten. Zweifellos wird bei Annahme des Gesetzes das Zentrum die ganze zweite Kammer des Reichslandes beherrschen. Das wäre dann nächst Bayern das zweite Land, wo das Zentrum als unumschränkter Gewaltthaber auftritt.“

Bildungsphilisterei.

In einer Betrachtung über die letztere Berliner Arbeiter, die J. Klische jüngst in den Blöckchen „Soz. Monatsheften“ angestellt hat, teilte dieser mit, daß von 1808 Entleerungen der Bibliothek der Berliner Maurer auf Goethe und Lessing je eine, auf Heine drei Entleerungen entfallen seien, während bei den Transportarbeitern Dumas 779, Gerstäder 444, Büch 384 mal entleert wurden. Diese Angabe veranlaßt die „Kreuz-Ztg.“ zu einem spöttischen Raserampfen über den Bildungsmangel der Arbeiter. Sie meint: „Darüber kann man sich nicht wundern. Aber dann soll die Sozialdemokratie auch nicht davon reden, daß sie unter den Arbeitern Bildung und Lust an guter Lektüre verbreite.“

Die „Kreuz-Zeitungs“-Bemerkung ist nichts anderes als unsinniges Geschwätz. Wenn die unablässigen Bemühungen der Sozialdemokratie, unter den Arbeitern Bildung und Lust an guter Lektüre zu verbreiten, noch nicht den Erfolg gehabt haben, den sie selbst am dringlichsten wünscht, so ist dafür gerade die Bildungsfeldische Tendenz der „Kreuz-Zeitungs“-Partei verantwortlich zu machen. Die in dem Artikel mitgeteilten Ziffern sind eine verurteilende Anklage gegen die preussische Volksschule. Ledrigens sollte das Wort der Hammersteinlieber nicht mit der klaffenden Bildung seiner politischen Gesellschaft prohen. Wenn ein gewissenhafter Statistiker nachforschen würde, was die Mitglieder des Bundes der Landwirte lesen, dann würde sich sicherlich herausstellen, daß sehr, sehr viele dieser Stützen des Throns und Altars gar nicht mal die Namen Goethe, Lessing, Heine kennen, geschweige denn deren Werke gelesen haben. Selbst die Werke eines Dumas, Gerstäder, Büch dürften neun Zehnteln der Landbündler noch zu hohe geistige Kost sein. Und nicht gar viel höher schätzen wir die klassische Bildung so mancher großen Kapazitäten der konservativen Partei ein. Mit der Kenntnis der Pferde- und Hunderrassen ist es unter diesen Herren besser bestellt, als mit ihrer Kenntnis Goethes, Lessings, Heines, Herders usw.

Mecklenburger Volksschulzustände.

Mit dem ihm eigenen Klaffeninstinkt hat das Junkertum erkannt, daß es mit seiner Macht Mecklenburg am letzten ist, wo die breiten Volksschichten ein bestimmtes Bildungsniveau erreicht haben. Deshalb trachtet es mit allen Mitteln, die Entwicklung der Volksschule zu hemmen.

Es liegt also in der Natur der Sache, daß es in dem klassischen Lande der Junkerberrschaft, in Mecklenburg, der Volksschule

erbärmlich schlecht geht. Die schönen Zeiten, als die Eltern im ritterschaftlichen Mecklenburg in Betracht der Lehrer ihrer Kinder begründetermaßen die misstrauische Frage aufwarfen: „Kann der Schullehrer auf schreien?“ haben heute noch lebende Zeugen, wenn sie auch der Vergangenheit angehören. Immerhin hat der junge Mecklenburger auf dem Wege zu den Höfen der Wissenschaft noch die schwersten Hindernisse zu überwinden. Da ist die „achtvolle Einrichtung der Domantial-Dienstschule, die erst im vorigen Jahre vom Landtag wieder funktioniert ist und die im großherzoglichen Mecklenburg gestiftet, daß die Kinder von 11 Jahren an im Sommer mit einer wöchentlichen Unterrichtszeit von 8 Stunden abgeleistet werden. Da ist der chronische Lehrermangel, der die Schulstellen verwaisen läßt, weil die Lehrer über die preussische Grenze getrieben werden. Dazu kommt, daß in den ritterschaftlichen Schulen der Junker das „Patronat“ ausübt. So passierte es vorigen Winter, daß in einigen Schulen der Bildungsbetrieb einstarr, weil der Herr „Patron“ kein Holz zum Heizen des Schulzimmers anfahren ließ. In anderen Anstalten mußte man den Unterricht einstellen, weil man dem Dache des Schulhauses nicht mehr zutraute, daß es die Summe seiner Jahre noch fester trage.

Jetzt kommt aus dem Strelitzschen die Nachricht von einem Vorfall, den man selbst in Mecklenburg für unmöglich gehalten hätte: Als dieser Tage die hoffnungsvollen Jünger der Schule zu Friedrichshof bei Friedland den geübten Raum betreten wollten, an dem für sie sonst die Quelle der Weisheit sprudelte, da erwartete die, welche ihre Lektion nicht gelernt hatten, eine angenehme Ueberraschung: Der altwürdevolle Vater hatte über Nacht der Vergänglichkeit seinen Tribut gezahlt; im Schulzimmer war die Decke mit dem darüberliegenden Boden heruntergebrochen.

Mecklenburger Blätter melden dazu ganz kalblütig, daß der Lehrer wegen des häufigen Zustandes der Schule schon wiederholt bei der Behörde Vorstellungen erhoben hat. Man schaudert bei dem Gedanken, daß das Unglück ebenso gut während des Unterrichts hätte passieren können! Das Verdienst der Aufsichtsinstanzen ist es sicher nicht, daß der Zufall ein fürchterliches Unglück verhütet hat.

Eine Sehe gegen die Eisenbahnarbeiter.

Am 26. Februar fand bekanntlich jene imposante Versammlung Berliner Eisenbahnarbeiter statt, in der scharfer Protest erhoben wurde gegen die elende Bezahlung der Eisenbahnarbeiter und gegen den Schwindel, der mit der angeblichen Lohnaufbesserung getrieben wird. Leider war weder der Herr Eisenbahnminister selbst noch einer seiner Vertreter anwesend, wie es doch ihre Pflicht gewesen wäre. Bei so gewaltigen Versammlungen von Unternehmern sänden die Regierungsbetreiber sich ein; die Arbeiter freilich glaubt man vollständig ignorieren und einfach bürokratisch säuriegeln zu können. Zu jener Versammlung waren mehrere bürgerliche Abgeordnete geladen worden, die in der Versammlung auch das Wort ergriffen. Auch der sozialdemokratische Landtagsfraktion war aus den Reihen der Eisenbahnarbeiter Mitteilung von dem Stattfinden dieser demonstrativen Kundgebung gemacht worden. Die sozialdemokratische Fraktion hielt es für selbstverständlich, sich in der Versammlung gleichfalls vertreten zu lassen, weshalb Genosse Strödel in ihrem Auftrage der Versammlung bemohnte. Auf Anfrage eines Vorstandsmitgliedes stellte Genosse Strödel sofort fest, daß ihm vom Vorstand keinerlei Einladung zugegangen sei, sondern sein Erscheinen lediglich auf die Mitteilung von Personen zurückzuführen sei, die mit der Leitung der Versammlung über dem Vorstand des der Sozialdemokratie ja völlig fernstehenden Vereins nichts zu tun gehabt hätten. Genosse Strödel verzichtete dann auch auf Wunsch des Vorstandes auf ein Eingreifen in die Debatte und bemerkte lediglich zur Geschäftsordnung, aus welchen Gründen er nicht das Wort nehme. Der stürmische Beifall, der den wenigen Worten unseres Genossen folgte, bewies hinlänglich, daß auch die Eisenbahnarbeiter nur zu gut erkannt haben, wer sich im Parlament ihrer Interessen mit der gebotenen Entschiedenheit annimmt. Befähigt die Regierung und die Scharfmacherparteien auch nur einen winzigen Rest politischer und sozialer Einsicht, so hätte ihnen dieses Vorwissen den Beweis dafür liefern sollen, daß es kein besseres Mittel gibt, die Eisenbahnarbeiter zu verbittern, als das so virtuos geübte System einer gefühwidrigen Bevormundung. Wie sehr aber unsere Terroristen jeder vernünftigen Ueberlegung bar sind, bewies die Aktion, die alsbald unternommen wurde. Im Organ des Verbandes veröffentlichte der kommissarische Vorsitzende namens des Zentralvorstandes und des Aufsichtsrates folgende Erklärung:

„Wir verurteilen auf das schärfste das Verhalten des Versammlungsleiters Severin, der dem sozialdemokratischen Abgeordneten das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hat. Wie wir jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen, hätte der Vorsitzende von seinem Hausrecht in der Versammlung Gebrauch machen und Herrn Strödel von der Versammlung ausschließen müssen. Dafür, daß er dies nicht getan hat, wird er die Konsequenzen tragen müssen.“

Es wird Sache der Eisenbahner selbst sein, ihrer Meinung über einen ebenso dreisten wie lächerlichen Bevormundungsversuch Ausdruck zu geben. Bezeichnend aber für das Scharfmachergehirn, zu dessen Werkzeug sich der Zentralvorstand und Aufsichtsrat entwürdigten zu müssen geglaubt hat, ist die erneute Denunziation, die die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer letzten Nummer losläßt. Sie bezichtigt den Vorsitzenden der Versammlung, einen Herrn Severin, trotz der Erklärungen Ströbels indirekt eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie, und fordert, gegen die „Friedenshüter“ noch scharfer als bisher vorzugehen.

Unsere Scharfmacher beantworten also die einmütige Forderung der Eisenbahnarbeiter nach Erhöhung ihrer Löhne mit unverschämten Drohungen und einer Aufreizung der Eisenbahnverwaltung zu terroristischen Mien gegen die Vertrauensleute der Eisenbahnarbeiter! Da die Sozialdemokratie mit der Organisation der Eisenbahnarbeiter, wie wir wiederholen, auch nicht das allgeringste zu tun hat, müssen wir es den Eisenbahnern selbst überlassen, die richtige Antwort auf solch unerfreuliche Verwegungsversuche zu finden. Wie diese Antwort aber auch ausfallen mag, die Sozialdemokratie wird sicherlich von dem sinnlosen Wüten der Scharfmacher keine Nachteile haben!

Wingerrebe in der Gardi.

Die wachsende Verbreitung des Sauertums und anderer Rebschädlinge hat bekanntlich die einschlägigen Behörden in Süd- und Südwestdeutschland veranlaßt, den Wingern scharfe Maßnahmen gegen die Schädlinge aufzuerlegen. Zunächst hat man in Wingerkreisen geglaubt, daß die Regierung die Kosten dieser Maßnahmen selbst tragen werde. Da das aber nicht geschah und außerdem die erwartete finanzielle Unterstützung seitens der Regierung ausgeblieben ist, hat sich in Wingerkreisen eine große Erregung bemerkbar gemacht, zumal die von der Regierung angeordneten Maßnahmen sich nicht als besonders billig erwiesen haben. Es handelt sich dabei in erster Linie um das Abreiden der Reben; eine Verordnung, die vielfach von Wingern als unnötig, weil am wenigsten betrachtet wird. Man war auch der Meinung, daß es der Regierung mit der Durchführung der verschiedenen Verordnungen nicht recht ernst sei. Als nun aber bekannt gemacht wurde, daß mit der Durchführung der Verordnungen sofort zu beginnen sei, widrigenfalls sie auf Kosten der betreffenden Winger durch die Behörden vorgenommen werden würden, wuchs die Bewegung. Verschiedene Winger sollen entschlossen sein, ihre Weingärten lieber zu verschenken, als mit den Maßregeln anzufangen. In Ebenloben wurden in der Nacht Platane an das Rathaus und Weibhäuser geklettert, die die Inschrift trugen: „Winger, lieber wollen wir sterben, als durch Abreiden unsere Wingerter verderben.“

Die Polizei sucht eifrig nach dem Verfasser und den Anstiftern der Plakate, bis jetzt freilich vergeblich.

Oesterreich.

Das Vereinsgesetz.

Wien, 10. März. Das Abgeordnetenhaus nahm den Antrag Bernerstorfer an, betreffend die Zulassung der Frauen zu politischen Vereinen und betreffend die Aufhebung des Verbotes der Verbindung politischer Vereine.

Frankreich.

Wiedereinstellung der Eisenbahnen.

Paris, 9. März. Gemäß den Erklärungen des Ministerpräsidenten Monis verfügte der Direktor der Staatsbahnen die Wiedereinstellung von 29 Beamten, die infolge der Vorgänge im Oktober 1910 entlassen worden waren.

Portugal.

Der Bischof von Lissabon.

Die Regierung in Lissabon hat beschlossen, dem abgesetzten Bischof von Lissabon mit Rücksicht auf seine in den Kolonien geleisteten Dienste und seine persönliche Charaktereigenschaften ein Ruhegehalt zu bewilligen. Die Regierung werde auch gegen die Priester, die sich durch ihren Gehorsam gegen die Bischöfe zu den Befehlen in Widerspruch gesetzt hatten, Milde walten lassen.

Die Wahlen für die Nationalversammlung sollen gegen Ende April stattfinden.

England.

Stürmische Szenen.

London, 10. März. Das Unterhaus, das heute früh um 5 Uhr noch tagte, war während der Nacht der Schauplatz erregter Szenen, wie sie seit den letzten zehn Jahren nicht vorgekommen sind. Als gegen Mitternacht, nachdem bis dahin die Spezialberatung des Budgets ohne Störung verlaufen war, Austen Chamberlain den Antrag auf Vertagung der Debatte einbrachte, erklärte Churchill in Abwesenheit Asquiths und im Namen der Regierung, diesem Antrag nicht zustimmen zu können, da die Vertagung unter allen Umständen weiter gefördert werden müsse. Als hierauf Balfour erklärte, daß Asquith versprochen habe, es würde zur Vertagung des Gesetzes reichlich Zeit gegeben werden, ohne daß lange Sitzungen stattfinden, erwiderte Churchill, die Regierung könne ihren Entschluß nicht ändern und weiche auch nicht von ihren ursprünglichen Plänen ab. Darauf nahm die Vertagung ihren Fortgang. Aber es kam jedesmal zu stürmischen Szenen, wenn Churchill eine Ausrufung der Diskussion über die einzelnen Teile des Gesetzes dadurch herbeiführte, daß er Schluß beantragte. Die Opposition weigerte sich mehrere Male, Churchill zu Worte kommen zu lassen, und der Präsident mußte die Opposition lange Zeit vergeblich zur Ruhe mahnen. Um 3 Uhr 30 Minuten morgens machte Balfour wiederum den Versuch, die Vertagung herbeizuführen, wiederum weigerte sich Churchill, dem Folge zu geben, und neue Lärmereien waren die Folge.

Nachdem das Haus die Vertagung bis kurz vor 10 Uhr vormittags fortgesetzt hatte, wobei es noch verschiedentlich zu erregten Szenen kam, wurde ein Vertagungsantrag angenommen.

Heute mittag trat das Haus wieder zusammen. Die Debatte über den Nachtragetat begann in ruhiger Weise. Das Haus war starker besetzt, wie es sonst in einer Freitagsdebatte der Fall ist, und viele Abgeordnete, die sich an den erregten Diskussionen der letzten Nacht beteiligt hatten, nahmen auch an der heutigen Debatte mit lebhafter unermüdeten Energie teil.

Der Flottenetat.

London, 10. März. Der Flottenetat für 1911/12 beläuft sich auf 44 392 500 Pfund Sterling gegen 40 603 700 Pfund Sterling im Etat für 1910/11. Für Neubauten sind 15 063 877 Pfund Sterling, gegen 13 279 830 Pfund Sterling für 1910/11, eingesetzt. Hierin sind die Kosten für fünf große Panzerschiffe enthalten. Das Personal soll um dreitausend Mann vermehrt werden. Außer den fünf großen Panzerschiffen sind 3 geschützte und 1 ungeschützter Kreuzer, 20 Torpedobootzerstörer, 6 U-Boote, 2 Flugkanonenboote, Werkstättenfahrzeuge und 1 Hospitalsschiff vorgesehen.

Amerika.

Die Absichten der Vereinigten Staaten.

Washington, 10. März. Ein Vertreter der Associated Press, der den Präsidenten Taft nach dem Süden begleitet, meldet telegraphisch, daß alle Zweifel über die Absicht, die die Regierung mit der Entsendung der Truppen an die mexikanische Grenze verfolge, gänzlich geschwunden seien. Die Entsendung der Truppen sei erfolgt, um einen festen militärischen Grenzwall längs des Rio Grande zu bilden und dem Uebertritt von Banden und dem Schmuggel von Konterbande über die Grenze ein Ende zu machen. Die Regierung sei der Ansicht, daß damit der Aufstandsbewegung, die die Lage schon beinahe ein Jahr hindurch beunruhigte, ohne irgend etwas wie die Bildung einer neuen verantwortlichen Regierung erreicht zu haben, binnen kurzem der Lebensnerv abgeschnitten werde.

Danach stellt sich also die Mobilisierung zunächst als ein Parteiergreifen der Vereinigten Staaten für das Blutregiment des Porfirio Diaz dar; allerdings Diaz ist der Herr der mexikanischen Truppen, denen er bereitwillig die unerlöschlichen Schätze des Landes ausgeliefert hat; wird doch das Kapital, das von den amerikanischen Kapitalisten in mexikanischen Kohlengruben, Eisen- und Kupferlagern usw. angelegt ist, auf ungefähr 6 Milliarden Mark geschätzt. Also ein hinreichender Grund zur Aufbietung der nationalen Streitkräfte.

Die Mobilisierung.

Washington, 9. März. Das Marineministerium hat angeordnet, daß der Spähkreuzer „Chester“ in dringender Angelegenheit nach Tampico (Mexiko) fahren und bis Golveston von seinem Schwesterkreuzer „Salem“ begleitet werden soll. Man glaubt, daß die „Chester“ nach dem mexikanischen Gebiet gesandt worden ist, um die Verbindungen aufrecht zu erhalten und von den Telegraphenlinien unabhängig zu machen, da diese, wenn die Unruhen sich weiter ausbreiten sollten, wahrscheinlich unterbrochen werden. Das Kriegsdepartement hat angeordnet, daß noch drei Flugzeuge nach Texas gesandt werden sollen, um dort für den Aufklärungsdienst verwendet zu werden. Ein Flugzeug befindet sich bereits dort.

Eine Niederlage der Revolutionäre?

Salts Lake City, 9. März. Ein bei den mormonischen Behörden eingegangenes Telegramm der Mormonenkolonie in Dublin (Mexiko) berichtet über das Geschehniß bei Casa Grande, daß die mexikanischen Bundesstruppen über die Aufständigen einen bedeutenden Sieg davongetragen

haben. Die Zahl der Bundesstruppen, die an dem Kampfe teilgenommen haben, betrug 1500, die der Aufständigen 1000. Die Bundesstruppen verloren 100, die Aufständigen 200 Mann.

Ururufen in Paraguay.

Buenos Aires, 9. März. Wie die Blätter melden, breitet sich die umstürzlerische Bewegung in Paraguay aus. Die Revolutionäre haben sich einiger Dörfer bemächtigt. In einem verlustreichen schweren Gefecht wurden sie jedoch von den Regierungstruppen geschlagen.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Drei volle Sitzungen hindurch ist in der Kommission über die Verwendung der Kalkiabgaben bereits debattiert worden und noch ist weder das Ende noch ein Resultat voranzusehen. Die Verhandlungen dürfen aber auch allgemeines Interesse beanspruchen, zeigen doch auch sie in recht lehrreicher Weise die Begünstigung agrarischer Organisationen. Am Freitag trat der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der bairische Bauernführer, ebenfalls in die Kommission ein und zwar unter sehr bemerkenswerten Umständen. Weil das Zentrum gemeinsam mit den Junkern die Verwendung der Kalkiabgaben so regeln will, daß die Agrarier dabei noch ihr Geschäft machen können, verweigerte es dem Fraktionsgenossen Heim einen Sitz in der Kommission; denn Heim opponiert, weil der von ihm geführte Bauernbund benachteiligt ist. Um doch an den Beratungen teilnehmen zu können, bat Heim die Polen, sie möchten ihm ihren Sitz in der Kommission abtreten, was auch geschah. Die Zentrumsmehrheit versuchte das zu verhindern, indem sie die Polen zu überreden suchte, Heims Wunsch abzuschlagen. Aber die Polen blieben fest und so gelangte Heim gegen den Willen seiner Fraktion zu einem Kommissionsitz.

In der Freitagsdebatte ging nun Abg. Heim gehörig gegen die Anträge seiner Parteifreunde und gleichzeitig auch gegen die Begünstigung los, die bestimmte agrarische Verbände von der Regierung durch das Kalkiegesetz erfahren. Die bevorzugten großen Verbände monopolisieren fast den ganzen Kalkieabgabenertrag und drücken den Abgaben beinahe eine halbe Million Propagandagelder und drücken die kleinen landwirtschaftlichen Organisationen an die Wand. Als Heim vor einigen Jahren für den von ihm geleiteten Bauernbund Kalkie direkt vom Syndikat beziehen wollte, wurde er an die Zentralkasse verwiesen, die der Bund der Landwirte, die Landwirtschaftsgesellschaft und der Darmstädter Reichsverband unterhalten. Die hohen Kalkieabgaben beim Bezug von Kalkie beginnen erst bei einer Jahresabnahme von mindestens 500 000 Doppelzentnern, so daß also der hohe Kalkie nur den großen Verbänden zugute kommen kann und soll. Schwarz wandte sich Abg. Heim auch gegen die jegliche teure und völlig ungewöhnliche Art der Qualitätskontrolle. Nicht minder lebhaft griff er auch die Regierung an, die diese Kalkiepolitik unterstützt. Amüsant war es, daß Abg. Erzberger, der auch die Zentrumsanträge unterzeichnet hat, die von Heim bekämpft wurden, dem Abg. Heim durch Gesten und Jurisdiktion zustimmte. Die Spahn, Erber und Pichler gerieten wegen der Heimischen Rede in ebenso große Verlegenheit wie Wit, und genau so erging es den Junkern.

Sozialdemokraten und Volksparteiler brachten folgenden Antrag ein:

Die Kommission wolle beschließen, die Verträge des Kalkieabgabens mit seinen Abnehmern zur Kenntnis der Budgetkommission zu bringen. Genosse Hure wies auf die Bedeutung der Heimischen Rede und ihres Materials gegen die jegliche Kalkiepolitik hin, ebenso auf die Tatsache, daß die Regierung weder gegen die sozialdemokratische noch gegen die Heimische Kritik ein ernstes Wort zu sagen wisse.

Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt werden.

Aus der Partei.

Nachklänge zu der Londoner „Anarchistenaffäre“.

Die bekannte „Expropriations“-Affäre beschäftigt fortgesetzt die öffentliche Meinung Englands und wird von den reaktionären Kreisen zu dem Zweck ausgeschlachtet, die Einschränkung des englischen Wahlrechts und eine schärfere Beaufsichtigung der „anarchistischen“ Elemente aus Rußland zu fordern. Hierbei wird gekünstelt hervorgehoben, daß die Londoner „Expropriateure“ zum Teil lettische Revolutionäre, frühere Sozialdemokraten waren. Das Zentralorgan unserer lettischen Genossen, „Zihna“, beschäftigt sich mit dieser Frage und teilt unter anderem die recht interessante Tatsache mit, daß die genauesten Mitteilungen über die Londoner „Anarchisten“, unter Angabe aller Einzelheiten des Raubplanes, der Lithographien der Verbrecher und ihrer Adressen, vor allem — in dem reaktionären Blatte „Magas Avises“ zu finden waren, dessen Intimität mit der politischen Geheimpolizei bekannt ist. Nach den Angaben dieses Blattes sind einige von den Londoner Verbrechern frühere Mitglieder der lettischen „Kampfgesellschaften“, die die sozialdemokratische Partei auf das heftigste bekämpften und schließlich, trotzdem sie sich „Anarchisten“ nannten, auf das Niveau von Kriminalverbrechern herabstanken. „Wir wollen“ — so schreibt die „Zihna“ — „nicht viele Worte darüber verlieren, wohin diese früheren Kämpfer der Sozialdemokratie seitdem gekommen, wie ungeheuerlich und unsinnig ihre blutigen „Expropriationen“ sind. England ist das einzige Land, wo alle revolutionären Pflichten ohne Hindernis ein Asyl finden, und nun erreichen diese anarchischen Hooligans und Kriminalverbrecher, daß dieses Asylrecht für russische Revolutionäre künftig fast aufgehoben oder mindestens eingeschränkt werden wird.“ Zum Schluß veröffentlicht das Blatt den Wortlaut der Erklärung, mit dem sich das Auslandskomitee im Auftrage des Zentralkomitees der Sozialdemokratie Lettlands durch das Internationale Sozialistische Bureau an die sozialistische und demokratische Presse Englands gewendet hat. In diesem Schreiben wird hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie Lettlands mit solchen Expropriationen nichts gemeinjam hat, und daß man ihr für die Londoner Ereignisse keine Verantwortung ausbürden könne (wie dies von den reaktionären englischen Presse versucht wird). Der Londoner Parteikongreß unterlag 1907 sämtlichen Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands solche „Expropriationen“, und namentlich die Sozialdemokratie Lettlands führte diesen Beschluß auf die strengste Weise durch. Ihr Vertreter unterzeichnet auch, gemeinsam mit den Bevollmächtigten der übrigen sozialistischen Organisationen Rußlands, auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß den Aufruf, der sich gegen ähnliche Expropriationsversuche im Ausland wendet, die von Losspiegeln unternommen werden, um die russischen Revolutionäre in den Augen Europas zu diskreditieren.

Pökelliches, Gerächtliches usw.

Die beleidigte Breslauer Polizei.

Schon wieder einmal stand der Verantwortliche unseres Breslauer Arbeiterblattes, Genosse Wolff, vor der Breslauer Straßammer. Diesmal führte sich der Polizeipräsident von Breslau beleidigt. In einem Bericht über eine Versammlung der Demokratischen Vereinigung, in der ein Vortrag über die preussische Reaktion gehalten wurde, war gesagt worden, daß die Polizei in einseitiger Weise namentlich bei Streikdemonstrationen, Streiks,

Ausferrungen usw. gegen die Arbeiter vorgehe und durch ihre Einschreiten den Verkehr hindere. Ganz allgemein war dabei auf die Vorgänge in Breslau, Berlin, Koblenz und andere Städte hingewiesen und die Ausführungen des Redners waren als „treffend“ bezeichnet worden. Der Hinweis des Genossen Wolff, daß lediglich von der Institution der Polizei im allgemeinen in dem inkriminierten Artikel die Rede sei und die durch Jungen bewiesene Tatsache, daß die Polizei bei Streikdemonstrationen wiederholt in überflüssiger Weise den Verkehr gestört habe, genüge dem Staatsanwalt nicht. Selbstverständlich hat nach Ansicht des Redners der öffentlichen Anklage die Polizei immer ihre volle Pflicht getan. Mit 100 M. Geldstrafe wollte er das schwere Verbrechen gebüßt wissen. Das Gericht stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Es sei aus dem Artikel zu schließen, daß auf die Breslauer Polizei exemplifiziert werde und diese habe immer ihre „volle Pflicht“ getan. Der Artikel sei in der „beachteten“ Absicht geschrieben, die Polizei zu beleidigen. Das Urteil lautete jedoch auf 50 Mark Geldstrafe.

Das Strafmaß weicht auch diesmal von den in Breslau bisher üblichen vortheilhaft ab. Zumeist sieht Strafe und Strafmaß mit der angeblichen „Straftat“ in gar keinem Verhältnis. In jedem anderen Orte würde wegen einer solchen Lappalie überhaupt nicht erst Anklage erhoben werden.

Aus Industrie und Handel.

Anarchie im Handel.

Während in der Warenproduktion die Tendenz vorherrscht, durch Betriebskonzentration und technische Verbesserungen usw. eine Ermäßigung der Produktionskosten zu erzielen, hat der Kleinhandel teilweise eine Entwicklung genommen, die entgegengesetzt wirkt. Trotz der Warenhäuser und trotz der zunehmenden Wohnverdichtungen, die eine Konzentration im Handel möglich macht, ist in der Zeit von 1895 bis 1907 die Zahl der Selbständigen im Handel und die der darin beschäftigten Personen stärker gestiegen als die Zahl der Berufstätigen überhaupt. Ein paar Zahlen mögen das veranschaulichen. Es betrug die Zunahme resp. Abnahme:

	in Prozent
bei den Berufstätigen überhaupt	+ 31,94
bei den Berufszugehörigen überhaupt	+ 19,22
bei den in Handels- u. Verkehrsbetrieben Berufstätigen	+ 48,71
bei den Zugehörigen der im Handel und Verkehr Berufstätigen	+ 88,74
bei den Selbständigen in der Landwirtschaft	- 2,04
bei den Selbständigen in Industrie und Gewerbe	- 4,11
bei den Selbständigen in Handel und Verkehr	+ 19,99

Es findet demnach im Vergleich mit früher jetzt ein verhältnismäßig viel größerer Kreis von Berufstätigen und Berufszugehörigen in den Betrieben des Handels und Verkehrs seine Existenz. Das ist nur möglich, indem sich gleichzeitig die Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen erweitert hat. Die übermäßige Ausbreitung der kleinen und kleinsten Läden und Läden hat aber auch noch eine andere unangenehme Wirkung. Sie treibt die Mietpreise für Geschäftsräume und schließlich auch für Privatwohnungen in die Höhe. Leider steht uns keine ausreichende Preisstatistik zur Verfügung, um die Veränderung des Aufschlages im Handel ziffernmäßig feststellen zu können. Die Qualitätsunterschiede, wie auch die großen Preisdifferenzen innerhalb kleinerer Territorien lassen sehr schwer einen einwandfreien Vergleichsmassstab finden. Das ist aus allgemein sozialen Gründen und speziell auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu bedauern. Die Kenntnis des Verhältnisses zwischen Lohn und Warenpreise ist nämlich für die Gewerkschaften bei der Aufstellung und Verteidigung von Forderungen ein sehr wichtiger Faktor. Den Interessenten nach dieser Richtung wenigstens einen Wegweiser aufzurichten, versucht H. Calver durch die Ermittlung von Indexziffern nach gleichen Grundfragen für eine Reihe von Städten. Er bemüht dazu vorwiegend amtliche Angaben: die Detailpreise aus 98 Orten, wie sie von statistischen Ämtern oder von Polizeibehörden bekanntgegeben werden, die vom Preussischen Statistischen Landesamt aus 50 Orten ermittelten Preise, Markthallenpreise aus 8 Orten, aus 3 Orten sonstige amtlich ermittelte Preise, aus 7 Orten Preisangaben von Konsumvereinen und aus 5 Orten Preise aus der Verbindung verschiedener Quellen. Die so für 106 Orte festgestellten Preise dienen zur Ermittlung des Nahrungsauflandes für eine Familie aus Mann, Frau und zwei Kindern. Eine solche Familie wird als drei Vollpersonen berechnet und für jede Person eine Ration, wie sie für Marineoldaten vorgeschrieben ist, eingestrichelt. Die dabei erstmalig gedruckten Indexziffern veranschaulichen eine ganz bedeutende Differenz in den Haushaltskosten in den verschiedenen Orten. Der Aufwands einer Familie pro Woche stellt sich nämlich nach dem Durchschnitt aller Orte auf 23,49 M.; weit darüber steht Kreismit 27,12 M. und tief darunter Jüterburg mit 19,03 M. Völliglich fügen noch einige Quellen die Vergleichbarkeit, von geringer Bedeutung dürften die Transportkosten und die Qualitätsunterschiede sein. Aus dem gewonnenen Resultat kann somit, wenn auch mit einigem Vorbehalt, auf eine starke, sachlich nicht begründete Preisdifferenz geschlossen werden. Die Gewerkschaften haben natürlich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen, dem Volkswirt und Politiker geben die Ergebnisse Anlaß, sich mit dem Problem einer besseren Verteilung der Güter zu beschäftigen. Den Konsumenten des es nicht schwer fallen, zu erkennen, daß sie durch Anschluß an einen Konsumverein am besten ihre Interessen wahren!

Diskontermäßigung der Bank von England. Am Donnerstag hat die Bank von England seit Ende Januar d. J. den Diskont zum dritten Male um je 1/2 Proz. ermäßigt und ihn damit auf 3 Proz. gebracht.

Agrarisch ist Trumpf. Das bayerische Ministerium hat heute, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, die Einfuhr von französischem Vieh nach Bayern vom 12. März an wieder verboten. Ein neuer Sieg der Agrarier.

Die Eisenindustriellen auf internationalen Spuren. In der Verwaltungsratsitzung der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft gab Generaldirektor Rehranek bekannt, daß in den ersten Julitagen in Brüssel eine Konferenz von Eisenindustriellen jener Länder, die am Eisenerport interessiert sind, stattfinden soll. Die Besprechungen sollen der Herstellung einer Verständigung hinsichtlich des Eisenerportgeschäfts, der Schaffung einer entente cordiale auf dem internationalen Eisenmarkt gelten. — Den Konsumenten wird das wohl ein teurer Späß werden.

Nur ein halber Metter. Das Königl. Eisenbahn-Zentralamt sendet uns folgende Berichtigung:

In Nr. 50 Ihres Blattes vom 28. 2. d. J. findet sich in dem Artikel „Die Eisenbahnverwaltung als Metter der Preisdreier“ die Bemerkung, daß das Königl. Eisenbahn-Zentralamt seine letzten Ausrüstungslieferungen an das Eisenbahnbahndienstvergehen habe. Dies ist nicht zutreffend. Die Ausrüstungslieferungen sind vielmehr nur zur Hälfte an das Kartell, zur anderen Hälfte dagegen an außerhalb des Kartells stehende Firmen vergeben worden. Die Beteiligung des Kartells ist erfolgt, weil von ihm Kohle deutscher Herkunft verarbeitet werden, und die Staatseisenbahnverwaltung ein Interesse daran hat, die deutsche Eisenerzeugung lebensfähig zu erhalten.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Preugesetzes ersuchen wir, die vorstehende Berichtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes zu veröffentlichen.

Gewerkchaftliches.

Lehrlings-Verrufserklärung.

Die Verrufserklärung, Achtung und Ausbürgerung „In-
solvenzlicher“ Arbeiter sehen die Scharfmacherorganisationen,
die nicht genug über den Terrorismus, der in den Arbeiter-
organisationen praktiziert werden soll, schreiben können, als
etwas ganz Selbstverständliches an. Man kann auch nicht
gerade sagen, daß die Staatsanwaltschaft bemüht wäre, die
Scharfmacher auf den rechten Weg zu führen, wenn sie ver-
dächtig mit dem § 153 der Gewerbeordnung in Verührung
kommen. Der Arbeitgeberverband für Kiel geht folgerichtig
den betretenen Weg weiter und beschränkt sich nicht mehr dar-
auf, ihm unliebame Arbeiter in Verruf zu erklären, er er-
weitert diese seine Tätigkeit auch schon auf die Lehrlinge. In
der „Schleswig-Holsteinischen Arbeiterzeitung“ vom
25. Februar d. J. erschien folgendes Inserat:

Bekanntmachung.

Unsere Mitglieder sehen wir hierdurch davon in Kenntnis,
daß der Maurerlehrling welcher bei unserem Mit-
gliede Herrn Maurermeister Forchert (Ernst Frahm Nachf.) als
Lehrling in Arbeit stand, die Lehre böswillig verlassen hat. Unter
Hinweis auf § 125 der Reichs-Gewerbeordnung warnen wir
unsere Mitglieder den Lehrling in Arbeit zu nehmen
und ersuchen, wo dieses bereits geschehen sein sollte, ihn sofort
wieder zu entlassen.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Schleswig-Holsteins,
Ortsgruppe Kiel.

Köstlich ist die Gesetzeskenntnis des Kieler Arbeitgeber-
verbandes. Der § 125 der Gewerbeordnung macht Arbeit-
geber schadenerschuldig, wenn sie Gesellen oder Gehilfen
wissenlich in Arbeit nehmen, die einem anderen Arbeitgeber
noch zur Arbeit verpflichtet sind. Von Lehrlingen ist in diesem
Paragraphen überhaupt nicht die Rede. Die Regelung der
Lehrlingsverhältnisse geschieht in einem ganz anderen Ab-
schnitt der Gewerbeordnung. Aber was scheren sich die Scharf-
macher um gesetzliche Bestimmungen, wenn sie ihren Scharf-
macherallüren freien Lauf lassen.

Berlin und Umgegend.

Streik der Berliner Tapezierer.

Die Magazinpolsterer haben beschlossen, heute, Sonn-
abendmorgen, in allen Werkstätten ihre Forderungen vorzulegen
und überall, wo die Forderungen nicht bewilligt werden, am
Abend gemeinsam die Arbeit niederzulegen. Im
Laufe der Woche haben bereits Arbeitseinstellungen stattgefunden,
und nicht allein in Magazinwerkstätten, sondern auch in Werkstätten
anderer Branchen; 170 Arbeiter streifen bereits. In einer Branchen-
versammlung der Magazinpolsterer, die gestern, Freitagabend, in
den „Sophienfälen“ stattfand, fand die Aufforderung des Vor-
sitzenden Biewitz, geht energisch und geschlossen vorzugehen
und zur Arbeitsniederlegung zu schreiten, wenn die Forderungen
abgelehnt werden, begeisterte Zustimmung.

In der Streikbewegung der Schilderhersteller und Helfer ist
mit dem gestrigen Tage insofern eine Aenderung eingetreten, als
nun auch die Polizei, die allerdings dabei sein muß, sich bemüht,
in diesen rein wirtschaftlichen Kampf einzugreifen, und zwar natür-
lich zugunsten der Unternehmer. Von einigen Schulheuten wird
erklärt, daß sie von ihren Vorgesetzten Anweisung erhalten haben,
gegen Streikpoliten sowie Streikende mit aller Schärfe vorzugehen.
Ja, in einigen Fällen sind sogar unbeteiligte Personen, von denen
der Schulmann annahm, daß sie zu den Streikenden gehörten, ange-
schrien und belästigt worden. Eine besondere Schneidigkeit wird
von einigen jungen Schulheuten an den Tag gelegt. Die Streikenden
sind sich ihrer Sache gewiß und werden es auch unter der ver-
änderten schwierigen Situation verstehen, ihren Kampf zum end-
gültigen Siege zu führen.

Bei der Firma Polenz, Schönhauser Allee 34, sind von seiten
des Transportarbeiterverbandes Verhandlungen nachgesucht, die
aber abgelehnt wurden. Die Firma Polenz fertigt vornehmlich
Schilder für die Schulküch-Brauerei an, die diese dann von der
Firma bei den Schankwirten anbringen läßt. Durch das Gebahren
der Firma Polenz können auch für die Schulküch-Brauerei sehr
leicht Nachteile entstehen. Dasselbe ließe sich auch für die Firma
Vorstendorf, Schöneberg, Hauptstraße 9, anführen, die die
Schilderarbeiten für die Brauerei Schöneberg und Schulküch-
Brauerei auszuführen hat. Der Restaurateur Biesemann,
Temptow, Eisenstraße 41, Ede Heibelberger Straße, ließ seine Schild-
er unter polizeilicher Bedeckung anbringen. Die Streikenden,
die die Arbeitswilligen ausfüllen wollten, hatten hier einen schweren
Stand, da auch der Inhaber des Lokals Vernunftgründen nicht zu-
gänglich war.

Da in letzter Zeit erneut und wiederholt Anfragen an die
Streikleitung gelangen nach denjenigen Firmen, die noch nicht unter-
schrieben haben, so kommt die Leitung diesen Ersuchen nach und gibt
heute abermals die Firmen bekannt, die die Forderungen bisher
noch nicht unterschrieben haben. — Es sind: Otto Grund u. Co.,
Wasserstraße 3; Wilhelm Bartel, Molkenmarkt 1; Koch u. Wein,
Ritterstraße 49; P. Splinius u. Co., Schönhauser Straße 12;
P. Sonntag u. Co., Wohenstraße 11; Brillant, Neue Pro-
menade 4; Max Hoffmann, Kommandantenstr. 61; Schmidl,
Nizdorf, Hietzenstraße 78; Schmiechel, Linienstraße 42; Vorste-
dorf, Schöneberg, Hauptstraße 9; M. Bötsch, Alte Jakobstraße
Nr. 72; Rogosch, in Firma Leichter u. Pianer, Schilder-
straße 5; Paul Voigt, Neue Köpenickerstraße 42; Wilh. Rumpf,
Linienstraße 15a. Vorgenannte Firmen gelten bis auf weiteres
als gesperrt und sind von Arbeitssuchenden aufs strengste zu meiden.
Diejenigen Anmacher und Helfer, die zum Anmachen von Firmen-
schildern berechtigt sind, befinden sich im Besitze von Arbeiterberech-
tigungskarten, die auf Wunsch vorzuzeigen sind. Wer eine solche
nicht vorzeigen kann, gilt als Arbeitswilliger.

Die Tarifkündigung der Privatbadeanstaltsangestellten
wurde dieser Tage vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbe-
gerichts verhandelt. Unter Vorsitz des Magistratsassessors Dieblich
sanden Sonnabend, 4. März, vormittags 11 Uhr, die Verhandlungen
vor dem Einigungsamt statt. Die Arbeitnehmer waren durch
Mitglieder des Gemeindefacharbeiterverbandes, die Arbeitgeber durch
solche des Vereins der Badeanstaltsbesitzer, der Freien Vereinigung
und eines Direktors des Admiralgartensbad vertreten. Die Unter-
nehmer unterbreiteten folgende Frage:

„Die drei Kontrahenten auf seiten der Arbeitgeber erbitten
auf Grund der dem Einigungsamt in der heutigen Verhandlung
bekannt gewordenen Sachlage einen Spruch des Einigungsamtes
darüber:

„Gilt es das Einigungsamt für erwünscht, daß der für das
Badegebäude geltende Tarifvertrag bis zum 7. April 1912 in
Kraft bleibt?“

Wie nicht anders möglich, lehnte das Einigungsamt die Be-
antwortung ab; es erklärte, nicht darüber entscheiden zu können,
was erwünscht ist oder nicht. Nach längeren Verhandlungen kam
schließlich ein vom Einigungsamt dringend empfohlener Vergleich
zustande, welcher bestimmt, daß der geltende Tarif bis zum 30.
September dieses Jahres in Kraft bleibt, mit diesem Tage aber ohne
weitere Kündigung abläuft; die Beratungen eines neuen Tarifs
sind schleunigst in die Wege zu leiten. Wenn die Arbeitgebervertreter
trotz ihrer günstigen rechtlichen Position dem zustimmten, so nur
deswegen, weil der 30. September für künftige Tarifabschlüsse
günstig an sich liegt und weil der neue, wichtige Aenderungen
enthaltende Tarifvertrag eingehende Beratung erfahren kann;
denn bis zum Ablauftermin, dem 7. April, hätte er kaum
Zeit, Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranlt.: Th. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierz u. Weisagen u. Unterhaltungsbl.

unter Dach und Fach gebracht werden können. Heftige Kämpfe
wird trotz ihrer unbedingten Berechtigung die Forderung der Ange-
stellten auf Beseitigung des Bedienstungs- und Zeitungsunterschieds
und Zahlung bestimmter Lohnsätze herbeiführen. Es ist deshalb
Pflicht der Badeanstaltsangestellten, fest zu ihrer Organisation zu
sehen. Die Ortsverwaltung des Verbandes hat, um den Ar-
beitern und Arbeitern, wenn sie eine Badeanstalt besuchen,
eine Kontrolle zu ermöglichen, ihren Mitgliedern eine Legiti-
mationskarte ausgehändigt, welche auf Verlangen der Bade-
gäste vorzuzeigen ist. Je allgemeiner letzteres verlangt wird, um so
eher werden die geradezu gegen die guten Sitten verstoßenden
Lohnverhältnisse in den Berliner Badeanstalten verschwinden, die
zum größten Teil auf die Arbeiter als Krankenkassenmitglieder
angelegt sind.

Aufgehobene Sperre. Bei der Firma Hentschel u. Co., Neuen-
burgerstraße 30, ist der Streik beendet. Die Sperre ist damit auf-
gehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen in der Glasindustrie.

In den Betrieben der Glashüttenwerke Stralau
A.-G. in Stralau, Rauschau und Rähniß haben die Ar-
beiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma hat nur ganz mini-
male Zugeständnisse gemacht, die die Arbeiter nicht befriedigen.
Es wird deshalb in allen drei Werken im Laufe dieser Woche von
der Arbeiterschaft die Kündigung eingereicht werden, und wenn
die Firma nicht während der Dauer der Kündigung andere Zug-
eständnisse macht, wird in 14 Tagen in diesen Betrieben die Arbeit
eingestellt werden.

Es werden deshalb alle Flaschenarbeiter des In- und Aus-
landes ersucht, jeden Zugang nach diesen Orten zu unterlassen.

In Rauschau haben die Glasarbeiter der Firmen Gebr.
Girsch und Rob. Greimer den am 1. April ablaufenden Tarif-
vertrag gekündigt. Die Firma Rob. Greimer hat den Arbeitern in-
folgedessen gekündigt. Auch die Firma Gebr. Girsch hat gekündigt,
wenn die Kündigung des Tarifs nicht zurückgenommen wird, ihre
Oefen zu löschen. — Die Arbeiter wollen mit der Kündigung des
Tarifs lediglich eine Gleichstellung mit den Löhnen erreichen, die
bereits in anderen Betrieben am selben Orte gezahlt werden.

Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

Der am 1. Januar d. J. ausgebrochene Streik der Ofenseher in
Rittau ist endlich nach heftigem Kampfe mit Erfolg beendet.
Es wurde ein neuer Lohnsatz mit teilweise recht guten Aufbesser-
ungen vereinbart.

Für Wittenberg (Bez. Potsdam) und Umgegend wurde auf
dem Verhandlungswege ein verbesserter Bezirkstarif abgeschlossen.
Eine langwierige Lohnbewegung der Ofenseher in Branden-
burg a. H. hat endlich einen günstigen Abschluß gefunden. Es
kam ein neuer Tarifstarif mit guten Aufbesserungen zustande.

Die Inhaber der Ofenfabrik in Steinau a. Ober, die
Herrn Bernau und Vindernagel, beabsichtigen die Aus-
rottung der organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe. Zunächst
ging die Firma mit Maßregelungen vor; Einigungsversuche ver-
liefen resultatlos. Die Arbeiter legten daraufhin einmütig die
Arbeit nieder. Nach bekannten Vorbildern versucht es die Firma
jetzt mit dem „Anlernen“ unorganisierten Arbeiter. Diese An-
lernsmenschen müssen folgendes Schriftstück unterzeichnen:

„Unterzeichneter erklärt sich hiermit bereit, in hiesiger Ofen-
fabrik das Nach- und Ueberschichten zu lernen und erhält für
die Lehrzeit pro Tag 1,50 M. — Die Dauer der Lehrzeit wird
auf 4-8 Wochen angenommen; sollte nach dieser Zeit die Fertigkeit
des Lernenden noch nicht so weit sein, daß er in Afford selbst-
ständig arbeitet, so ist es dem Fabrikvorstand überlassen, noch
eine weitere vierwöchentliche Probezeit einzugehen, oder den
Lernenden zu entlassen.“

Der Unterzeichnete erklärt ferner, sich, solange er bei der
Ofenfabrik in Arbeit steht, der Organisation der Töpfer nicht
anzuschließen. Sollte trotzdem ein Eintritt in die Organisation
erfolgen, so ist Unterzeichneter mit sofortiger Entlassung aus
dem Fabrikbetrieb einverstanden.“

Damit hat nun die Firma ihr wahres Gesicht enthüllt. Ihr
Kampf gilt der Arbeiterorganisation. Der Töpferverband nimmt
diesen Kampf getrost auf. Zugunsten von Ofenformern ist nach Steinau
streng ferngehalten! — Die Ofenseher aber mögen sich die nun
ebenfalls bald auf dem Markt erscheinende Musterware dieser
Firma beim Bearbeiten genau ansehen, denn die von den Vier-
wöchigen-Lehrlingen hergestellte Ware wird auf alle Fälle von recht
zweifelhafter Qualität sein.

Erfolgreiche Mälzereiarbeiterstreiks.

Nach höchstlicher Dauer ist der Kampf mit den Malz-
fabriken G. Schmitz u. Sohn und Wolfgang Hagen in
Nordhausen mit Erfolg für die Arbeiter und durch Tarifab-
schluß mit dem Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter be-
endet. Die Organisation ist anerkannt, wogegen die Unternehmer
sich so heftig wehrten. Erreicht wurden Lohnzulagen von wöchent-
lich zirka 3 M., Bezahlung familiärer Sonntagsarbeit und der
Ueberstunden, desgleichen der siebenten Schicht mit einem Tagelohn,
Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich, Vergünstigun-
gen auf Grund des § 616 B. G. B. Auch die Einstellung der Be-
ginn einer neuen Kampagne wurde geregelt und werden die-
jenigen zuerst berücksichtigt, die die frühere Kampagne durchge-
arbeitet haben.

Auch die Arbeiter der Malzfabrik Heinrich in Nord-
lingen haben nach mehrtägigem Kampfe den Abschluß eines Tarifs
erreicht, der ihnen verschiedene ansehnliche Verbesserungen bringt.

**Der Streik der Former und Gießereiarbeiter im Chemnitzer
Bezirk** ist nun auf der ganzen Linie ausgebrochen. Bis auf einen
Betrieb, in dem 14tägige Kündigung besteht, ruht in allen Gießereien
die Arbeit mit Ausnahme zweier, deren Inhaber die Forderungen
schriftlich anerkannt haben. Die Forderungen sind auch ohne
weiteres befriedigen zu nennen, besonders, wenn man bedenkt, daß
Chemnitz bezüglich der Lebenshaltung mit zu den teuersten Städten
Deutschlands gehört. Für Former wird ein Mindestlohn von 50 Pf.,
nach dem 20. Lebensjahre von 60 Pf., für Zimmerer und Schlosser
40 bzw. 50 Pf., für Maschinenformer, Kernmacher, Kupfer, Kran-
führer und Ofenarbeiter 35 bzw. 45 Pf. die Stunde verlangt.
Ueberstunden sollen mit 25, Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zu-
schlag bezahlt werden, die tägliche Arbeitszeit soll 9½ Stunden
betragen. Das sind, neben dem selbstverständlichen Verlangen nach
Verbesserung der Betriebsicherheit und den hygienischen Ein-
richtungen in den Betrieben zum Schutze von Gesundheit und Leben
der Arbeiter, die Hauptforderungen.

Wie zu erwarten war, nahmen die Unternehmer den „Herr-
im-Hause“-Standpunkt ein und wollen nur mit „ihren“ Arbeitern
verhandeln. Das sagen sie jetzt. Als aber nach Zustimmung des
Tarifentwurfs die Kommissionen ihrer Arbeiter bei ihnen vorstellig
wurden, da hatten sie auf den Verband der Chemnitzer Metallin-
dustriellen verwiesen. Warum? Weil sie „Herr im Hause“ sein
wollten!?

Mit Hilfe der bürgerlichen Presse wollen die Unternehmer jetzt
der öffentlichen Meinung Sand in die Augen streuen. Da reden
sie von einem Streik der Arbeiter wider Willen, behaupten, daß der
Metallarbeiterverband den Streik nur inszeniert habe, um einen
Freiwilligen Eingriff des Metallarbeiterverbandes in die Fabrikverhält-
nisse der Unternehmer. Dabei verrennen sie sich mit der Be-
hauptung, daß die Former und Gießereiarbeiter schon jetzt mehr
verdienen, als in dem Vertragsentwurf verlangt wird. Was hindert
sie nun, den Tarif anzuerkennen? Sie wollen keine Einheit in den
Betrieben in bezug auf Lohn und Arbeitszeit, wollen, wie bisher,
die Arbeiter gegeneinander ausspielen, weil sie dabei ihr Geschäft
machen! Schließlich glauben sie, daß die Arbeiter nicht standhalten
und bald wieder in das alte Joch kriechen. Sie werden sich aber
diesmal täuschen; auch wenn sie mit der Aussperrung kommen. Die
Arbeiterschaft ist gerüstet.

Zur Lohnbewegung der Rohglashleifer in der Oberpfalz.

Die Vermittlungsversuche der Regierung sind nicht ohne Er-
folg geblieben. Die Unternehmer haben der Arbeiterschaft weitere
Zugeständnisse gemacht, die zum Teil sofort, zum anderen Teil erst
am 1. April 1912 durchgeführt werden. Die Arbeiter dürften sich
aller Voraussicht nach mit diesen Zugeständnissen zufrieden geben,
und da auch die Leiter des Zentralverbandes der Glasarbeiter der
Meinung sind, daß durch einen Streik weitere Zugeständnisse nicht
zu erreichen sind, werden sie den Arbeitern die neuen Zugeständnisse
zur Annahme empfehlen. Am Sonntag, den 12. März, wird in
Weiden eine Konferenz der Rohglashleifer über die Annahme des
Tarifabschlusses endgültig entschieden.

Ausland.

Der vierte Kongreß der italienischen Landarbeiter.

Rom, den 7. März. (Fig. Ver.)
Der Landesverband der italienischen Landarbeiter hat vom
2. bis 6. März in Bologna seinen vierten Kongreß abgehalten, auf
dem 405 Gewerkschaften vertreten waren, die 93 924 organisierte
Arbeiter repräsentieren. Dem Zentralverbande gehören heute 1517 Ge-
werkschaften mit 157 099 Mitgliedern an. Von den vielen wichtigen
Beschlüssen des Kongresses sei der der Gründung einer Zentralkasse für
Streikunterstützung erwähnt. Der Agrarminister in der Romagna kam
namentlich auch zur Sprache und beantragte die republikanischen Delegierten,
ostentativ den Saal zu verlassen. Genau vor zehn Jahren verließen
in Bologna ebenfalls die Republikaner den ersten italienischen Land-
arbeiterkongreß, weil eine Tagesordnung Ferris zur Annahme ge-
langt war, die den Kollektivbesitz von Grund und Boden als Ziel
der Landarbeiterbewegung bezeichnete. Diesmal verließen sie ihn,
weil sie sich gegen den Vorwurf, Streikbrecherorganisationen ge-
schaffen zu haben, nicht verteidigen konnten.

Von den Kongreßarbeiten verdient weiter erwähnt zu werden,
daß die Frage des Kleingrundbesitzes auf völlige Teilhabefreiheit
traf und daß der piemontesische Genosse, der das Lob des
eigenen Fleckens Erde sang, von den Tagelöhnern der Provinzen
mit Großgrundbesitz, die das Gros der Landarbeiterorganisationen
bilden, sehr lächlig aufgenommen wurde. Beschlüssen wurde ferner,
auf Antrag der Montovener Delegierten selbst, eine Kommission
zur Untersuchung der Organisationsverhältnisse dieser Provinz zu
ernennen. Mit großer Sachlichkeit hat der Kongreß die Frage der
Bauverträge der Halb- und Drittpartner, die des ländlichen
Arbeiterschutzes, des Genossenschaftswesens und andere mehr be-
handelt. Es wurde beschlossen, der Konföderation der Arbeit bei-
zutreten, der bisher nur das industrielle Proletariat und verein-
zelte Landarbeitergewerkschaften, nicht aber der Zentralverband,
angehörten.

Der Lohnkampf der Buchdrucker und Buchbinder Finnlands
dauert unverändert fort. Die Verhandlungen zur Beilegung des
Streiks der Buchdrucker sind gescheitert, und die Buchbindereibe-
halter ihre Aussperrung ebenfalls aufrecht und haben sich überhaupt
noch nicht bereit gezeigt, zu verhandeln.

Auf dem Vormarsche!

Gießen, 10. März. (Privattelegramm des
„Vorwärts“.) Bei der heutigen Reichstagsnach-
wahl im Wahlkreise Gießen-Nidda wurden für
unseren Kandidaten Genossen Beckmann
7742 Stimmen abgegeben. Der Antisemit Doktor
Werner erhielt 8184, der Freisinnige Pfarrer
Korell 5050 und der Nationalliberale Professor
Gisevius 2569 Stimmen. Wir stehen
in Stichwahl mit dem Antisemiten.

Bei den Spottentwahlen im Jahre 1907 entfielen im
ersten Wahlgange auf unseren Kandidaten, Genossen
Krumm, 6396 Stimmen, der Antisemit Köhler erhielt
9017 und der Nationalliberale Seylgenstädt 7484
Stimmen. In der Stichwahl wurde dann der Antisemit
mit 11543 Stimmen gegen 10 575 Stimmen, die der
Nationalliberale auf sich vereinigte, gewählt.

Was nach dem Verlauf der bisherigen Nachwahlen zu er-
warten war, ist auch bei dieser Wahl eingetroffen: ein
starkes Zurückdrängen der reaktionären
Parteien, Abtreten der Wähler ins oppositionelle
Lager. Geradezu vernichtend ist die Niederlage der Natio-
nalliberalen, deren Kandidat, Professor Gisevius,
die Stimmen der heftigen Bauern sich dadurch zu sichern
glaubte, daß er die Forderungen des Bundes der Landwirte
anerkannte. Kechnlich schlecht abgeschnitten hat der Kandidat
der Antisemiten. Zu einem Teil kommt der Stimmenverlust
freilich auf das Konto der Person des Kandidaten. Während
der vorstehende Antisemit Köhler sich durch gewisse demo-
kratische Reizungen die Gunst seiner Wähler zu erhalten wußte,
unterscheidet den jetzigen Kandidaten Dr. Werner nichts
vom üblichen Kadawanantisemitismus. In der bei den Anti-
semiten bekannten Art wurde daher auch von ihnen der Wahl-
kampf geführt. Mit einer Schlammschlacht von Ver-
leumdungen wurden von den Antisemiten in Schrift
und Wort die politischen Gegner überschüttet. Aber alle un-
schönen Märgen konnten nicht verhindern, daß ein Teil der
überwiegend ländlichen Wähler des Kreises die durch un-
ausgesehene Volksverräterei besudelte Fahne des Antisemi-
tismus verließ.

Die Linksliberalen, die seit der Nachwahl im Jahre 1896
auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet
hatten, stellten in ihrem Pfarrer Korell eine der tüchtigsten
Kräfte ihrer Partei. Seiner Person und dem reaktionären
Verhalten des nationalliberalen Kandidaten verdanken die
Liberalen eine erhebliche Stimmenzahl, die bei der Stichwahl
auschlaggebend sein dürfte.

An den Liberalen liegt es, zu beweisen, ob es ihnen
wirklich ernst ist mit der Zertrümmerung des schwarzblauen
Blodes. Gehen die Stimmen, die bei der Hauptwahl auf
Korell entfallen sind, in der Stichwahl auf unseren Genossen
Beckmann über, so ist wieder eine Position der Reaktion
erobert worden. Die anderen werden bei der kommen-
den Hauptwahl, vor der dem philosophischen Reichskanzler
offenbar so graut, daß er es nicht wagt, den Termin bekannt-
zugeben, sicher folgen.

Letzte Nachrichten.

Es herrscht Ruhe!

Brüssel, 10. März. (B. Z. V.) Nach der „Independance Belge“
wurde in Rom ein Komplott der Eingeborenen gegen hohe Beamte
am Kongo entdeckt. Es handelt sich um den Wangenstamm, dessen
Sitz sich in Uelobezir befindet. Die Behörde beschlagnahmte
Waffen und Munition und nahm viele Verhaftungen vor. Infolge
dessen herrscht dort wieder allgemeine Ruhe.

Der Belagerungszustand.

Buenos Aires, 10. März. Aus Assumption kommt die Meldung,
daß die Regierung von Paraguay beschlössen habe, dort für sechs
Monate den Belagerungszustand zu verhängen.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Machen-Land 88,80; Altes-Herold, 4. Du. 10 110,44; Argentinien, Hennig 5.—; Berlin-Groß, a Konto seiner 8 Wahlkreise 15 000.—; (Darunter: J. S. durch John 3.—, Beitrag Remer 20.—, vom Vulkanwerk, Friedrichstraße statt vier Kränzsp. 17,30, S. G. 5.—, Weg. 151a Munition zum Wahlkampf 10.—, Kränzübersch. beim Gen. Bertra, Funktionäre d. 1. u. 2. Abt., 2,60, Onkel 3.—, Koll. d. Vorkrauterei Kränzübersch. bei der Beeridigung des Genossen Singer 4.—, Leses- und Diskussionsklub Südost 20.—, Radfahrerkund „Solidarität“, Abt. 4 30.—, von den Arbeitern der Fa. C. Veermann 21,65, Ueberschuß der Kränzsp. vom Genossenschaftsbau in Lichtenberg 17,65, Möbelfabrik Phönix, Cabiner Straße 20 10.—, Ueberschuß von der Kränzsp. d. Gesellsch. f. drahtl. Telegr. 26.—, Start durch Schildbach 1.—, Sechserklasse der Möbelfabrik Lohow u. Hering 40.—, Lesende der 25. Abt., 4. Kreis 10,52, Großenklasse d. Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Fa. Fischhorn 20.—, Vorkaufstheorie v. Womke 2,50, Kränzübersch. d. Versteher in A. G. Voltast. 5,20, Amerik. Auktion d. Preuß. Holzmarktstr. 5.—, Kränzübersch. d. Schleifer von F. W. Müller, Gutzstr. 23 7.—, Männerchor „Vorwärts“ nach d. Uebungsstunde gesammelt 1,10, von den Arbeitern der Fa. J. C. Pfaff durch Schnell 23.—, Gleben 10.—, R. Platon 5,20, Kränzübersch. d. Pitsch 50,80, A. W. Wister 1.—, Uebersch. von der Kränzsp. der Arbeiter der A. E. G., Turbinenfabrik 570.—, Kränzübersch. der Arbeiter von Max Gasse 18.—, Ueberschuß von der Kränzsp. der Arbeiter der Hauptwerkstatt, Große Berliner Straßenbahn 62,15, Kränzübersch. der Arbeiter von Volzani 1,85, Ueberschuß der Kränzsp. der Arbeiter der Fa. Berliner Werkzeugmaschinen-Fabrik von Senker 33,05, Bergmanns Elektricitätswerk, Abt. Vled 3.—, Monatsbeitrag Wah-Stark 3.—, Ueberschuß der Kränzsp. v. Bergmann, Bezirk 555 4,85, Kränzübersch. von den Arbeitern der Fa. Jachmann, Gutzstr. 35,10, Kränzübersch. der Arbeiter der Maschinenfabrik von Flohr, Schauffstr. 14,50, Uebersch. von der Gewerkschaftsfeier J. Balbt 3.—, Kränzübersch. der Arbeiter v. Löhnen u. Co. 11,90, Kränzübersch. der Arbeiter der A. E. G. durch Roschke 20,20, Kränzübersch. der Arbeiter vom Mühlentau Kuppler 22,80, Kränzübersch. von Bergmann, Abteilung Hennigsdorfer u. Seestraße 398,60, Kränzübersch. der Arbeiter von Schwarztopf, Scheringstraße 245.—, Kränzübersch. der Arbeiter von Drees u. Comp. 25,25, Höpner 2.—, A. E. G. Abt. Peters 2,70, Dr. R. R. 25.—, Ueberschuß von d. Kränzsp. C. Weichlein 83,70, Uebersch. von d. Kränzsp. Sommerfeld 10,15, Vom fidelem Paletotabstärken in der Gredowstraße 11, F. R. 5.—, 1e Rahlabend Rirdorf 2,65, Uebersch. vom Kränz, Neue Photograph. Gesellsch., Steglitz 6,65, Depeschentext von H. Lichtenberg 1,05, D. R., R. d. R. 6,50, Untermann, Jigarenfab. 10.—, Ueberschuß Kränzsp. Demitt u. Herz 81,10, Ueberschuß Kränzsp. der Arbeiterschaft der Deutschen Waffen- u. Munitionsfabrik Charlottenburg 220,25, An Stelle eines Kränzes für Singer für den Wahlfonds gesammelt bei Jmmu u. Böbner 42.—, Gutenberg 88,30, Ueberschuß von der Kränzsp. der A. E. G., Schlegelstr., darunter vom Gummiwerk (24,70) 91,15, Aus der 5 Pfenningklasse der Fabrik Turbinenfabrik durch Schröder 20.—, Als Kränzsp. für Singer vom Hilfspersonal der „Berliner Morgenpost“ 41,90, Ueberschuß von Kränzsp. der Arbeiter Daimler-Motor-Gesellschaft, Mariensfelde 5, Berlin 101,40, Kränzübersch. vom Post-Reubau Magazinstr. u. Alexanderstr.-Ede 5.—, Kränzübersch. von Arbeitern u. Handwerker der Betriebswerkstatt, Gasanal 6, Zegel 10,85, Kränzübersch. von den Koll. und Kolleginnen der Fa. Bergmann (Rosenthal) durch Eduard Meide, Berlin 200.—, Besonderer Beitrag 225.—, Berlin, div. Beitr.: Uebersch. aus d. Sechskasse der Pumpstation vom Auerbetrieb, Rachtischdirt 2.—, Arbeiter Dussles, Kinematographenfabrik 8,40; Kränzübersch., Arb. d. Anilinfabr. Leptow 98,20; „Bombe“ für Dezember und Januar 1.—; Patienten der Heilstätte Wuch, Uebersch. v. Singer-Telegr. durch Jrimau 9,20; Kränzübersch. Betriebswerkst. Hoch- u. Untergrundbahn, Warshawer Straße 14,65; Kränzübersch. Buchdruckerei Deutsch. Verlag 7,15; Kränzübersch. Arb. u. Arbeiter, Fa. R. Woffe u. Co., Wiener Str. 43, 14,85; Anabe 3.—; Schmidt 3.—; Kränzübersch. Arb. d. Fabr. Ed. Grimm 4,85; Arb. d. Fa. Gebr. Hoff 9,50; Rachtets 10.—; Arb. d. Fa. Israel, Kränzübersch. 33,50; Kränzübersch. v. d. Arb. der Summivarenfabr. S. Herz, Köpfnider Str. 187,88 5,05; Arb. d. Wagenfabr. v. R. Franke, Jenseitstr., Kränzübersch. 6.—; Arb. d. Maffei-Schwarztopfwerke, Wildau, Kränzübersch. 81,80; Gesamtpersonal der Schulheiß-Bräuerei, Abt. II, Kränzübersch. 79.—; Arb. d. Fa. Wuyte u. Co. 98.—; Koll. d. Fa. Ed. Lachmann u. S. Kummer, Mitterstr. 79, Kränzübersch. 12,25; Von den Schneiderwerkstätten Herm. Hoffmann 50.—; Arb. d. Fa. Frost u. Söhne, Wilhelmstr. 10,05; Kränzübersch. v. d. Koll. d. Fa. Kelling u. Thomas, Adersstr. 129 96,75; Kränzübersch. v. d. Arb. d. Fa. Deutsch. Post-Eisenbahn-Gesellschaft, Urbanstr. 100 3,40; Freiwilliger Beitrag für 1911 für Kosenau 5.—; Kränzübersch. v. d. Arb. d. Fa. Rengers Söhne, zum Wahlkampf 7,20; Kränzübersch. Arb. d. Kanalar-Schreibmaschinenfabr. Dollmannstr. 85 18.—; Arb. d. „Lof.-Anz.“ Abt. Falzeret 34,25;

Dr. L. A. für Februar 100.—; Berlin, Döring 3.—; Koll. d. Fa. Brauer-Stralau, Abt. Eichelgeret 12,60; Berlin, „Bombe“ 0,50; Die Kontobucharb. v. Wedding 5.—; Kolonie „Heinrichstraße“, Rixdorf, d. Butterloß 10.—; Uebersch. d. Kränzsp. f. Frau Ruche-Zegel, d. Karl Krüger 3,55; Kränzübersch. d. Arb. v. Wdm. Brauhaus NO. 17,70; Kränzübersch. v. d. Arb. u. Arbeiter, d. Fa. C. Lorenz, Berlin (mit Ausnahme d. Abt. Henning) 59,70; Kränzübersch. v. d. Koll. d. Fa. Fritz Berner, Lützenstr., 20,35; A. G. 50.—; R. W. 2.—; Vonn 44.—; Vaugen, 3. sächs. R.-B.-R., 2. Halbjahr 10 496.—; Bochum-Gelsenkirchen, 4. Quart. 10, 1050,28; Bromberg Agit.-Bez. Posen, Wahlkreise: Posen Stadt u. Kreis, 2.—4. Du. 10: 68,49; Samter-Obornil 3. u. 4. Du. 10: 18,32; Referat-Womst, 3. Du. 10 0,82; Rawitsch-Gostyn, 2. Du. 10 7,88; Zisa-Franstadt, 3. Du. 10 3,26; Weichen-Weiden, 4. Du. 10 0,66; Krotoschin-Roschin, 3. u. 4. Du. 10 1,32; Abelnau-Ditrowo, 3. u. 4. Du. 10 6,40; Kolmar-Plöhne, 3. u. 4. Du. 10 57,45; Birzich-Schubin, 3. u. 4. Du. 10 14,85; Bromberg, 3. u. 4. Du. 10 33,95; Hohenfalza-Strelno, 1. u. 2. Du. 10 1,14; Gnesen-Brongowitz, 4. Du. 10 0,48; Sa. 215,02. Vern. S. 2, 50.—; Gdm. Reg. B. 20.—; Gelle, 14. hannov. R.-B.-R., 2. Halbj. 10 482.—; Cleve-Geldern, 4. Du. 10 15,14; Coblenz-Et. Goar, 4. Du. 10 20.—; Gannstatt-Ludwigsburg, 4. Du. 10 870,05; Cottbus-Spremberg 200.—; Usttrin 71,12; Danzig, Bezirk Westpreußen, 4. Du. 10, Wahlkreise: Eßing-Marienburg 79,27; Danzig-Land 54,57; Danzig-Stadt 193,09; Reustadt-Karthaus 4.—; Percent-Stargard 1,60; Stuhm-Marienerwerder 11,67; Rosenberg-Löbau 1,82; Grandenz-Strasburg 33,24; Thorn-Kulm 9,96; Schweg 3,78; Konig-Luchel 4,32; Schlochau-Platon 10,88; Deutsch-Krone 18,32; Sa. 421,82; Darmstadt-Groß-Gerau, 4. Du. 10 466,08; Detmold, Wahlkreis Fürstentum Lippe, 2. Halbj. 10 231,40; Delitzsch-Bitterfeld, 4. Du. 10 423.—; Schurt-Schleusingen, 2. Halbj. 10 400.—; Eich a. d. Elbe von mehreren Genossen an Stelle einer Kränzspende 4,60; Erstein-Molsheim, 4. Du. 10 28,62; Freiburg i. B., 5. bad. R.-B.-R., 4. Du. 10 83,16; Freiberg, 9. sächs. R.-B.-R., 2. Rate 09/10 200.—; Falkenberg, O.-S., R. 2, 4.—; Goslar, 13. hannov. R.-B.-R., 2. Halbj. 10 172,66; Grabow i. R. 50.—; Göttingen-Münden-Duderstadt, 2. Halbj. 10 171.—; Guben-Lützen, 4. Du. 10 196,84; Götz-Homburg-Usingen, 2.—4. Du. 10 900.—; Harburg a. E., 17. hannov. R.-B.-R., 4. Du. 10 2344,88; Heddingen (Hobenzollern), 2. Halbj. 10 5,18; Hufum, 4. sächs.-holst. R.-B.-R., 4. Du. 10 37,04; Hamm-Soest, 4. Du. 10 302,58; Hildesheim, 10. hannov. R.-B.-R., 2. Halbj. 10 608,90; Herford-Dalle, 2. Halbj. 10 441,70; Juchow, 5. sächs.-holst. R.-B.-R., 4. Du. 10 398,26; Kassel-Neustadt, 4. Du. 10 633,54; Karlsruhe-Bruchsal, 10. bad. R.-B.-R., 4. Du. 10 333,27; Kiel, 7. sächs.-holst. R.-B.-R., 4. Du. 10 2488,84; Lüneburg, 16. hannov. R.-B.-R., 300.—; Lübeck 863,50; Lappheim, 15. würt. R.-B.-R., 4. Du. 10 3,86; Leipzig, 13. sächs. R.-B.-R. a. Konto 7000.—; München I. u. II., 4. Du. 10 2619,19; Münden, Gau Südbagern, 4. Du. 10, Wahlkreise: Kichau 114,98; Jngolstadt 42,12; Wasserburg 6,84; Weilheim 86,32; Rosenheim 141,24; Traunstein 62,04; Landshut 56,14; Straubing 13,98; Passau 19,14; Pfarrkirchen 16,14; Deggendorf 7,86; Regheim 3.—; Augsburg 251,82; Donaustadt 8,28; Dillunden 5,70; Jllertissen 26,76; Kaufbeuren 24,24; Immenstadt 77,82; Regensburg 84,14; Sa. 1061,56; Marckisch-Rappoltsweiler, 2. Halbj. 10 21,22; Minister-Goesfeld, 4. Du. 10 30.—; Mühlhausen-Langensalza, 4. Du. 10 141,40; Moers-Rees 81,38; Reichen, 7. sächs. R.-B.-R. 1590.—; Osnabrück, 2. Halbj. 1910 297,52; Oldenburg i. O., Stadt u. Amt, 4. Du. 10 172,55; Oberlangendelauer Agitationsbezirk, 4. Du. 10, Wahlkreise: Wadensburg 437.—; Schweidnitz-Striegau 399,27; Reichendach-Neurode 303,34; Rixdorf 58,58; Glatz-Pabelsdorf 6,40; Landshut-Jauer 149,92; Sa. 1854,51; Ost- u. West-Sternberg, 4. Du. 10 27,80; Ofenburg-Rehl, 4. Du. 10 65,49; Osterburg-Stendal, 4. Du. 10 203.—; Obergornitz, 4. Du. 10 142,18; Pritzwalk 9,20; Pfortheim-Durlach, 9. bad. R.-B.-R. 421,59; Reutlingen-Lödingen, 4. Du. 10 76,70; Stodeldorf, 1. od. R.-B.-R., Fürstent. Lübeck, 4. Du. 10 205,98; Sorau-Jork, 4. Du. 10 387,08; Stuttgart, 1. würt. R.-B.-R. 1907,60; Strelitz, 7. medl. R.-B.-R. 57,39; Stegen-Wittgenstein-Odentopf, 4. Du. 10 18,54; Schwerin, 2. medl. R.-B.-R., 4. Du. 10 231,87; Schwemingen, 9. würt. R.-B.-R., 4. Du. 10 196,89; Ulm a. D., 14. würt. R.-B.-R., 4. Du. 10 154,06; Wolmirsdorf-Neuhaldensleben, 4. Du. 10 326,26; Weimar I, 2. Halbj. 10 446,20; Zwickau, 18. sächs. R.-B.-R., a. Konto 700.—, Berlin, den 9. März 1911.

Für den Parteivorstand: J. B. Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Reichstag.

144. Sitzung. Freitag, den 10. März 1911, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratstisch: Kracelle. Zweite Lesung des Postetats. Dritter Tag. Die Beratung soll mit der Abstimmung über die zum Titel „Staatssekretär“ gestellten Resolutionen beginnen. Die Abstimmung

Jedenfalls zeigt der Kampf dieser führenden Geister, wie sehr die Probleme des Sozialismus heute zu herrschenden Fragen des Geisteslebens geworden sind. Und die Schwäche des bürgerlichen Wortführers ist sicher kein Zufall, sondern der Ausdruck der Sachlage.

Alle Welt sprach-Erfinder. Volapük, Esperanto, Ido und sonstige „Welsprachen“ sind keine neuen Erfindungen. Der nabelngebende Gedanke, die ganze Welt in einer Sprache zu vereinigen, hat seit Alters die Köpfe beschäftigt. Auf einen Versuch aus dem 17. Jahrhundert weist Helene Elmer im „Euphorion“ hin. In seiner Schrift „Närrische Weisheit und weise Narrheit“ (Frankfurt 1883) handelt der Vielgelehrte Joh. Joach. Weder „von einer allgemeinen Sprachschrift“. Weder erinnert an die verschiedenen Bemühungen, eine Sprache zu finden, welche man reden könnte, als zum Exempel, wie die Lingua Franca, und welche doch ganz leicht zu begreifen, etwa in vier Wochen Zeit zu erlernen, leicht auszusprechen, die Sachen doch wohl und umständlich exprimiert, und aus der Natur aller Sachen selbst genommen wäre“. Er nennt als Urheber solcher Welsprachen die Engländer Georgius Valgarnus, Franciscus Rothwid und Joh. Wilking. Wilkings „philosophische Sprache“ scheint ihm freilich „künstlicher“ als alle anderen Sprachen. Nach Weders Meinung „müß eine Sprache sein, erstlich von zehn oder zwölf Buchstaben, wo kein R, S oder schwere Buchstaben sein, sondern mehrheitlich Labiales, Dentales, Vocales, also, daß sie auch von einem, der eine schwere Zunge hat, doch leichtlich gesprochen werden kan. Zweitens müß sie einen Charakter haben, der einseitig zu schreiben ist, also daß er auch von Tauren in einem Tage gelernt werden kan. Drittens, die unnötigen Wörter, so in einer Sprache einen Ueberschuß und Weitläufigkeit machen, müssen ausgemerzt, und nur die nötigen zum tägl. Gebrauch erfordernde Wörter zusammen gebracht, und in radices (Wurzeln) gestellt werden, davon ich einen eigenen Tractat geschrieben, und bewiesen, wie wenig Substantiva, Adjectiva Verba, Adverbia, Präpositiones, Conjunctiones, Interjectiones, Pronomina in einer Sprache vornehmlich“. Weder hält 300, 400 höchstens 500 Worte für genügend, „also, daß man gar in einem Monat eine Sprache so weit wird lernen können, nemlich des Tages zehn oder zwölf Wörter, daß er eine Sprache zu nützlicher Notdurft verstehen und reden kan“. Besonders findet Weder, daß das „viele variiren in den Declinationen und Conjugationen abgeschafft“ werde. Wozu all die verschiedenen Zeitformen, Geschlechter, Unregelmäßigkeiten? Es genügt ein Geschlecht, eine Comparation, ein Singular, ein Pluralis, vier Casus, ein Präsens, Präteritum und Futurum und die drei Personen; dazu noch „insgesamt etwa sechs Regeln in Syntax: Disz ist die ganze Grammatic auf einem einzigen Mat“. Die Laute der Welsprache sollen nicht nur leicht sondern auch „lieblich in der Aussprach“ sein.

über die Resolution der Abgg. Wedh (natl.) und Eichhoff (Vp.), den Oberpost- und Telegraphenassistenten, sowie den Vorstehern der Postämter 2, die schon vor dem 1. Januar 1900 in den Dienst getreten und 3 Jahre lang das Höchstgehalt bekommen haben, eine persönliche Zulage von 300 M. zu gewähren, soll eine namentliche sein.

Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Freih. v. Camp (Rp.): Die Resolution Wedh-Eichhoff ist noch nicht 3 Tage gedruckt in unseren Händen und deshalb erhebe ich auf Grund der Geschäftsordnung Widerspruch dagegen, daß jetzt über sie abgestimmt wird. Sie ist übereinstimmend mit einer von der Budgetkommission einstimmig gefaßten zu einem späteren Titel gestellten Resolution (Hört, hört! rechts). In der Budgetkommission ist sie von Vertretern der Rechten angelegt worden (Erneutes lautes Hört, hört! rechts). So etwas ist noch nicht vorgekommen (Stürmisches Hört, hört! rechts), daß um den Schein zu erwecken, als ob diese Herren und Mitglieder hinter der Resolution stehen (Stürmisches Hört links), sie von ihnen als eine eigene eingebracht wird. Wenn Herr Wedh glaube, die Resolution der Budgetkommission käme bei späterer Abstimmung zu schlecht weg, so konnte er beantragen, über sie hier bei Titel 1 mit abzustimmen, nicht aber als die feinjige behandeln. Ich würde meinen Widerspruch zurückziehen, wenn der Präsident die Resolution der Budgetkommission beim Titel 1 zur Abstimmung bringen wollte und die Herren Wedh und Eichhoff ihre Resolution dann als gegenstandslos zurückziehen würden (Lebh. Bravo! rechts. Rufen links).

Präsident Graf Schwerin erklärt sich bereit, die Resolution der Budgetkommission beim Titel 1 zur Abstimmung zu bringen. Widerspruch hiergegen erfolgt nicht.

Abg. Baffermann (natl.): Herr von Camp hat mit sehr starken Worten den Vorwurf der Inkohalität gegen den Abg. Wedh erhoben. Der Vorwurf ist vollständig unbegründet. Das Zentrum hat in seiner Resolution die in der Resolution der Budgetkommission behandelte Materie zum Teil angegriffen. Das ist das gute Recht des Zentrums. Würde aber die Resolution der Kommission erst gegen den Schluß der Beratung zur Abstimmung kommen, und ein großer Teil der darin behandelten Materie durch die Zentrums-Resolution schon jetzt, so ist es das gute Recht jedes Abgeordneten, dafür zu sorgen, daß über die ganze Materie jetzt abgestimmt wird (Lebh. Just. links). Um den Antrag zu stellen, daß über die Budgetkommissions-Resolution bei Titel 1 abgestimmt wird, dazu hätte es der Verhängung mit dem Vorstehenden der Kommission bedurft, die nicht möglich war (Lebh. Sehr gut! links). Ich beantrage nunmehr, die Abstimmung über die sämtlichen Resolutionen zu Titel 1 bis zur dritten Lesung auszusetzen (Lebh. Bravo! links).

Abg. Dröschler (kons.): Ich schließe mich der Kritik des Freiherrn v. Camp an und mache mir seine Ausdrücke zu eigen. Das Zentrum wollte mit seiner Resolution zum Ausdruck bringen, daß es zwei verschiedene Titel zusammen behandelt wissen wollte. Das Vorgehen der Herren Wedh und Eichhoff wird noch dadurch besonders gekennzeichnet, daß sie Berichterstatter der Budgetkommission waren. Wobin soll es führen, wenn es Gebrauch wird (Große Unruhe links), die Beschlüsse der Budgetkommission vorwegzunehmen (Anderwende, bis zu starkem Lärm sich steigende Unruhe links). Das Vorgehen der Herren ist weiter dadurch gekennzeichnet, daß ich als Urheber der Anträge der Budgetkommission es für meine selbstverständliche Pflicht gehalten habe, mich mit den beiden Herren vorher über die Hoffnung zu verständigen (Lebh. Hört, hört! rechts). Aber hinter unserer Rücken bringen die Herren am Ende der Verhandlungen eine derartige Resolution ein, deren durchsichtiger Zweck ist, es soll im Lande heißen, hinter den Postbeamten stehen die Freisinnigen und die Nationalliberalen (Bravo! rechts. Anderwender Lärm links).

Abg. Eichhoff (Rp.): Ich weise die Behauptungen der Herren v. Camp und Dröschler entschieden zurück. In der Budgetkommission haben zunächst Herr Wedh und ich einen Antrag eingebracht, der weiter ging als die schließlich zur Annahme gelangte Resolution. Als unser Antrag abgelehnt war, griff Herr Dröschler unseren Gedanken auf und gab ihm eine andere Form. (Lebhaftes Hört! hört! links), über die wir uns mit ihm verständigt haben. Diese Resolution wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Zentrumspartei hat jetzt denselben Gedanken wieder bei Titel 1 aufgegriffen, und wenn wir unseren Antrag nicht eingebracht hätten, so wäre die Resolution der Budgetkommission in das Hintertreffen geraten, und da der Vorsitzende der Budgetkommission wie gewöhnlich, oder ich will sagen, wie häufig nicht hier war (Lebhaftes Hört! hört! links), so konnten wir uns mit ihm nicht besprechen und muhten mit einem eigenen Antrage vorzugehen.

Abg. Wedh (natl.): Ich protestiere ganz entschieden dagegen, daß ich mich mit fremden Federn geschmückt hätte. Ich habe gestern bei Begründung der Resolution ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es die der Budgetkommission ist (Lebhaftes Sehr richtig! links), die durch die des Zentrums außer Kurs gesetzt werden sollte. Ich beriet mich mit verschiedenen Herren, auf welchem Wege dies zu verhindern sei, und wir kamen zu der Ueberzeugung, daß nur der Weg des Initiativantrages übrig blieb. Ich wäre bereit gewesen,

Herzliche Behandlung per drahtlose Telegraphie. Ein kurioses Geschehen darüber wird in der französischen Zeitschrift „Cosmos“ erzählt. Am 4. Januar d. J. fühlte der Kapitän des Schiffes „German Frach“, das sich im Mexikanischen Meerbusen befand, ein heftiges Unwohlsein. Es stammte, wie er vermutete, vom Genuß verdorbener Konserven. An Bord des Schiffes gab es keinen Arzt, wohl aber eine Station für drahtlose Telegraphie. Rasch entschlossen sendet der Icañke Kapitän eine drahtlose Depesche an den ersten besten Arzt, der sich noch nahe genug befindet, um diese Bitte erhören zu können. Das Telegramm wird vom Dampfer „Jucatan“ aufgefangen, und der Schiffsarzt sendet dem Kranken auf demselben Wege seine ärztlichen Ratschläge zu. Alles wendet sich zum besten und der Kranke ist gerettet.

Wie war's, fragt schalkhaft der Verfasser dieser Notiz, wenn solche „drahtlose“ Behandlung eine allgemeine Sitte würde? Man könnte dann dem Arzt manche gewiß nicht sehr angenehme persönlichen Auseinandersetzungen mit dem Kranken ersparen. Und die Behandlung braucht darunter, wie der Fall zeigt, nicht zu leiden. Vielleicht wird sie noch wirksamer.

Notizen.

Was eine Papiergeldmaschine leistet. Unsere neuen Hundertmarkheine haben wenig Weisfall gefunden, sie sind unhandlich. Außerdem hat die neue Banknote die unangenehme Eigenschaft, stark abzufärben. Es ist einigermaßen beschämend für uns, zu hören, daß die Amerikaner jetzt eine Maschine erfunden haben, die nicht nur den gesamten Prozeß der Notenerstellung in sich vereinigt, sondern dabei auch ein technisch einwandfreies Formular erzeugt. Die Maschine steht in Washington; an einem Ende der Maschine läuft das weiße Papier hinein, und am anderen Ende kommt die Banknote fertig und fertig, gedruckt, gestempelt, numeriert — natürlich fortlaufend —, abgezählt, zugeschnitten, in Pakete abgeteilt und zusammengebunden heraus. Die Maschine erzeugt 133 Angelegte und exportiert dem Staat jährlich 800 000 M. — Der größte Weisfuß der Erde. Kürzlich wurde, so berichten die „Technischen Monatshefte“, in einer sächsischen Weberei ein Weisfuß aufgestellt, der wohl alle Weisfüße der Erde an Größe übertrifft. Er hat eine Gesamtlänge von 28 Meter, und auf ihm können Stühle bis 18 Meter Breite gewebt werden. Diese gewaltige Arbeitsbreite ist notwendig, um die in den Papierfabriken auf Papiermaschinen verwendeten endlosen Filzstreifen herstellen zu können. Solche Rundfüße können auf diesem Stuhl bis zu 70 Meter Umfang ohne Naht gewebt werden. Das Weberschiffchen legt den gewaltigen Weg von 18 Meter in jeder Minute fünfzehnmal hin und her zurück.

Kleines feuilleton.

Strindberg, Heidenstam und die Sozialdemokratie. August Strindberg, der große Dichter des modernen Schwedens, veröffentlichte vor einiger Zeit, zum Teil in „Sozialdemokraten“, eine Reihe Artikel, worin er derb und rücksichtslos, wie es seine Art ist, gegen die Reaktion und Klassenherrschaft des schwedischen Bürgertums und gegen das Königtum zu Felde zog. Strindberg, der Sohn der Dienstmagd, zeigte sich auch hier als der Mann des Volkes, weit entfernt davon, den herrschenden Gewalten zu schmeicheln, um etwa eine offizielle Anerkennung oder Pension, die diesem großen und armen Dichter, im Gegensatz zu kleineren und süßameren Kollegen, hartnäckig vorenthalten wird, zu ergattern. Nun tritt Berner von Heidenstam, sein Rivale in der Dichtkunst, dessen gefälliger Aesthetismus dem Geschmack der guten Gesellschaft freilich mehr zusagt als die rauhe Lebenswahrheit eines Strindberg, als sein erbitterter Gegner auf. Er veröffentlicht mehrere Artikel mit geschäftigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und gegen Strindberg. „Reiner“, schreibt er, „ist näher daran gewesen, geradewegs zum Volkshause zu gehen, als ich. Aber jedesmal wurde ich abgestoßen von dem Redeschwall der Volkspriester.“ „Untaugliche Volkspriester“ nennt er die Führer der Arbeiterschaft. „Die Partei der Proletarphilosophen ist nahe daran, die Partei der Dummköpfe zu werden. Unter ihren Hauptleitern hatte sie rechte Aerie, aber in den unzähligen Kleinpriestern erwachsen ist die Unglücksdögel.“ Er meint, die Partei sei gealtert. In solcherlei Reden plappert Herr von Heidenstam, der einst zu den Stürmern und Drängern gehörte, der einst in seinem „Sang vom Kirchturn“ das „Zukunftreich der Brüderlichkeit“ einluden wollte, nun von der Partei, die kräftiger als je für die Ideale seiner eigenen Vergangenheit kämpft. Dazu schreibt Genosse Branting in „Sozialdemokraten“ unter anderem: „Ein Radikalismus, der in ästhetischen Notizen wurzelt, ist immer ein zerbredlich Ding. In gewissen Momenten des Kampfes löst er sich fesseln von Leidenschaft und tragischer Größe, aber ihm fehlt der Sinn für die geduldige Arbeit des Alltags, in der die Waffen geschmiedet werden für den entscheidenden Augenblick. Klopft der Klassenkampf an die Tür mit Arbeitniederlegung Hunderttausender, dann melde sich dieser Radikalismus ab. Und das Bürgertum, das nie die hochtrabenden Phrasen für vollen Ernst genommen hat, bereist sich den verlorenen Sohn willkommen zu heißen.“

auch noch andere Herren von anderen Parteien zu dem Antrage hinzuzuziehen, wenn ich sie im Hause hätte finden können. (Sehr gut! links.)

Abg. Gröber (Z.): In ihrer Aufregung haben die Herren sämtlich die Vorgänge in der Budgetkommission nicht ganz richtig dargestellt. Sie mögen sich doch etwas besänftigen. Das Zentrum hat bei der Generaldebatte zunächst nur einen Antrag in Bezug auf das Beamtenrecht eingebracht und begründet. Aber Herr Eichhoff und die folgenden Redner sind dann sofort auf die Gehaltsverhältnisse der Postbeamten eingegangen. Deshalb haben wir beschlossen, einen Antrag einzubringen, der sich nicht auf die Verhältnisse der Postbeamten beschränkt, sondern mit wohlüberlegter Absicht auch die der Postunterbeamten behandelt. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß dieser Antrag einheitlich zur Abstimmung gelangt. Würden wir die Abstimmung verschieben, so würden wir bei den späteren Titeln die ganze Debatte wiederholen. Deshalb halte ich es für wünschenswert, daß der Widerspruch gegen die Abstimmung zurückgezogen und über alle Resolutionen einschließlich der Resolution der Kommission abgestimmt wird.

Abg. Frhr. v. Camp: Persönlich muß ich Herrn Eichhoff bemerken, es ist richtig, daß ich gestern nach 6 Uhr nicht mehr hier war. Es geht eben über meine Kräfte, wenn ich von 10 Uhr früh an in der Budgetkommission hier bin, bis nach 6 Uhr hier zu bleiben (Zuruf links: Anderen geht es auch so!), und es ist nicht kollegial, mir diesen Vorwurf zu machen. Es kann mir auch keiner verdenken, daß ich nicht Lust habe, hier anwesend zu sein, wenn solche Appelle verhandelt werden. (Große Unruhe links.) Herr Frhr. ist übrigens weder bei den Konservativen noch bei der Reichspartei und der Christlichsozialen Vereinigung gewesen, um Unterschriften unter seinen Antrag zu erhalten.

Abg. Dröschner (L.): Ich bin mit Herrn Gröber einverstanden, geht über alle Resolutionen abzustimmen, aber nur, wenn die Budgetkommissions-Resolution vorzugenommen und über sie zuerst und zwar namentlich abgestimmt wird, was ich hiermit beantrage. Dadurch würde die Resolution Vech-Eichhoff gegenstandslos werden. Herrn Vech ist es nicht gelungen, sein Verlangen als lokales zu rechtfertigen. Lokal wäre es gewesen, wenn er beantragt hätte, die Abstimmung über die Resolutionen zu den beiden Titeln zu verschieben. Das ist das nicht getan hat, was lokal. (Große Unruhe links, anhaltend die Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht vorwerfen, daß er lokal gehandelt hat.

Abg. Dröschner (fortfahrend): Ich stelle fest, daß ich nach jedes Mal, wenn ich bei Angelegenheiten der Postbeamten Anträge zu stellen hatte, den Weg zu Herrn Vech gefunden habe. Ich habe keine fremden Gedanken in der Kommission aufgegriffen, die weitergehende Resolution der Herren entsprang ja nur ihrem Agitationsbedürfnis. (Große Unruhe links.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Bg.) stellt fest, daß er von dem Abg. Vech in Bezug auf das Vorgehen nicht gefragt worden ist. (Ironisches Gähnen links.) Freuen Sie sich, daß Sie als Abgeordneter immun sind, sonst würden Sie nach dem Geseh gegen den unlauteren Wettbewerb bestraft werden. (Große Unruhe links. Rufe zur Ordnung.)

Abg. Vebel (Soz.):

Wir müssen uns in den Streit nicht ein, die Herren müden die Sache miteinander ausmachen. Für uns ist aber eine andere Angelegenheit sehr wichtig. Der § 44 der Geschäftsordnung schreibt vor, daß das Wort zur Geschäftsordnung nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt werden kann und zwar nur auf die Dauer von 5 Minuten. Diese Bestimmung ist in den denkwürdigen Dezembertagen des Jahres 1902 bei den Debatten über den Posttarif in die Geschäftsordnung aufgenommen und zwar auf Antrag des Herrn Gröber. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Gröber hat seinen eigenen Antrag mißhandelt, denn er hat volle 9 Minuten gesprochen. (Weiterkeit.) Und Frhr. v. Camp, der mit Herrn Gröber den Antrag gestellt hatte, hat in seiner ersten Rede sogar 15 Minuten gesprochen (Weiterkeit und Hört! hört!), also dreimal solange, als es zulässig ist, denn eine Ausnahme darf der Präsident nicht gestatten. Nachdem in so eifriger Weise durch die Antragsteller selbst erwiesen ist, daß der § 44 der Geschäftsordnung unhaltbar ist, wird meine Forderung bei erster Gelegenheit den Antrag auf Wiederherstellung des alten Zustandes stellen, und wie erwarten, daß die Herren Gröber und v. Camp unserem Antrag dann zustimmen werden. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bin dem Abg. Vebel dankbar, daß er auf den § 44 der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht hat und werde ihn in Zukunft strenger handhaben als heute.

Nachdem die Abg. Frhr. v. Camp, Dröschner (Wp.), Vech (natl.), Bassermann (natl.), Frhr. v. Camp (Wp.) im wesentlichen ihre wenigen Reden wiederholt haben, erklärt der Präsident, zu dieser Sache werde er nicht mehr das Wort zur Geschäftsordnung erteilen.

Auf Antrag Gröber (Z.), dem der Abg. Wiemer (Wp.) widerspricht, beschließt das Haus, zuerst über die Resolution des Zentrums abzustimmen. Die Resolution betr. Neuordnung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten wird angenommen.

Die Resolution, welche den Postassistenten und Oberpostassistenten usw. nach 25jähriger Dienstzeit eine persönliche Zulage geben und die nicht etatsmäßigen Unterbeamten nach 10jähriger Dienstzeit etatsmäßig angestellt haben will, wird abgelehnt.

Der Präsident wird hierauf zur Abstimmung über die Resolution Vech-Weidberg schreiten. (Stürmischer Widerspruch rechts.)

Präsident Graf Schwerin: Ich habe angenommen, daß nach dem Antrage Camp die Abstimmung in der Reihe der vorliegenden Anträge erfolgen soll. (Rufe rechts: Nein, die Resolution der Kommission hat den Vorrang! Rufe links: Wir sind bereits in der Abstimmung.)

Der Präsident befragt unter großer Unruhe links das Haus. Es wird beschlossen, zunächst über die Resolution der Kommission abzustimmen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Wp.) (zur Fragestellung): Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet. (Lärmende Unterbrechung rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich habe das Wort nur zur Fragestellung, nicht zur Geschäftsordnung gegeben.

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, um festzustellen, daß, nachdem wir bereits in der Abstimmung waren, noch eine Änderung im Modus der Abstimmung eingetreten ist.

Die Resolution der Kommission wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 55 Stimmen angenommen, die Resolution Vech-Eichhoff ist damit erledigt. (Bravos rechts.)

Beim Kapitel Betriebsverwaltung, Besoldungen, hat die Kommission 5 Oberpostdirektoren und Postdirektoren und 9 Oberpostinspektoren gestrichen.

Die Abg. Dr. Dröschner (L.), Vech (natl.) und Lattmann (Wirtsch. Bg.) beantragen, die Bistern des Stats wieder herzustellen.

Staatssekretär Kraetke bittet um Annahme dieses Antrages. Der Antrag wird mit den Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, es bleibt also bei der Streichung der Kommission.

Zum Titel „Unterbeamte“ beantragen die Abg. Albrecht (Soz.) u. Gen., den Reichsanwalt zu ersuchen, eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes in dem Sinne vorzubereiten, daß eine angemessene Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Postunterbeamten eintritt.

Von den Abg. Dr. Dohrn (Wp.) u. Gen. liegt ein Antrag auf Ausgleichung der unbedachtigten Härten bei der Regelung der Bezüge der Unterbeamten durch geeignete Maßregeln vor.

Abg. v. Nidthausen (L.) tritt für eine Verringerung der Wohnungsgeldzuschüsse für die Unterbeamten ein.

Abg. Dedischer (Wp.) ersucht den Staatssekretär um eine Erklärung, wann eine Antwort auf die vielen Petitionen aus Beamtenkreisen um Abänderung der Wohnungsgeldzuschüsse erfolgen werde.

Staatssekretär Kraetke erwidert, daß diese Petitionen eingehender Prüfung bedürften.

Abg. Eichhoff (Soz.):

Nachdem Sie soeben mit großer Mehrheit den Oberpostassistenten eine Zulage gegeben haben, halte ich es für selbstverständlich, daß sie auch unserem Antrag im Interesse der Unterbeamten zustimmen. Ich beantrage zugleich namentliche Abstimmung über die Resolution.

Abg. Werner (Antif.) stimmt dem Grundgedanken der fortschrittlichen Resolution zu.

Staatssekretär Kraetke: Die Wünsche der Unterbeamten werden geprüft werden; aber die Sache bedarf eingehender Prüfung und darf nicht übereilt werden.

Die Debatte schließt. Ueber die Resolution Albrecht wird namentlich abgestimmt. Mit Ja stimmen 189, mit Nein 162 Abgeordnete, einer enthält sich. Die Resolution ist also abgelehnt.

Die fortschrittliche Resolution wird in einfacher Abstimmung durch die Stimmen der gesamten Linken, der Polen und der Antisemiten angenommen.

Beim Titel „Post- und Telegraphenämter“ bittet

Abg. Vöhlke (Soz.)

die Postverwaltung, doch endlich die sehr berechtigten Wünsche der Straßburger Handelskammer zu erfüllen und entsprechend der Zunahme der Bevölkerung für Vermehrung des Beamtenpersonals bei den Straßburger Postämtern zu sorgen. Die Schalter allein tun es nicht. (Sehr richtig!) Ebenfalls ist die Zahl der Briefträger ungenügend. Diese sind einer großen Stadt unwürdig. — In Reich treibt die Postverwaltung Propaganda für den Flottenverein und läßt Verträge für den Flottenverein durch Postbeamte einsammeln. Die Postverwaltung ist doch nicht da, um für solche Organisationen Propaganda zu treiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein Bundesratskommissar sagt Prüfung und eventuelle Abstellung der Straßburger Beschwerden zu.

Die Debatte schließt. Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Oberpostassistenten usw.“

Hier liegt eine Resolution der Kommission vor, in der der Reichsanwalt ersucht wird, 1. von der Verringerung von Ämtern für den mittleren und höheren Postdienst bis auf weiteres Abstand zu nehmen und dafür Unterbeamte und gehobene Unterbeamte einzustellen, 2. eine Denkschrift über anderweitige Organisation der Postverwaltung einzulegen, unter konsequenter Festhaltung des Grundgedankes, daß Arbeiten, für die eine geringere Qualifikation ausreichend ist, Beamten mit niedrigerem Rang und Gehalt übertragen werden.

Weiter beantragt die Kommission, von der dem Bundesrat erteilten Ermächtigung der Einweisung einzelner Orte in eine höhere Ortsklasse zur Befestigung hervorgetretener Härten entsprechenden Gebrauch zu machen.

Abg. Will (Z.) trägt Wünsche reichsständischer Postbeamter vor.

Abg. Werner (Antif.) trägt Wünsche sächsischer Postbeamter vor.

Abg. Dr. Stengel (Wp.) regt an, in den Ehedämtern wesentlich weibliche Kräfte zu verwenden, da diese sich besser als männliche zur Bedienung von Rechen- und Schreibmaschinen eignen.

Abg. Dr. Wendt (Wp.): Die berechtigten Wünsche der Telephonistinnen müssen durchaus berücksichtigt werden, aber andererseits dürfen dem weiblichen Personal keine Vorrechte vor dem männlichen eingeräumt werden.

Abg. Dr. Dedischer (Wp.): Der Staatssekretär sollte sich als Junggeselle das Wohlwollen der Damen sichern (große Heiterkeit) und darum Wünsche der Hamburger Telephonistinnen erfüllen. — Redner trägt Hamburger Besoldungswünsche vor und fragt sodann an, ob eine Verfügung existiere, die frühere Dienstmädchen vom Postdienst ausschließt.

Staatssekretär Kraetke: Eine solche Verfügung existiert nicht. Wir verlangen nur Unschick und gute Schulbildung.

Abg. Dr. Wrede (natl.): Man soll wirklich nachsichtiger mit den Telephonistinnen sein und sich nicht gleich über jede solche Verbindung aufregen. Der Stöpsel wird gar zu leicht einmal in eine falsche Nummer gesteckt. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wagner-Sachsen (L.) trägt Dresdener Postwünsche vor.

Die Debatte schließt. Titel und Kommissionsresolutionen werden angenommen.

Ein weiterer Titel sieht 50 000 M. vor als Beihilfe für Genesungshäuser, die von Postbeamten- und Unterbeamtenvereinen errichtet werden.

Abg. Eichhoff (Wp.) beantragt, diese Zuschüsse auch Krankenkassen solcher Vereine zugute kommen zu lassen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen.

Die Ostmarkenzulagen für mittlere und Unterbeamten der Reichspost beantragt

Abg. v. Garlinast (Wp.) abzulehnen.

Die Mehrheit, bestehend aus den Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen mit Ausnahme der Abg. Gothein und Fegter beschließt die Beibehaltung der Ostmarkenzulagen.

Zum Kapitel Betriebskosten beantragen die Abg. Albrecht (Soz.) u. Gen. den Reichsanwalt zu ersuchen, Arbeiten und Lieferungen für die Reichspostverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.)

begründet die Resolution. Die entsprechende Resolution ist beim Marinestatal mit großer Mehrheit in namentlicher Abstimmung angenommen worden. Wir bitten um Annahme unserer Resolution, die durchaus den bescheidensten Forderungen der Sozialpolitik entspricht. (Bravos bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Wir lehnen die Resolution ab, ich glaube, beim Marinestatal haben viele Abgeordnete nur aus Versehen dafür gestimmt. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Der erste Teil der Resolution ist überflüssig, der zweite Teil ruht eine grundsätzliche Frage auf, die nur durch die Reichsgesetzgebung, nicht durch einzelne Resolventen geregelt werden kann. Wir werden eine entsprechende Resolution beim Reichsamt des Innern einbringen, wenn sie nicht von anderer Seite eingebracht wird, hier aber gegen diese Resolution stimmen.

Abg. Lehmann (Soz.):

Ein ehrenvolles Zeugnis stellt Herr Behrens hier dem Reichstoge gerade nicht aus, wenn er die Resolution Albrecht beim Marinestatal als versehenlich angenommen bezeichnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Resolution Albrecht wird gegen Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen und einige Zentrumabgeordnete abgelehnt.

Abg. Wieberg (Z.) begründet einen Antrag auf Ausbau der Arbeiterausschüsse der im Telegraphenbau beschäftigten Arbeiter und Handwerker, so daß es ihnen ermöglicht wird, jährlich einmal ihre Wünsche den Vertretern der Oberpostdirektion und einem Vertreter des Reichspostamts vorzutragen, und ferner auf Errichtung einer Pensionskasse für die Post-Telegraphen- und Fernamtsarbeiter. Redner vertritt im einzelnen die Wünsche des Bochumer Verbandes der Telegraphenarbeiter.

Abg. Hermann (Wp.): Von Seiten des Verbandes der Telegraphenarbeiter, Eich Berlin, sind uns genau die gleichen Petitionen zugegangen. Diese Spaltung in zwei Organisationen ist bedauerlich, sie liegt sicher nicht im Interesse der Arbeiter. Wir können diese Petitionen auf Erhöhung der Löhne, schnellere Erreichung der Höchstlöhne resp. der Anstellung usw. nur unterstützen.

Abg. Roske (Soz.):

Die ganze Debatte zeigt wieder, wie unszial die Postverwaltung ist. Eine ganze Anzahl von Telegraphenarbeitern müssen

sich erst im Laufe von vielen Jahren zu einer einigermaßen ausreichenden Bezahlung durchhängern. Löhne von 2,50 M. bis 3 M. muß man bei den jetzigen teuren Lebensverhältnissen als

Hungerlöhne

bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie beweisen, wie weit unsere Postverwaltung davon entfernt ist, ein Musterbetrieb zu sein. — Was die Resolution anlangt, so sollte es selbstverständlich sein, daß eine Verwaltung, die Wert auf vertrauensvolle Beziehungen zu ihren Arbeitern legt, sie immer hört, wenn wichtige Fragen zur Förderung stehen. Die Resolution ist daher viel zu genüßig. Wenn die Arbeiterausschüsse nicht nur Dekoration sein sollen, müssen sie bei allen wichtigen Anlässen und nicht nur jährlich einmal gehört werden. Wir beantragen daher, die Worte „jährlich einmal“ zu streichen. (Bravos!) bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stresemann (natl.) stimmt der Resolution des Zentrums zu. Der Antrag Roske würde sie für seine Freunde unannehmbar machen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) schlägt vor, einzufügen: „mindestens“ einmal jährlich, und bringt eine Reihe Wünsche der Telegraphenarbeiter vor.

Abg. Wieberg (Z.) betont, daß seine Resolution in dem Sinne des Abg. Behrens gemeint sei.

Abg. Roske (Soz.):

Die Interpretation, die Abg. Wieberg hier seinem Antrag gibt, verpflichtet die Postverwaltung zu gar nichts. Ich hätte dann meinen Antrag zurückziehen können, wenn der Staatssekretär erklärt hätte, daß er die Ausschüsse mindestens einmal jährlich hören wird. Es ist aber charakteristisch, daß er sich vollständig auschweigt; dadurch bekundet er, wie wenig Reue er verspürt, der Anregung der Resolution zu folgen. Er kennt ja jetzt unsere Ansicht, und wenn er die Arbeiterausschüsse im nächsten Jahre nicht hört, sollte der Reichstag ihn gefügiger machen, indem er ihm das Gehalt verweigert. (Bravos! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.) polemisiert gegen den Abg. Hermann.

Abg. Jubel (Soz.):

Sie auf der Rechten treten nur für die Staatsarbeiter ein, soweit es Ihren Interessen dient. Im übrigen ist Ihnen das Wohlwollen der Arbeiter völlig gleich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist Ihr Verhalten gegenüber den Maßregelungen von Postbeamten; ich erinnere an den Fall Jollitsch.

Staatssekretär Kraetke: Daß die Arbeiter Lohnforderungen wünschen, finde ich begreiflich, aber von einer so schlechten Bezahlung im allgemeinen kann keine Rede sein. Die Verwaltung zahlt aus von den ortsüblichen Tagelöhnen und gibt dann Zulagen. Die Löhne sind seit 1907 von 3,34 M. im Durchschnitt auf 4,11 M. im Jahre 1910 gestiegen. Da sollte man doch nicht von Hungerlöhnen sprechen. Das wird doch draußen gelesen und die Arbeiter sagen: Die Herren nennen es ja auch so. Das sind doch weise Herren. (Heiterkeit.) — Was die Arbeiterausschüsse anlangt, so haben die Arbeiter durchaus Vertrauen zu dieser noch jungen Einrichtung. Also warten Sie doch die weitere Entwicklung ab und hören Sie das Vertrauen, welches die Arbeiter zu der Verwaltung haben, nicht. — Ueber die Möglichkeit, eine Pensionskasse zu gründen, sind Ermittlungen angeleitet, die Sache liegt zurzeit einem Versicherungstechniker zur Prüfung vor.

Abg. Roske (Soz.):

Die Resolution Wieberg ist wirklich sehr zahm. Was aber erleben wir? Angesichts dieser so überaus heikelen Forderungen stellt sich der Staatssekretär hin, ringt die Hände und beschwört uns, doch um Gottes willen nicht zu weit zu gehen. Unsere deutschen Staatssekretäre leiden alle wahrhaftig nicht an einem Ueberfluß von sozialem Verständnis und sozialer Empfindung; der Staatssekretär des Reichspostamts aber bringt das Kunststück fertig,

der unszialste der unszialen oberen Reichsbeamten

zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Ich hatte also recht, als ich vorher der Vermutung Ausdruck gab, daß der Staatssekretär die Resolution Wieberg trotz ihrer Zahmheit ablehnen werde. Der Staatssekretär beschwert sich darüber, daß hier der Ausdruck „Hungerlöhne“ gefallen ist. Lieft der Staatssekretär die Gerichtsverichte? Mehr als einmal haben wir in den letzten Monaten gelesen, daß Angestellten der Post, die wegen Unterschlagung von Geldern stand, mildernde Umstände zugestanden wurden, und diese mildernden Umstände wurden in der

schlechten Bezahlung

dieser Leute gesehen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solche Gerichtsurteile besagen, daß der

Staatssekretär der Mitschuldige

der Arbeiter und Beamten ist, die durch schlechte Bezahlung zu Verbrechen getrieben werden. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm und Unruhe rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwit: Diese Bemerkung ist unangehörig. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Bravos rechts.)

Abg. Roske (fortfahrend):

Die Unterbezahlung der Postarbeiter wird damit gerechtfertigt, daß man der Industrie und der Landwirtschaft keine Konkurrenz bereiten könne. Der Landwirtschaft! Also die miserablen Löhne der Landarbeiter (Lärm rechts, lebhaft, wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) zieht der Staatssekretär zum Vergleich heran! Weiß er nicht, daß diese Unterbezahlung es ist, die die Landarbeiter massenhaft in die Stadt treibt? (Erneuter Lärm rechts, Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Die Löhne der Landarbeiter haben doch nichts mit dem Postetat zu tun. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.)

Abg. Roske (fortfahrend):

Die Ausführungen des Staatssekretärs berechtigen mich, hier die Löhne der Landarbeiter und die Landflucht zu besprechen. Im ortsüblichen Durchschnittslohn, sagt der Staatssekretär, wird der Lohn der Telegraphenarbeiter gemessen; dieser Lohn aber sinkt durch die Landarbeiter, die wegen ihrer miserablen Bezahlung in die Stadt fliehen und den Lohn der dortigen Arbeiter herabdrücken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hatte also das Recht, hier von den Löhnen der Landarbeiter zu sprechen, ebenso wie ich recht hatte, die Löhne der Telegraphenarbeiter als Hungerlöhne zu bezeichnen. Die Entzweiung des Staatssekretärs wird uns nicht abhalten, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hermann (Wp.): Der Staatssekretär möchte sich nicht in seiner Ruhe stören lassen. Darum predigt er immer: Ruhe, Ruhe! Nur keine Aufregung in die Beamtenchaft hineinbringen. Wir haben keine Veranlassung, uns diesen „Ruhe um jeden Preis“-Standpunkt des Staatssekretärs zu eigen zu machen. Wir Abgeordnete sind dazu da, Beschwerden zur Sprache zu bringen und auf ihre Abstellung zu bringen. (Sehr wahr! links.)

Präsident Graf Schwerin-Löwit teilt mit, daß der Abg. Wieberg die vom Abg. Behrens vorgeschlagene Änderung seines Antrages akzeptiert.

Abg. Roske (Soz.) zieht darauf seinen Antrag zurück.

Die abgeänderte Resolution Wieberg wird gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen angenommen. Der Rest des Ordinariums wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Ebenso das Extraordinarium und die Einnahmen. Damit ist der Postetat erledigt.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Etat des Reichsamt des Innern.)

Schluß 7 Uhr.

JANDORF'S

68 & Woche 68

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
 Bis Sonnabend, 18. März 1911. Die Ausgabe von Rabattmarken bleibt bestehen Soweit Vorrat

Leinenwaren

- 1 Samtgummigürtel schwarz, ca. 6 cm breit **68 Pf.**
- 1 Matrosenkragen für Kinder, weiss, m. reich. Stickerei **68 Pf.**
- 1 Paar Damen-Strumpfhalter aus Elfenbeinmahlband, in viel. Farb. **68 Pf.**
- 2 Paar Armblätter waschbar **68 Pf.**
- 1 Abstäuber Strausfedern **68 Pf.**
- 12 Kleiderbügel poliert **68 Pf.**
- 1 Obstschale auf Fuss, 6 Obststeller zusammen **68 Pf.**
- 1 Majolika-Blumenkabel gross **68 Pf.**
- 1 Satz 6 Salatschüsseln Steingut **68 Pf.**
- 1 Schlafdecke mit Bordüre **68 Pf.**
- 1 Kaffeedecke weiss, mit farbigen Kanten **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher für Kinder, mit farb. Kanten **68 Pf.**
- 1 seidenes Taschentuch Damen od. Herren, in modernen Farben **68 Pf.**
- 1 Korsett mit Spiralfedern, halbhohle Form **68 Pf.**

Wäsche

- 1 Knabenhemd aus gutem Hemdentuch, für 1-7 Jahre **68 Pf.**
- 3 Kinder-Servietten mit Franzen **68 Pf.**
- 1 Gürtel-Korsett grau Dreif. mit echten Fischbeinstangen **68 Pf.**
- 1 Mädchenhemd mit Langst. oder Fassonschnitt für 1-6 Jahre **68 Pf.**
- 1 Mädchen-Beinkleid geschlossene Form, mit Stickergarnierung für 1-7 Jahre **68 Pf.**
- 1 Unterröckchen mit Stickerei-Ansatz, f. 1-6 Jahre **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher Linon, mit o. ohne Kante, für Herren oder Damen **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher für Damen, Seidenglanz, mit Hochsaum u. buntem Kanten **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher rot, weiss, blau, braun **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher mit Buchstaben, für Kinder **68 Pf.**



Taschentücher

- 1/2 Dutzend Taschentücher Linon, mit o. ohne Kante, für Herren oder Damen **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher für Damen, Seidenglanz, mit Hochsaum u. buntem Kanten **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher rot, weiss, blau, braun **68 Pf.**
- 1/2 Dutzend Taschentücher mit Buchstaben, für Kinder **68 Pf.**

Wirtschafts-Artikel

- 1 Emaille-Kasserolle mit Rind **68 Pf.**
- 1 Emaille-Schmortopf mit oder ohne Ring **68 Pf.**
- 1 Emaille-Deckelhalter neublau oder weiss **68 Pf.**
- 1 Emaille-Milchkanne mit Bügel, neublau oder weiss **68 Pf.**
- 1 Emaille-Milchtopf, neublau oder weiss **68 Pf.**
- 1 Stahlblechpfanne m. Holzstiel, ca. 24-26 cm **68 Pf.**
- 1 Waschstander **68 Pf.**
- 1 Hackemesser **68 Pf.**
- 1 Küchenbeil **68 Pf.**
- 1 Petroleumkanne lackiert, ca. 2 oder 3 Liter **68 Pf.**
- 1 Emaille-Eimer ca. 28 cm **68 Pf.**
- 1 Gewürztagere **68 Pf.**



Glas — Porzellan

- 4 Paar Kaffeetassen mit Goldband und Linie **68 Pf.**
- 4 Dessertteller dekoriert mit Goldband **68 Pf.**
- 1 Bratenplatte mit Goldband **68 Pf.**
- 1 Butterdose Porzellan **68 Pf.**
- 1 Schmalzdose Stein, gut **68 Pf.**
- 1 Dejeuner auf Tablett **68 Pf.**
- 1 Waschservicesschüssel **68 Pf.**
- 1 Waschservicetrag **68 Pf.**
- 6 Speiseteller Porzell. **68 Pf.**
- 1 Teekanne **68 Pf.**
- 1 Milchtopf **68 Pf.**
- 1 Zuckerdose **68 Pf.**
- 2 Paar Tassen **68 Pf.**
- 1 Käseglocke **68 Pf.**
- 1 Butterglocke **68 Pf.**
- 12 Kompottschüsseln Glas **68 Pf.**



Herren-Artikel

- 2 Serviteurs weiss oder farbige **68 Pf.**
- 1 Serviteur weiss, lange Form, mit Falten **68 Pf.**
- 2 Kragen Leinen 4 fach, in modernen Formen **68 Pf.**
- 1 Binder oder Regatte **68 Pf.**
- 1 Herren-Yachtclub-Mütze mit Lederohr, für Knaben **68 Pf.**
- 1 Prinz-Heinrich-Mütze f. Mädchen od. Knaben **68 Pf.**
- 1 Matrosen-Mütze f. Mädchen od. Knaben **68 Pf.**
- 1 Matrosen-Strohhut f. Mädchen od. Knaben **68 Pf.**



Handarbeiten

- 1 Taschentuchbehälter aus Kongressstoff, handge-näht **68 Pf.**
- 1 Stubenparadehandtuch vor-geseichnet **68 Pf.**
- 1 Stanbtuchtasche aus starkfädigem Stoff, garniert und vorgezeichnet **68 Pf.**



1 Fussbank Hartholz **68 Pf.**

1 Topfbrett mit Metallhaken **68 Pf.**

2 Kleiderbügel mit Holzstrecker **68 Pf.**

1 Waschgarnitur dekoriert, 3 teilig **68 Pf.**

1 Korsett mit Spiralfedern, halbhohle Form **68 Pf.**

Jeder Herr, welcher schön!

Nicht leiden und beim Einkauf sparen will, erwähle aus großen Vorräten gebrauchte Herren-Hingabe und Paletots, für jede Figur passend. Diese Sachen sind aus prima Materialien gefertigt, einzelne auch aus Abonnement-Dankern kommen früher bis 100 Part. jetzt zu nachfolgenden billigen Preisen:

Frühjahr-Paletots 10.— 14.— 18.— 20.— 22.— 24.— 26.— 28.— 30.— 32.— 34.— 36.— 38.— 40.— 42.— 44.— 46.— 48.— 50.— 52.— 54.— 56.— 58.— 60.— 62.— 64.— 66.— 68.— 70.— 72.— 74.— 76.— 78.— 80.— 82.— 84.— 86.— 88.— 90.— 92.— 94.— 96.— 98.— 100.—

Herren-Hingabe 10.— 14.— 18.— 20.— 22.— 24.— 26.— 28.— 30.— 32.— 34.— 36.— 38.— 40.— 42.— 44.— 46.— 48.— 50.— 52.— 54.— 56.— 58.— 60.— 62.— 64.— 66.— 68.— 70.— 72.— 74.— 76.— 78.— 80.— 82.— 84.— 86.— 88.— 90.— 92.— 94.— 96.— 98.— 100.—

Herren-Hosen 3.— 4.— 5.— 6.— 7.— 8.— 9.— 10.— 11.— 12.— 13.— 14.— 15.— 16.— 17.— 18.— 19.— 20.— 21.— 22.— 23.— 24.— 25.— 26.— 27.— 28.— 29.— 30.— 31.— 32.— 33.— 34.— 35.— 36.— 37.— 38.— 39.— 40.— 41.— 42.— 43.— 44.— 45.— 46.— 47.— 48.— 49.— 50.— 51.— 52.— 53.— 54.— 55.— 56.— 57.— 58.— 59.— 60.— 61.— 62.— 63.— 64.— 65.— 66.— 67.— 68.— 69.— 70.— 71.— 72.— 73.— 74.— 75.— 76.— 77.— 78.— 79.— 80.— 81.— 82.— 83.— 84.— 85.— 86.— 87.— 88.— 89.— 90.— 91.— 92.— 93.— 94.— 95.— 96.— 97.— 98.— 99.— 100.—

J. Wand, Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr. II. Geschäft: Gassestraße 89. III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Kein Laden — nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden nur 1 Tr.

Trotz hoher Tabaksteuer zu außergewöhnlich billigen Engrospreisen

Vorstenlanden Perlen

Nicht unter 100 St. von einer Sorte, 400 St. franko Deutsch. Nachn., Nichtausg. nehmen zurück.

Czollek & Geballe Zigarren Berlin C., Neue Promenade 7 Tr.

Engros, vis-a-vis Haupting. Stadtbahnhof Börs.

Geöffnet bis 8 abends, auch Sonntags geöffnet.

Nebststehende Original-5/8, Pf.-Zigarre fein 100 Stück **4.85**

Telefon: Amt III, No. 1039

Arbeiter finden für ihren Beruf

gute und billige Kleidung in großer Auswahl

Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Kranzspenden

Sowie künstl. Blumenarrangements liefert schnell und billig

Paul Gross, Lindenstr. 69 (Sonnenschein-Hand), Tel. IV 7203, 5895

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungeinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.

Kein Abzählungsgeschäft.

5496*

I. Ziehung 3. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 10. März 1911, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
 Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200			
201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260

I. Ziehung 3. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.
 Ziehung vom 10. März 1911, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
 Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320
321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380

Die Rixdorfer Kommunal-Kamarilla am Pranger.

Wenn es nach neuer Weise bedurft hätte, daß das Ansehen und die Würde Rixdorfs durch die Wahlrechtsänderung in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung restlos vernichtet wird, so sind sie durch die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagmorgen erreicht worden. Nach einer Pause von mehreren Wochen waren die Stadtväter mal wieder zusammengekommen, jedoch auch nur deshalb, weil ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die endliche Inangriffnahme der Staatsberatung verlangte. Ferner brauchte man die Versammlung zur formellen Bestätigung von Bebauungsplanänderungen und Grundstücksanläufen, welche zu der magistratlichen Kabinettpolitik der letzten Monate unerlässlich notwendig waren. All die anderen schwerwiegenden Fragen, welche in jüngster Zeit die Bürgererschaft in Atem halten, besorgte bisher eine um den exliberalen Oberbürgermeister Kaiser gescharte Kamarilla von Terrain- und Grundbesitzinteressenten alias Wahlrechtschändern. In der bis gegen Mitternacht währenden Dauer Sitzung am Donnerstag wurde nun durch unsere Genossen sehr nachdrücklich der Frage die Schelle umgehängt.

Schon bei Beratung des Bebauungsplan-Entwurfs des zu erschließenden Geländes zwischen Dammweg, Canner Chaussee und Treptower Gemarkungsgrenze kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, Stadtv. Buch (Soz.) bemängelte den ganz unbefriedigenden Bebauungsplan und wandte sich entschieden gegen den mitvorgelegten Vertragsentwurf, welcher die bauliche Erschließung des Terrains der Berliner Terrain- und Bau-Vereinigung übertragen will. Neben der grundsätzlichen Ablehnung der Überantwortung an das Terrainspekulationentum begreifelte der Redner auf Grund von Vorkenntnissen in der Frage die finanzielle Zuverlässigkeit der fraglichen Gesellschaft, wodurch das Interesse der Stadt gänzlich in Frage gestellt wurde. Im übrigen wurde das letztere durch den Vertrag überhaupt nicht gewahrt; das beweist die Bereitwilligkeit, mit der der Magistrat die vom Aufsichtsrat der Gesellschaft verlangte Streichung des § 8 zugestimmt, der von dieser einen Beitrag von 250 000 M. zu den für den neuen Stadtteil geplanten Straßenbahnlinien verlangte. Das läßt ja aus, als ob Rixdorf im Gelde schwimme; eine solche Außerachtlassung der städtischen Interessen müsse unbedingt abgelehnt werden. Der Oberbürgermeister, Stadtrat Dr. Glücksmann und Stadtverordneter Medizinrat Dr. Dietrich gaben sich weislich Mühe, diese Ausführungen zu entkräften; die Beweislast ihrer Darlegungen war jedoch klaglich, besonders der letztere brach als Sprecher der Mitbürgerlichen eine Lanze für die Verschönerung des aufzuschließenden Terrains an das Spekulationentum. Genosse Buch sah diesem Herrn aber mit Deutlichkeit aus, daß seine Meinung hier gar nicht in Betracht komme, da er selbst Mitinteressent sei. Die stammelnde Entgegnung dieses Stadtvaters des auszuschießenden Terrains an das Spekulationentum, Genosse Buch sah diesem Herrn aber mit Deutlichkeit aus, daß seine Meinung hier gar nicht in Betracht komme, da er selbst Mitinteressent sei. Die stammelnde Entgegnung dieses Stadtvaters des auszuschießenden Terrains an das Spekulationentum, Genosse Buch sah diesem Herrn aber mit Deutlichkeit aus, daß seine Meinung hier gar nicht in Betracht komme, da er selbst Mitinteressent sei.

nisse ausgeplaudert hätten. Den Herren wurde aber nachgewiesen, daß ihre Ausführungen das viel besser befragt haben; sehr energisch wurde ihnen auch bedeutet, daß sie — die sie die Vertreter der Arbeiterschaft, der übergroßen Mehrheit der Bürger, seit Wochen untergehen — nicht auf irgendwelche Schonung zu rechnen hätten. Die unter dem Feldgeschrei „Grosz-Treptom“ bereits eingeleitete Mehrheit gab hierauf in einer konfusem Abstimmung, deren erstes Resultat der Vorsteher umzudeuteln versuchte und wozu ihn nur die erregten Proteste der Sozialdemokraten hinderten, die Zustimmung zu der unverantwortlichen Vorlage.

In welcher unglaublichen Weise die kommunalen Schieber und Interessenpolitiker die Rixdorfer Bevölkerung in der Treptower Eingemeindungsfrage hinter sich geführt haben, das kam dann grell zum Ausdruck bei der Beratung der sozialdemokratischen Anträge auf schleunige bauliche Erweiterung des Krankenhauses. Der Begründung des Stadtverordneten Dr. Silberstein, der nachwies, daß Rixdorf dauernd in einer schweren Krankheitsnot sich befindet, mußte der Oberbürgermeister zustimmen. Allerdings wäre er gern diesem Eingeständnis ausgewichen, hätte er doch selbst versucht, die Verlagerung der Anträge weiterer Genossen zu erzwingen, was diese allerdings durch einen Entzweiungssturm verhinderten. Nun gab kein Entrinnen. Aber das Stadtoberhaupt meinte gewiß besonders geschick zu sein, als es bittigen Lanes von den Sozialdemokraten die Bedingung der Mittel verlangte, wie sie der Magistrat beim Etat vorzuschlagen werde. Damit flog der Junke ins Pulverfaß; denn Stadtverordneter Buch (Soz.) stellte sofort den Magistrat und verlangte die Ursachen zu wissen, worauf die skandalöse Verschleppung der Staatsberatung, die jetzt, Mitte März, noch nicht begonnen habe, zurückzuführen sei. Ein Schauspiel für Götter war die Antwort! Von lebhaften Zurufen unserer Genossen begleitet, schob der Oberbürgermeister die Schuld auf den Stadtverordnetenvorsteher, während dieser wieder — ebenfalls kategorisch befragt — geradezu klagliche Ausflüchte hervorbrachte. Immer energischer drängten die Sozialdemokraten nach den wahren Gründen, aber immer mehr ritten sich die Leiter der Kommunal-Kamarilla hinein, bis sie endlich in der Sadgasse saßen, aus der es kein Entrinnen gibt. Da brach der Sturm los! Genosse Dr. Silberstein besorgte unter dem Jubel der bürgerlichen Mehrheit mit herzerfrischender Offenheit die Abrechnung. Bewußte Verschleppung und absichtlicher Rechtsbruch — so führte er aus — sind die Triebkräfte des Magistrats und der Mehrheit gewesen. Lichtscheu und hinter verschlossenen Türen hat man die Treptower Angelegenheit betrieben, aus blaffer Angst vor der eventuellen sozialdemokratischen Mehrheit. (Wiederholtes Verlegenheitsgelächter bei der Mehrheit.) Sehn Jahre sollen den Treptowern 100 Proz. Einkommensteuerzuschlag garantiert werden — von einer Stadt wie Rixdorf, die „vor ewiger Finanznot nicht krauchen kann“. Achtzehn Stadtverordnete werden dem Ortsteil Treptom fest zugestanden, um ja die rote Mehrheit zu verlästern. Das Tollste aber daran ist, daß die Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung bis heute über all diese Machenschaften nicht unterrichtet wurde. Wer hat den Oberbürgermeister zu der Erklärung, welche er den Treptowern bei ihrem Besuch in Rixdorf gab, autorisiert, daß er selbständig den Eingemeindungsvertrag zu vollziehen berechtigt ist? Wie verfahren wurde, beweist die Sitzung

der eingesehten Kommission über die Namensänderung. Zur festgesetzten Zeit waren die drei sozialdemokratischen Mitglieder zur Stelle, nur die anderen Herren ließen sich nicht sehen — sie hatten nämlich wieder eine Geheimkonferenz eine Treppe höher beim Magistrat. Als man dann im Sitzungszimmer erschien, da — schüttelte man sich die Hände zur Begrüßung, als ob man sich noch nicht gesehen hätte. Zu der Sitzung selbst versuchte man die ekkas Komödie fortzusetzen. Dieser sammelte ein paar Worte — jener bemühte sich, so zu tun, als ob nicht schon alles abgeklart worden wäre, bis schließlich die Sozialdemokraten erklärten, von diesem würdelosen Treiben angewidert zu sein. Dann verzogte man sich auf allerhand lächerliche Inzereien, aber es half nichts mehr; das Spiel war durchschaut. Meine Herren! Sie haben darin bewiesen, daß Sie nicht bloß schlechte Komödianten, sondern auch Feiglinge sind. (Stürmische minutenlange Unterbrechungen — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Schamlos! Scham ist zu den Händen geflohen! — Der Vorsteher springt auf und ruft den Redner zur Ordnung.) Jamohl, Herr Vorsteher, wenn ich an Ihrer Stelle sähe, dann würde ich mich schämen! (Tosender Lärm bei der Mehrheit — Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Einer hat sich auch geschämt! Der Herr Medizinrat Dr. Dietrich hat nach jener Sitzung und erklärt, daß er lieber an der Geheimkonferenz nicht teilgenommen hätte. Sie sind es auch allein, die Anstoß haben, sich des Namens Rixdorf zu schämen; denn Sie haben, wie es Ihnen gerichtlich beheimigt worden ist, den Ruf der Stadt in aller Welt besudelt! (Erneuter Lärm bei der Mehrheit — Stürmische Zurufe: Zur Sache!) Die Treptower tun mir leid, wenn sie sich einfangen lassen. Sie sollen jetzt den Büttel der Reaktion und der Rixdorfer Wahlrechtschänder abgeben; bluten müssen sie aber später doch, daß ihnen die Augen übergehen. Die ihnen in Rixdorf gezeigten Potentialischen Därfen werden sie nicht davor bewahren. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten — wütende Zurufe bei der Mehrheit.) — Wie Keulenschläge wirkten die Ausführungen unseres Genossen, die den Rixdorfer Kommunalgrößen erbarmungslos die Maske vom Gesicht rissen. Gifflöse Lügenmärchen und Entzweiungskomödien sollten die moralischen Blüten zudecken, gerschelten aber an der energischen Aktion unserer Genossen, die der Rixdorfer Bürgererschaft deutlich demonstrierten, wie sie in den Händen der jeglichen Rathansherrschafft verraten und veräußert ist. Es lohnt nicht, auf all das halblöse Gerede einzugehen, was von seiten des Magistrats und der Wahlrechtschänder-Mehrheit auf die wichtigen sozialdemokratischen Anfragen losgelassen worden ist. Nur einen Schluß läßt die an dramatischen Vorgängen so reiche Sitzung am Donnerstag zu: die Ausehr mit eisernem Wesen in der Rixdorfer Kommunalverwaltung. In den Veriretern der Arbeiterschaft wird es dabei nicht fehlen!

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 15. März, 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a. Vortrag: „Mutter und Kind, ihre Rechte und ihre Pflichten“. Referent: Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn. Gäste willkommen.

GEGRÜNDET 1867



Preiswerte Strassen-Stiefel

Nur erstklassige Fabrikate □ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Herren:

- Ross-Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe, moderne, breite Fassung, besonders preiswert **875**
- Boxcalf- und Chevreaux-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt, mit oder ohne Lackkappen, in den beliebtesten Modellen, Rand gedoppelt, sehr elegant und haltbar. **1050**
- Boxcalf- und Chevreaux-Schnürstiefel in allen modernen Fassungen, konkurrenzlos in Qual. u. Ausföhr., Goodyear Welt, auch m. Doppelpohlen **1250**
- Braune Chevreaux-Schnürstiefel, auch Derby-Schaftschnitt, in schmalen und breiten modernen Fassungen, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt **1250**
- Boxcalf- und Chevreaux-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassungen, feinste Qualität und Ausführung, auch mit Doppelpohlen, Goodyear Welt **1550**

Für Damen:

- Boxcalf- u. Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe u. Derbyschnitt, auch braun Chevreaux **875**
- Boxcalf- u. Chevreaux-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassungen mit hohen od. niedrigen Absätzen, auch in braun Chevreaux **1050**
- Boxcalf- und Chevreaux-Schnür- und Knopfstiefel mit od. ohne Derby-Schaftschnitt, auch m. Lackkappen, in ganz neuen Fassungen, mit hohen od. niedrigen Absätzen, Goodyear Welt **1250**
- Braun Chevreaux-Schnürstiefel, mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, auch m. Lackkappe, neue Fassungen, hohe u. niedrige Absätze, Goodyear Welt **1250**
- Boxcalf- und Chevreaux-Schnür- und Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschn., auch mit Lackkappe, in den allernuest. Fassungen, dieselben auch in braun, Goodyear Welt **1550**

Preiswerte und praktische Schulstiefel

Mädchen-Schnürstiefel in Mastbox, durchgenäht, ohne Vorderkappe

25-27	28-30	31-35	36-39
4 ⁵⁰	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	8 ⁰⁰

Schnür- und Knopfstiefel, braun Chagrin, Boxcalf oder Chevreaux, durchgenäht, Rand gestuppt

25-27	28-30	31-35	36-39
5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	7 ⁵⁰	9 ⁰⁰

Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcalf od. Chevreaux, auch mit Lackkappen, Goodyear Welt

25-27	28-30	31-35	36-39
7 ⁵⁰	8 ⁵⁰	9 ⁵⁰	11 ⁵⁰

Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreaux, in eleganter Ausführung, Rand gestuppt, Prima Qualität

31-35	36-39
8 ⁰⁰	9 ⁵⁰

Täglich Eingang von Frühjahrs-Neuheiten!

Orthopädische Dr. med. Lengfellner-Stiefel
für Herren, Damen und Kinder.

Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

- Friedrich-Straße 75
- Potsdamer Straße 2
- Tauentzien-Straße 19a
- König-Straße 25-26
- Schöneberg, Haupt-Str. 146
- Rixdorf, Berg-Str. 25-26

Tauentzien-Straße 7b
Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet:
Rosenthaler Straße 5
Reich illustrierter Hauptkatalog gratis

Felix Brührow, Köpenick. Die berühmte Feinseifenfabrik, Badstr. 44. Magazin England. Kottb. Damm 78, Oranienstr. 152.

Amerikan. Verkaufshallen. R. Bänisch, BelleAlliancestr. 4. J. Baer, Prinsenz. 25.

J. Baer, Prinsenz. 25. Behrens, H. Kals. Friedr.-Str. 226. Berg & Co., Wilanckerstr. 69.

Besser, Friedr.-Str. 100. Besser, Julius, R. Bergstr. 19. Max Flatauer, am Moritzplatz.

Hamburg-Steglitz 103. Hirschfeld, Reichenbergerstr. 65. Herren-Konfektionshaus Frank & Co., Brunnenstr. 60.

Max Kaplan, Friedr.-Str. 1. Große Auswahl fertiger Kleidung. Solide Maßanfertigung.

S. Kainer, N. Badstr. 44. O. Ansbauer, 53. O. Gr. Frankf. Str. 104. L. Kempinski, Rummelsburg.

D. Perleberg, Berlin N., Chaussee 63. S. Posner, Brunnenstr. 172.

Heinr. Feuster, Reinkenöderstr. 8. Rosner, Max. Schneidermeister, Rixd. Bergstr. 30/31.

M. Grund, Brunnenstr. 177. Hansen, Ostend, Koppenstr. 18. Hut-Centrale, Oranien-Str. 2.

Kehr-Hüte, Friedr.-Str. 38. J. Kock, Kastanien Allee 60. Kaufhäuser. Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide. Holz & Ascher, O. Frankfurter Allee 68.

Adolph Lewinski, Badstr. 16. Alfr. Kirschnier, Grünwaldstr. 16. Kaufh. Herm. Levy, Brunnenstr. 59.

Gustav Levy, Spandau, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Kaufhäuser. Z. Alexander & Co., Badstr. 55. Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide.

Holz & Ascher, O. Frankfurter Allee 68. Adolph Lewinski, Badstr. 16.

Kaufhaus Gebr. Preuß, Berl. NW, Bunsenstr. 2. Beste Bezugsquelle für sämtl. Manufaktur. Spez. Damenkonf.

Gustav Levy, Spandau, Lutz, Fr., Baumschulenweg. Kautabakfabriken. Kenner kaufen nur Kautabak von H. Carl Hagenbruch.

Kinematogr.-Theater. Gromadecki, F. W. Warschauerstr. 63. Reform-Kino, Reinkenöder-Str. 26/27.

Kohlen, Koks, Briquettes. Rud. Beyer & Co., Swinemünder Str. 44.

Gerstberger & Müller, Woblaststr. 18. Ferd. Gräning, Jungstr. 11.

M. F. Leyke, Hauptkontor nur Fel. V. Woblaststr. 18. J. Ferdinand Leyke sen., Reinkenöderstr. 25.

P. Hante, Pflanzstr. 12. Loebell, L., Wedding. Georg Knöpfel & Sohn, Lysanderstr. 14.

J. Mannheim, im Osten. Gebr. A. & J. Podzuweit, Gleimstr. 62.

L. Sager & Co., Blumenstr. 52a. Heinr. Schupke, Filialen in Moabit u. Charlottenburg.

Kolonialwaren. Abend, R., Rummelb., Sozialstr. 8. Otto Albrecht, Lychenerstr. 11.

August Dankert, Max Dähnich, H. Woserstr. 53.

R. Hartung, Reichl. W., Berlinstr. 124. Haselau, W., Rodenbergerstr. 33.

Max Häusler & Co., Kaffee und Kolonialwaren. Ad. Hedwig, Auguststr. 51.

Heinrich R., Rixdorf. Gustav Henschel, Siemensstr. 16.

Herrfarth, Eng., Spandau, Schönwaldstr. 28. Herm. Bernsdorf, Waldstr. 11.

Paul Herrmann, Oppelnerstr. 8. Hilfrich, A., Ebertstr. 25.

Willy Knoke, Fallisendstr. 67. Max Kohli, H. Stralanderstr. 24.

Lutz, Herm., Schwendestr. 1a. Matschke, A., Crossenerstr. 27.

Münchow, Rob., Schleimannstr. 14. Murrigkeit, G., Wismar-Platz 2.

Albert Nass, Nauck, Wilh., R., Woserstr. 16. R. Nerlich, Butter u. Käse.

Otto Odebrecht, Pankstraße 5. Frig Pfeiffer, a. Nettelbeckpl.

Julius Plotke, Reinkenöderstr. 12. Neue Hochstr. 21, Elg. Dallriderstr.

Willy Roitzsch, Carl Robra, Lanthanserstr. 54.

C. Oscar Schwarz, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Joh. Schulze, Moabit, Getzowalder Str. 5. Curt Seeling, Köpenick, Rixdorf.

O. Stubbenhagen, Heidenfeldstr. 3. Gustav Stümer, Nogatstr. 25.

Bernh. Uhrmacher, Wilmersdorfer Str. 59. Ulbrich, F., R., Warthestr. 13.

Wittenbeck, Fr., Reichenböckstr. 6. G. Werner, Weissenau, Wirkstr. 14.

Metzners, groß. Spezialhaus Metallbestell. Kinderwagen Klappstuhl.

Krankebedarfsartik. Fischer, Wilh., N., Swinemünder-Str. 114.

Zuschneide-Schule des Deutschen Zugschneller-Verbandes, e. V., Berlin, Mauertstr. 86/88.

Strahlendorffs Handels-Akademie, Beuthstr. 10, I., III., IIII. Etage.

Technikum, Bauschule, Inh. A. Werner, Prosp. frei, Berlin, Neanderstraße 3.

Linoleum u. Wachs. Rausch, Rich., Linoleum-Fabrik.

Manufakturwaren. Belwe Nachf., Otto, Turmstr. 60.

M. Anders, Usedomstr. 19. Conrad Adam, Charl., Cauertstr. 20.

Hugo Gessler, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Grossien, Gebr., Frkf. Allee 188. Joh. Günther, Graefestr. 69.

Hammerstadt, G., Ebertstr. 10. Herm. Hecht, Wilhelmstr. 26.

Gebr. Lange, Krumschloßstr. 54. Lau, W., Frosenerstr. 15.

Rob. Linde, Lützowstr. 91. Manke, M., Conservenfabrik.

P. Reintner, Rosin, G. Sachs, Julius, Wilancker-Str. 11.

Scheibe, Adolf, H. Scheuermann, Pflanzstr. 12.

Schleinitz, A., Schneider, Emil, Sophie Charlottenstr. 100.

Otto Schoening & Co., Friedenau, Wilmersdorfer Str. 40.

Stegiltzer Mehlhandlung, Steindorff, Emil, Mantuffelstr. 53.

Stegiltzer Mehlhandlung, Steindorff, Emil, Mantuffelstr. 53.

Möbelmagazine. Berliner-Möbel-Kaufhaus, Charlottenburgerstr. 60.

Graff & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118. H. Gebert, Rixdorf.

Hugo Gessler, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Misch, legmund. Nobel-Fabrik, Nagott, R., Richardstr. 8.

Rebsch, E., Spandau, Kasteien-Allée 26. Schmidt, Otto, Gärtenstr. 52.

Stargard, O., K. Thomas, Wendlan, Ernst, Herm. Wendland.

Werthers, Moikereien, Milch Schmidt, Moikerei Nord-West.

Schweizerhof, Musikinstrumente, Braun, Emil.

Singer Nähmaschinen, Optiker, Dace, Paul, N., Müllerstr. 174.

Papier u. Schreibw., Putzmittel, Saffin, bester Schubputz.

Karnobin, Putz- u. Modewaren, M. Ende, Emmy Kahlfeld.

König, Titus, Willeh. Metzner, Restorhandlungen.

Schirmfabrik, Berliner Schirm-Fabrik, Egen Lichtenstein.

Schirme u. Stütze, O. Gahlner, Rixd. Kals. Friedr.-Str. 10.

Carl Joch, NO, Falisendenstr. 57. Nothmann, G., Grenadierstr. 48.

Hugo Gessler, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Schuhwaren, Schuhm., Ernst Adam, Friedrichshagen.

Ascher, Brunnenstr. 68. H. Bekiers, Rixdorf.

Benedik, Potsdamerstr. 67. Demasche, Invalidenstr. 144.

Ed. Drechsler, Kastanien-Allée 26. Schmidt, Otto, Gärtenstr. 52.

Reetz, Spandau, Schönwaldstr. 12. Fr. Rogosch, Chaussee 296.

Sporkel's Weltstiefel, Einheitspreis 7,50 M. Stolz, F., Warschauerstr. 83.

Tugendreich, Wilm. Auguststr. 1. Schuhwarenhaus des Westens, Schulerstr. 11.

Schwarzwalder, Damm 12. Seifen, Gustav Gambal, Kantstr. 54.

John, A., Pflanzstr. 12. J. Somrau, Wrangelstr. 118.

Teppiche u. Carden, Frankenstr. u. Co., Rixd. 140.

Trauer-Magazin, Mühlenstr. 37a, Gr. Frkf. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren, Abel, Goltstr. 30.

Hugo Gessler, Lutz, Fr., Baumschulenweg.

Job. Schaffau, Schöb. Allee 156a. Tel.
Alfred Scherer, Turmstr. 40.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmeitz, Reichen-
bergerstr. 143
Schönmann, G. H., Berl.-Str. 73.
Rich. Schramm, Turmstr. 22.
P. Schuch Charl. Knobeld.-Str. 40.
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 9a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
T. Stoiz, Chausseestr. 83.
Carl Stühr, Dresdenerstr. 134.
Sturm, Erich, Tegel, Hermsd.-St. 1
Paul Treuk, Charl., Spand.-Str. 22.
Triebes, Alfred, Falkensteinstr. 4.
Truxa, W., Frankf. Allee 188.
Ulbrich, Friedr., Brunnenstr. 187.
Adolf Völkel, Frank. Chaussee 116.
Brunnenstr.
Reinh. Wankel 163.
Otto Wartig, Triftstr. 2.
Wedermann, O., Wilmerdorf,
Augustastr. 14.
Wegner, R., Rixd., Bergstr. 55/56.
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74
Rixdorf,
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.

Wutke, Karl Treckowstr. 7.
Invalidenstr. 14
Versicherungen
„**Deutschland**“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversichg. straße 5.
„**Friedrich Wilhelm**“
Berlin W8, Behrenstr. 58-61
Lehrer-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge
Warenhäuser
Bernhard, G., Ober-Schöneweide.
Warenhaus Max Codik
SO, Wrangelstr. 20, Ecke Picklerstr.

David, L. S. Sim.-Dachstr. 42.
Alt-Boxhag. 26.
Holze, Partiewar., Langhassstr. 101
Leopold Jacobsohn, Nostizstr. 26
Julius Loewenberg Nachflg.
zur Glöckstr. 19, a. d. Schönhauser-Allee.
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Beling
50 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, Eug., Wald-Ecke, Wickel
Conrad, Großdestillation
Oranienstr. 207, Ecke Skalitzerstr.
Dennhardt & Schultze, Strasserstr. 54.
Elie m. Weyle, Likörfabr., Gerickstr. 16.
Groß, „Zur Sonne“, P. Freudenberg.
K. Lehmann, Nowawes, Großbeerenstr. 24

Martin, Bruno, Ri., Hermannspl. 5.
Nerten, Louis, Delle-Allianzstr. 19.
auch Liköre u. Säfte.
Ramsstr. 16 u. Plial.
Einsiertr. 2. Lagerr.
Weibe, W., Hermannstr. 160.
Wein-Vertriebsgesellsch. v. Malottki
Waschmittel
Verlangen Sie
„**Edelweiß**“
Krone aller Waschmittel.
Herkules Bleich-
Sulfen-
pulver
„schont die Wäsche u.
Sparzam im Verbrauch.“
Chem. Fabr. „Hercules“ Wallstr. 54.
Rieß, Fritz, Ri., Hermannspl. 5.
Fh. i. all.
Sello, Hermann, Stadt-
Einselverkauf zu Engrospreisen.
G. m. b. H. Berlin, Auguststr. 60.
Bitte Preisl. zu verl. Tel. III, 8192.

Schwendy, H., Rosenthalerstr. 67.
Wormuth, Oswald, Kopsing-Str. 1.
Weiß-, Wollw., Trikot.
Ahlischer, Gust., Oberstr. 75.
Max Bahn, Mühlenstr. 42.
H. Barta, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Ri. Hermannstr. 26
Otto Erdmann, Mirlbachstr. 26.
Beusselstraße 78
Tauruggenerstr. 10
Fi. Gardels
Hans, A. Grüner
Weg 26.
Hugo Hecht, Chorinerstr. 65 a.
Hirschfeldt Reichen-
bergerstr. 61.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 62.
Kästrin-Pl. 1.
Inletta, Bettfed.
Jonas, Hermann Rixdorf,
Hermannstr. 172.
Juncker, H. Rixdorf,
Kaufh. Kätzki, Ri. Kärl. Friedr.-Str. 243
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenstr. 56.
Adolf Küsel, Ri. Bergstr. 84 a.
R. Lehmann, Jak. Witz, Köpenick.

Eugen Lewald Frankfr.
Allee 187.
Ch. Loewy Rixdorf, Bergstr. 12/13
vis-a-vis der Kirche.
A. Lüdek Rixdorf,
Kais.-Friedr.-Str. 177
Lustor, C., Reichenbergerstr. 61.
Thaserstr. 46.
Müller, E. Wäsche eig. Fabrikatz.
Meyer, Bersnerstr. 17. (Arbeiterhandl.)
Pflaume, Gebr., Friedrichstr. 205.
Pletschmann, Marie, Jugowstr. 25.
A. Radloff, Reineckd., Markt 1 a See
Rachmer, C. Androsstr. 69.
Schaefer, Hussiten-
str. 43.
M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43 1-4
W. Massenestr. 17.
Schrom, Lina, Mirlbachstr. 31.
Hermann Meyer, Scheßelbeherstr. 21.
A. Nitschpan, Hermannstr. 111/112
Sigmund Simon H., Köpenickerstr. 123
Stawenow, Carl, Gartes-als-Corpsstr. 10
L. Vierarm, Zionkirchstr. 24.

E. Volgt, Reineckd., Amendstr. 191.
Urbanstr.
Albert Vogt — 31. —
Weber & Heynacher Gr. Frkf. 83/86
Frk. Allee 134.
Wollhaus Lucas Rixdorf,
Borgr. 68
Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf,
Berliner Str. 42.
O. Grimm Landsberger Allee 23,
auch Fische.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 19
Ri., Berlinerstr. 59
Stenzel, L. auch Obst.
Zimmer, H., Frinzenstr. 12.
Zahn-Atelier
E. Bado, N. Kustanienallee 100, I.
Hollbruch, Herm., Fankstr. 5, geg. 1871
A. Jahnke, SW. Ellenstr. 44, I. 16-1, 3-4
Jordan, Alfr., Fosastr. 61, geg. 1888.
Vorsieger dieses 10% Rabatt.
Alfred Rau 10%
Wrangelstr. 86 I. — Gegr. 1882.

Josefetti

VERA

CIGARETTEN

10 Stück
30 Pfg.

Wer Josefetti-Cigaretten raucht, beweist, dass er einen guten Geschmack hat!

10 Stück
30 Pfg.

Derfflingerhaus

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6
gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge ■ Ulster ■ Paletots

21
25
28
32
36
39
42
48
54
60
68
Mark

Für Knaben und Jünglinge:

8
10
12
15
18
21
25
28
32
36
40
Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet,
sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt ■ Grosse Auswahl ■ Vorzügliche Passform.

Derfflingerhaus

MAGGI^S Bouillon-Würfel

zu 5 Pfg. für 1/4-1/3 Liter

sind allein echt

mit dem Namen MAGGI und dem Kreuzstern.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:

Hippolyte's Abenteuer.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.

Heute, Sonnabend: Keine Vorstellung.

Sonntag, den 12. März, nachm. 3 U.

Papageno.

Abends 7 Uhr:

Der Walzerkönig.

Königstadt-Kasino.

Sofienstraße 72.

Gänzlich neues Programm.

Elsa Lüschen, Soubrette. Ernst Kleiner, Humorist. Claire u. Mariha Budzinska. Alfonso Agaglio Gebr. Brunner, Sport-Akrobaten. Franz Sobanski. Am Meer. Lebensbild von Dolar Feld.

Walhalla-Theater.

(Rosenthaler) Weinbergstr. 20

Abends 8 1/2 Uhr:

Bravo! Da Capo!

Eine Kletterpartie. Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Unsere Don Juans. Kleine Preise.

Bosporus am Moritzplatz

Das neue März-Programm.

U. a.:

Hermann Freys neueste Schlager:

„Die Parade der Zinnsoldaten.“

Anfang 6 Uhr.

Kasseneröffnung 4 Uhr.

Von 11-3 Uhr:

TANZ.

Rosenthal, Charlottenburg

Gelegenheitskauf.

500 elegante, moderne Herren- und Damenmäntel sollen zu noch nie dagewesenem Preis einzeln verkauft werden. Sämtliche Mäntel sind blickfest u. können zu ganz feinen Preisen zum Verkauf. Die wiederkehrende Gelegenheit.

Krummesr. 92,

2. Haus der Berliner Straße.

Der Hut

Möbel-Einrichtungen auf Kredit

etc. kaufen. Nur das vornehmste Kredithaus Berlins

M. Glogau Alte Jakobstr. 73

ietet Ihnen die größten Vorteile.

1 Kleine Einrichtung

von 120 bis 140 M. Anzahlung nur **10** M.

- 1 Bettstelle m. Matratze
- 1 Kleiderschrank
- 1 Tisch u. 2 Stühle
- 1 Spiegel
- 1 Sofa
- 1 Kommode

1 Schlafzimmer u. Küche

von 220 bis 280 M. Anzahlung nur **15** M.

- 2 komplette Betten
- 1 Kleiderschrank
- 1 Tisch, 4 Stühle
- 1 Diwan, 1 Vertiko
- 1 Waschtische
- 1 komplette Küche

stilgerechte Salons, Wohnzimmer

Herrenzimmer, Speisezimmer

1 kompl. Wohn- u. Schlafzimm.

von 250 bis 600 M. Anzahlung nur **25** M.

- 2 komplette Betten
- 1 Trumess
- 1 Spiegel
- 1 Waschtische
- 2 Mantelstühle
- 1 Chaiselongue
- 1 komplette Küche

1 Salon, Wohn- u. Schlafzimm.

von 600 bis 850 M. Anzahlung nur **55** M.

- 1 Salonschrank
- 3 Salonstühle
- 1 Trumess
- 1 Waschtische
- 2 Nachttische
- 3 engl. Stühle
- 1 Umbau
- 1 Diwan
- 1 Vertiko
- 4 Stühle
- 1 Chaiselongue
- 1 komplette Küche

Anzüge u. Paletots in ganz bedeutender Auswahl

34, 30, 26, 22 M. Anzahl, 3 M. an 46, 30, 25, 20 M. Anzahl, 3 M. an

Damenmäntel, Kleider, Kostüme, Röcke, Jacksets, Blusen Anzahlung von 3 M. an

Zur Einsegnung: Anzüge und Kleider.

Möbel

iefert auf Teilzahlung bequem bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Farben-Lacke Fuß- Firnis Pfd. 32 Pf. Gelbw. „ „ 25 „ Weiß „ „ 18 „ Bernst. Fuß-Lack 55 „ Wöl. Ocker Pfd. 18 Pf. per 10 Pfd. frei Haus. M. Franke, Magazinstr. 10a

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. **Landsberger Viertel.** Bezirk 304. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kartonarbeiter **Otto Kämmerich** (Ulster Str. 41) **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 216/11

Deutscher Transportarbeiter - Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drucksetzer **Wilhelm Grüneberg** am 7. d. Mis. im Alter von 53 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Rege Beteiligung erwartet 68/17 Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 8. März verstarb unser Genosse, der Banenarbeiter **Otto Schreiber** (Stargarder Straße 50). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 226/1

Deutscher Buchbinder - Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege **Willi Karschunke** am 7. März verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof in Weihenfer, Kottbusche, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 93/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Am 8. März verstarb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter **Otto Schreiber** (Besitz Norden 1). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 11. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 137/3 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Am 8. März, früh 8 1/2 Uhr, verstarb plötzlich mein lieber Mann, der Hahnenpucher **Julius Thiede** im 46. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrubt an im Namen der traurigen Hinterbliebenen **Witwe Marie Thiede.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kottbuscher Friedhofes, Berliner Straße, aus statt.

Dankfagnug. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines geliebten Mannes und unserer guten Mutter **Paul Reimann** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. Frau Witwe Auguste Reimann nebst Kindern. 687/3

Nach vollendetem Umbau
Neu-Eröffnung
meines Hauptgeschäftes
Grosse Frankfurter Strasse 37^{II}
heute, Sonnabend, nachm. 5 Uhr
Elegante fertige
Herren-Moden
wöchentliche Teilzahlung
von **1.- Mark** an.



Erstes Geschäft
Gr. Frankfurter Str. 37^{II}
Zweites Geschäft
Turmstrasse 18^I

Julius Fabian

Erstes Geschäft
Gr. Frankfurter Str. 37^{II}
Zweites Geschäft
Turmstrasse 18^I

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage ein Geschenk!

Möbel-Beiser

Lothringer Str. 67

zwischen Rosenthaler u. Schönhauser Tor, Ecke Gormannstr.

Liefero für **Moderne**

- 15 M. Anzahlung**
2 Bettstellen
1 Kleiderschrank
1 Spiegel
1 Tisch, 2 Stühle
1 Kleiderschrank
1 Küchentisch
1 Küchenstuhl
1 Küchenschrank
pro Woche 1.50 M.
- Schlaf-, Speise- u. Wohnzimmer**
in großer Auswahl jede gewünschte Holz- und Stilleart.
Anzahlung 40-60 M.
Wochenrate 4-5 M.
- 35 M. Anzahlung**
2 Bettstellen
2 Stühle
1 Kleiderschrank
1 Waschtisch
1 Trumess
1 Sofa
1 Tisch
4 Stühle mit 1 farbige Küch.
pro Woche 2-3 M.

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren
Anzahlung von 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark.
Farbige Küche in reicher Auswahl, **Anzahlung 5 Mark.**
Lieferung auch nach auswärts.
Sonntag 8-10 und 12-2 Uhr.

Pa. Schlack- u. Salamiwurst 1.20 M. a Pfund
Gr. geräucherter Bänfesinken, 8 Rohesken, 11 Bänfesinken, garantiert rein, a Pf. 1.20 M., empfiehlt 88/13
Hermann Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,
Schmied-Rathen-Kühlm-Strasse.

Lackstiefel
Lackhalbschuhe
für die Ball-Saison



Einheitspreis Mk. 12.50
für Damen u. Herren
Luxus-Ausführung M. 16.50
Fordern Sie Musterbuch T

Salamander

Schuhfabr. m. b. H., Berlin



- W. Friedrich-Strasse 183
- SW. Friedrich-Strasse 221
- N. Friedrich-Strasse 118/19
- C. König-Strasse 47
- W. Potsdamer Strasse 6
- C. Rosenthaler Tor
- W. Tauentzien-Strasse 19
- N. Bad-Strasse 33
- Zentral: W 8, Friedrich-Strasse 183
- NO. Gr. Frankfurter Str. 103 (am Strausberger Platz)
- NW. Wilkener Strasse, Ecke Turmstrasse 9
- Charf, Wilmerdorfer Str. 136
- Steglitz, Schloss-Strasse 30
- Spandau, Breite Strasse 90
- Potsdam, Potsdamer Strasse 90

4. Reichstagswahlkreis. Morgen Sonntag: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Wahlmorgen für Buchdrucker-Nacharbeiter am Sonntag, den 12. März, bei Jul. Meyer, Dranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin. 3. Bericht der Vertrauensleute. Die Vertrauensleute aller Verbände müssen anwesend sein. Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 12. März, bei Raabe, Fichte-straße 29: Unterhaltungsabend der 7. und 8. Abteilung. Anfang 8 Uhr.

Heute abend findet bei Nische, Dennewitzstraße 13, der Unterhaltungsabend der 1. und 2. Abteilung statt. Es ist alles getan, um den Besuchern einen gemächlichen Abend zu bieten.

Schäfer Kreis. Für die erste, zweite und dritte Abteilung findet am Sonntagvormittag 8 Uhr eine Handzettelverbreitung statt. Treffpunkt in den bekannten Lokalen. Der Vorstand.

Nixdorf. Zu der am Sonntag, den 19. März, stattfindenden Operettenaufführung im Nixdorfer Theater „Die Dollarprinzessin“ sind Karten bei den Funktionen, in den „Vorwärts“-Expeditionen, Redaktions- und Siegfriedstr. 28/29, sowie in den Lokalen bei Hoppe, Hermannstr. 49/50, Meier, Prinz-Jandjery-Str. 3, Krönke, Idealpassage, zu haben. Auch für die morgige Theaterveranstaltung „Moral“, von Thoma — sind in den genannten Expeditionen und Lokalen noch Villetts vorhanden. Der Bildungsausschuss.

Charlottenburg und Spandau. Die Parteigenossen der ersten Gruppe von Charlottenburg und die Genossen von Spandau werden ersucht, sich am Sonntag, früh 9 Uhr, im Lokal von Greier, Ronnen-damm, Märkischer Steg 9, zu einer Handzettelverbreitung einzufinden. Die Vorstände beider Wahlvereine.

Lichtenberg. Sonntag früh, von den bekannten Stellen: Flugblattverbreitung. Genossen! Es handelt sich um eine sehr wichtige für Dienstag einberufene Versammlung, in der zu den brennenden kommunalen Fragen Stellung genommen werden soll. Sorgt für gründliche Verbreitung der Flugblätter. Die Bezirksleitung.

Tegel. Am Sonnabend, den 18. März, findet in St. Trapp's Festlokal, Bahnhofsstr. 1, eine Märzfeier zum Besten des Wahlfonds zu den bevorstehenden Reichstagswahlen statt. Eintrittskarten für 80 Pf. sind bei den Bezirksführern sowie beim Genossen Bauer, Berliner Straße 92 zu haben.

Am Montag, den 13. März: Handzettelverteilung von den bekannten Bezirkslokalen aus. Die Bezirksleitung.

Waidmannslust und Umgegend. Am Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Waldbühne (Prohnan), Inhaber Plesin, am Bahnhof Stolze: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Poetsch über: Märzgedanken. 2. Maifeier. Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Freizeit.

Berliner Nachrichten.

Städtische Licht-Luftbäder.

Für Beratung der Vorlage über die Erweiterung des Volksbades Wärswaldstraße trat der von der Stadtverordnetenversammlung gewählte Ausschuss, dem von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Dr. Bernstein, Koblens, Manasse und Dr. Wehl angehörten, am Mittwochabend zu einer Sitzung zusammen. Die Volksbadeanstalt Wärswaldstraße hat vom Tage der am 15. Mai 1901 erfolgten Eröffnung an einen außerordentlich lebhaften Besuch gehabt. Abgesehen davon, daß die Anstalt schon im ersten vollen Betriebsjahr 1902 den absolut stärksten Verkehr von sämtlichen Anstalten hatte, ist besonders das Schwimmbassin von Anfang an — hauptsächlich in den Abendstunden und Sonntags — so stark in Anspruch genommen worden, daß die vorhandenen Einrichtungen ständig bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden mußten. Bei dem großen Andrang und der beschränkten Besuchszeit für weibliche Personen war die Schwimmhalle — besonders während den Nachmittagsstunden von 2 bis 4 Uhr — meist überfüllt. Die erwachsenen Personen weiblichen Geschlechts mühen deshalb vielfach das Schwimmbad nachmittags gänzlich, und viele Eltern sahen sich veranlaßt, ihren Kindern die Benutzung des Schwimmbades zu unterlassen. Aber auch die Bännen- und Brauseabteilungen zeigten einen starken wachsenden Verkehr. In der Badeanstalt Turmstraße betrug 1909 der Gesamtverkehr 407 901 Personen, in der Schillingstraße 592 559, in der Dennewitzstraße 407 159, in der Oberbergstraße 583 685, in der Gerichtstraße 504 712, in der Wärswaldstraße 705 727 Personen.

Ein dringendes Bedürfnis für die Erweiterung der Anstalt war also zur Notwendigkeit geworden. Wegen den mit 773 000 M. abschließenden Vorkauf, durch den ein zweites Schwimmbad von rund 208 Quadratmeter Bassinfläche gewonnen, die Zahl der Bännen um 20, die der Brausezellen um 42 vermehrt wird, wurden keinerlei Bedenken erhoben.

Unsere Genossen benutzen nun diese Gelegenheit, um für die Errichtung von Licht-Luftbädern von Stadtwegen eine Lanze zu brechen. Solche Bäder im Anschluß an die Volksbadeanstalten bestehen bereits in vielen Städten wie Elberfeld, Düsseldorf, Leipzig, Frankfurt a. Main, Chemnitz und München. Die Errichtung solcher Bäder erschien uns als eine unabweisbare Forderung der modernen öffentlichen Gesundheitspflege. Es handelt sich hierbei um einen Sport, um eine hygienische Lebensart. Namentlich durch das Studium der Verhältnisse in England und Amerika hat man die Überzeugung gewonnen, daß eine intensivere Pflege körperlicher Hebung für die weiten Kreise unserer Bevölkerung, welche beruht in Bureau- und Fabrikarbeiten eingeschlossen sind, von unberechenbarem Nutzen sein muß. Gerade doch solche Übungen im Freien stattfinden, daß dabei die Wirkung des Lichtes und der bewegten Luft den ganzen Körper direkt und intensiv trifft, erhöht deren Wert ganz ungemein. Das Luftbad ist ein vorzügliches Mittel, um den Stoffwechsel anzuregen, die Ausdünstung zu erleichtern und um durch den Kältereiz die Hautmuskeln zu üben und damit einen wirksamen Schutz gegen Erkältungen zu erzielen. Die Bewegung im nackten Zustande oder die sogenannte Gymnastik ist das beste Heilmittel des Körpers. Eine große Reihe von Krankheiten entsteht dadurch, daß die Menschen unfreiwillig und überraschend mit dem Luftmittel in Verbindung gebracht werden. Die Menschen müssen erst lernen, dieses Mittel zweckmäßig in Anspruch zu nehmen. Durch unsere sogenannte Kultur, durch die Kleidung, Schuhe, Schirme, Lächer usw. hat die menschliche Haut das eben verlernt. Wenn wir bedenken, daß in der unmittelbaren Nähe der großen Städte der gefährliche Fiskus die Waldungen abholzen läßt, dann ist es einleuchtend, wenn wir sagen: die großen Städte bedürfen gesundheitlicher Erholungsstätten, die gerade der merktlichen Bevölkerung, die in engen, lattenlosen Wohnungen haust, die in den hohen Mietskasernen den Wert von Licht und Luft zu schätzen verlernt, die nicht in der Lage ist Erholungsreisen auf Land oder an die See zu unternehmen, wenigstens die anderen verschlossenen Gelegenheiten ersetzen.

Als nun der Erweiterungsbau der Volksbadeanstalt in der Wärswaldstraße von der Hochbauverwaltung bearbeitet wurde, regte diese die Angliederung eines Licht-Luftbades an, die aber von dem Kuratorium für das Turn- und Badewesen abgelehnt wurde. Der

von unseren Genossen im Ausschusse aufgenommene Antrag ward nach mehrstündiger Beratung mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt, weil die Errichtung eines solchen Luftbades auf dem Dache der Badeanstalt erst in etwa 3-4 Jahren möglich sei; war doch nur eine erste Baurate von 50 000 M. in den Etat für 1911 eingestellt. Auch schien der zur Verfügung stehende Platz verhältnismäßig klein zu sein. Den Vorzug verdienen freie Plätze in der Ebene; das Dachluftbad sollte natürlich nur ein Anfang, ein Notbehelf sein. — Einmütig schlug aber der Ausschuss der Stadterordnetenversammlung vor, den Magistrat zu ersuchen, auf geeigneten Plätzen Licht- und Luftbäder baldigst einzurichten.

Der Antrag unserer Genossen war damit auf fruchtbaren Boden gefallen. Ein bemerkenswerter Fortschritt im Vergleich zu der Zeit, wo man in Berliner Stadtparlament sogar gegen das Schwimmen im Winter Reden halten konnte!

Ein Versuch am untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln. Uns wird geschrieben: Der preussischen Regierung ist es höchlich ernst mit der Bildung ihrer „Untertanen“. Nicht Jahre lang bläut sie in den „Volks“-Schulen Religiosität und Patriotismus ein. Um die etwas zweifelhaften Resultate zu festigen, macht sie für die Schulentlassenen noch etwas in Jugendfürsorge. Dafür hält sie aber auch ängstlich alle nicht behördlich anerkannten Jugendzweiger von ihrer eigenen Domäne fern. In jedem Vortrag, in jeder Veranstaltung, die der Bereicherung von Kenntnissen dient, wittert sie „Unterricht“, der nur ihr vorbehalten ist. So hat sie alle proletarischen Bildungsveranstaltungen zu unterbinden versucht. Nun scheint die Regierung aber daran zu gehen, auch die Unternehmungen zu ersticken, die von bürgerlicher Seite dem Proletariat Wissen vermitteln wollen. In Charlottenburg verlangt sie von den Mitgliedern der dortigen „Akademischen Arbeiterunterrichtskurse“ Qualifikationszeugnisse. Bekanntlich wird in diesen Kursen, die in fast allen Universitätsstädten bestehen, von Studenten und Studentinnen freiwillig und ohne Vergütung Unterricht in den Elementarfächern (insbesondere Rechnen und Deutsch) erteilt, um die mangelhaften Volksschulkenntnisse aufzufrischen und event. zu ergänzen. Von sozialreformistischer Seite werden diese Kurse als eine Brücke zur Versöhnung der Klassegegensätze gefeiert. Nichts liegt natürlicher dem Studenten ferner, als dem Proletariat Waffen für den Kampf zu liefern. An einzelnen Orten wurde sogar eine bewußte Beeinflussung von seiten der Akademiker auf die sozialen Anschauungen der Teilnehmer aus dem Proletariat versucht, so daß die betreffenden Parteileitungen sich mitunter zu einer Zurückweisung solcher Tendenzen gezwungen sahen. Und diesen harnlosen Kursen will nun die Regierung Schwierigkeiten machen. Nichts beleuchtet die Kulturfeindschaft und den Bildungshang unseres Preußenstaates besser als dieser Kampf gegen jegliche Hebung von Kenntnissen bei dem Proletariat, so gering und so politisch neutral auch die Versuche zur Uebermittlung ausfallen mögen. Auch nicht der Schein eines Verdachts liegt vor, daß die akademischen Kurse sozialistischen Geist propagieren könnten, und doch werden sie von der Regierung belästigt, weil das Proletariat einige Kenntnisse erwerben könnte. Wo der Staat den Unterricht nicht durch tendenziöse Maßnahmen verhindern kann, hemmt er ihn überhaupt. Daß er dabei die Ungelehrlichkeit begehrt, Befähigungs- und Erlaubnis-scheine zu verlangen, trotzdem Arbeiter in einem Alter an den Kursen teilnehmen, der die Leiter von der Erbringung eines solchen Nachweises entbindet, darf uns nicht wunder nehmen. Ohne Widergefehllichkeiten geht es in Preußen nicht ab.

Die Mangelhaftigkeit der militärischen Vorkursen, die schon früher zu Klagen Anlaß gegeben haben, wurde in der letzten Versammlung des Verbandes der Gast- und Schankwirte wiederum drastisch beleuchtet. Das Generalkommando hat u. a. für Berlin den Soldaten ein Lokal in der Erasmusstraße verboten, das bereits seit zwölf Jahren nicht mehr besteht. Das Verbot stützt sich anscheinend nur auf die Tatsache, daß der frühere Inhaber des Lokals, der seit laugen Jahren keine Restauration mehr betreibt, noch in dieser Straße wohnt. Verboten sind den Mannschaften der Berliner Garnison weit über 100 Lokale, darunter meist solche, deren Inhaber Sozialdemokraten sind. Als ob sozialdemokratische Gastwirte nicht ebenfalls Steuern zahlen und das „glorreiche“ Heer erhalten müßten. Wenn Arbeiter in ihren Kämpfen das Mittel des Vorkurses benutzen, jenen die staatsverhaltenden Parteien im Reichstage. Wenn aber die Militärverwaltung zu denselben Mitteln greift, um steuerzahlende Reichsbangehörige zu schädigen, wird stillschweigend zugestimmt. Das ist ganz in der Ordnung.

Der „Herr Direktor“. Große Kautionschwindereien hat der 42 Jahre alte „Direktor“ Karl Kubial verübt, der seit vierzehn Tagen verschwunden ist und von der Kriminalpolizei gesucht wird. Kubial war früher Bureauvorsteher und wurde dann Kaufmann. Im Sommer vorigen Jahres gründete er eine Gesellschaft für die Interessen der Haus- und Grundbesitzer Groß-Berlins m. B. S. und machte sich selbst zu deren Direktor. Mit einem Monatsgehalt von 125 bis 150 M. stellte er „Rechercheure“ an, die sich nach den Eigenschaften und der wirtschaftlichen Lage der Hypothekensucher erkundigen sollten. Mit der Begründung, daß er früher traurige Erfahrungen gemacht habe, und daß es sich bei ihm stets um bedeutende Geschäfte handle, nahm er ihnen Bürgschaften von 1500 bis 3000 M. ab, die aber sicher gestellt und auf den Namen des Herrn Direktors bei einer Großbank in der Frankfurter Straße angelegt werden sollten. Das Geschäft ging anscheinend gut, und die Leute belamen auch ihr Gehalt. Als aber Rechercheure am 20. Februar nach dem Bureau kamen, um neue Aufträge entgegenzunehmen, war der Herr Direktor plötzlich „verreist“. Die Leute warteten einige Tage vergeblich auf seine Rückkehr und wandten sich dann an die Kriminalpolizei. Diese durchsuchte die Räume der Gesellschaft, fand dort die Kautions-scheine und erkundigte sich auf der Wank, wie es mit der Hinterlegung stehe. Da ergab sich, daß Direktor Kubial allerdings ein Guthaben von 20 000 M. gehabt hatte. Es war aber auf 17,75 M. zusammengegeschmolzen. Der Direktor hatte früher schon verschiedene Kosten von den Bürgschaften seiner Angestellten abgehoben, dann auch noch das andere bis auf den kleinen Rest eingestekt. Der Schwindler hält sich wahrscheinlich noch in Berlin verborgen. Die Betrogenen, zum großen Teil ehemalige Beamte, die sich einige tausend Mark gespart hatten und zu ihrem kleinen Ruhegehalt noch etwas hinzu verdienen wollten, haben auf seine Ergreifung eine Belohnung von 100 M. ausgesetzt. An der Einrichtung konnten sie sich nicht schadlos halten, weil sie noch nicht bezahlt ist.

Ein weiblicher Sachverständiger am Kaufmannsgericht. Das Kaufmannsgericht Charlottenburg beriet in der Gesamtsitzung am 8. März über den Antrag der Gehilfenbesitzer: Bei dem Reichs-kanzler und dem Bundesrat im Interesse der ordnungsmäßigen Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge und zur Vorsehung der sogenannten Lehrlingszuchterei zum § 128 der Reichsgewerbeordnung den Erlaß von gesetzlichen Vorschriften über die höchste Zahl von Lehrlingen zu beantragen, die in handelsgewerblichen Betrieben gehalten werden dürfen. Bemerkenswerter Weise nahm an dieser

Sitzung des Kaufmannsgerichts zum ersten Male eine Dame mit beratender Stimme, Fräulein Eise Deusch, die Leiterin in der Charlottenburger Mädchen-Fortbildungsschule II, und der Leiter der städtischen Fortbildungsschule mit beruflicher Fachbildung für männliche Personen, Direktor Goese, teil. Das Kaufmannsgericht beschloß, den Antrag einem Ausschuss zu überweisen, der geeignete Vorschläge zur Ausbildung des kaufmännischen männlichen und weiblichen Lehrpersonals zu machen hat, die dann den zuständigen Reichsbehörden unterbreitet werden sollen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet wiederum auch in diesem Jahre hygienische Vorträge, die wie nachstehend stattfinden. Der Zutritt für diese Vorträge ist für jedermann frei. Am Montag, den 13. März cr., spricht Herr Dr. Sarnberg in der Gemeindefschule 91/101 in der Gneisenau-strasse 7 über das Thema „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung.“ (Nur für Frauen.)

In Köpenick in der Mädchenmittelschule in der Freiheit am Dienstag, den 14. März cr., Herr Dr. Balowen über das Thema: „Frauenkrankheiten und deren Verhütung.“ (Nur für Frauen.)

In Deutsch-Wilmersdorf in der 1. Gemeindefschule in der Gieselerstr. 1-7, Ecke Brandenburgische Str. 5, spricht am Mittwoch, den 15. März cr. Herr Dr. A. Simon über das Thema „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung.“ (Nur für Frauen.)

In Lichtenberg in der Gemeindefschule in der Kronprinzen-strasse 10 spricht am Donnerstag, den 16. März cr. Herr Dr. D. Westl über das Thema „Jahrs- und Mundpflege.“

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Eine reiche Ernte hielten Donnerstagabend Taschendiebe in der Hofenheide. Sie verdanken sie im wesentlichen dem Hosenrod, wenigstens mittelbar. In der „Neuen Welt“ gab es ein großes Vordierfest mit „Prämierung der elegantesten Hosenröde“. Die Rinde davon übte einen so starken Zauber aus, daß gegen 17 000 Personen die Räume der „Neuen Welt“ füllten und daß der Verkauf in der Hofenheide mehr als einmal zu stoden begann. Auch die Taschendiebe hatten die Wirkung der Hosenrodreklame richtig eingeschätzt. Sie nützten die Gelegenheit eifrig aus und erbeuteten viele Uhren und Geldbörsen. Nur einer von ihnen hatte Pech. Ein junges Mädchen M. aus der Weisestraße fühlte plötzlich einen Kus an ihrer Wulstete und sah dann, wie ein unbekannter Mann sich mit ihrer Uhr dabonstehlen wollte. Als sie die Herren in ihrer Nachbarschaft auf den Dieb aufmerksam machte, ließ dieser die Uhr fallen, um den Harmlosen zu spielen. Er wurde aber festgenommen, als ein Artist Karl K. aus Brich erkannt und von der Nixdorfer Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter zugeführt. Als endlich die elegantesten Hosenröde mit ihren Trägerinnen auf der Bühne gezeigt wurden, war das Gedränge geradezu lebensgefährlich, und es ist ein Wunder, daß es ohne ersten Unfall abging.

Wegen einer Gasvergiftung wurde gestern früh die Feuerwehr nach der Franzestr. 38 alarmiert. Dort hatte sich ein 20jähriges Mädchen angeblich aus Schwerkraft vergiftet.

In der letzten Nacht der Buchdrucker, Stereotypenre usw. hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Scheidemann einen einstündigen fesselnden Vortrag über „Humor in der alien Literatur“. Seine Aufgabe hatte der Redner darin gesucht, an Auszügen von Gedichten von Homer, Hans Sachs und Lessing zu zeigen, wie im Gegensatz zur Sittlichkeitsfeyererei in unserer Zeit das uralte und doch ewig neue Thema von der Beziehung der Geschlechter zueinander, von der Wertung der ehelichen Liebe und Treue in grauer Vorzeit und später behandelt wurde. Aus Homer hob der Vortragende die bekannten Gestalten der Aphrodite und des Ares hervor, die gemeinsam den braven Hephaistos betrogen, ferner Odysseus berühmte Irrfahrten, seine siebenjährige Gefangenschaft bei der Kymphse Kalypso, sein Erleben im Phäakenlande und wie er endlich zu seiner ihm treu-gebliebenen Gattin Penelope zurückkehrte und blutige Rache an deren Freiern nahm. Auch aus Hans Sachs gab der Redner Proben von dessen mit derdem Bih und gesundem Humor geführten Kampf gegen Pfaffen, Quacksalber und böse Weiber, und endlich aus Lessing unter anderem das reizende Gedichtchen „Der über uns“. Reicher Weisfall wurde dem Vortragenden am Schusse zuteil.

Nach dem Referat erlebte die Zahlnacht, die sehr gut besucht war, ihre geschäftlichen Angelegenheiten. Zum erstenmal hatten sich einige Vertreter der Branchenabteilung der Kino-Operateure eingefunden, deren Arbeitszeit ähnlich ungünstig liegt, wie die der Zeitungsdrucker und -setzer.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In einer außerordentlichen Sitzung beschäftigte sich am Freitagabend die Stadtverordnetenversammlung mit einem vom Staats-schuss zur Annahme empfohlenen Antrage betr. die Festsetzung des Kommunalsteuerauschlages auf 110 Proz. Von sozialdemokratischer Seite war folgender Antrag dem Staatsausschuss unterbreitet worden: „Obwohl die Finanzlage der Stadt Schöneberg eine gute ist und der Gemeinde die Ausführung ihres reichen Arbeitsprogramms für 1911/12 gestattet, empfiehlt der Staatsausschuss, um ein einheitliches Vorgehen der Stadtgemeinden Groß-Berlins in Steuerfragen möglich zu machen, der Vereinbarung der Magistratsvertreter betreffs Erhöhung des Kommunalsteuerauschlages auf 110 Proz. zuzustimmen, falls die Vertretungen der anderen Stadtgemeinden Groß-Berlins dies gleichfalls tun.“ Der Staatsausschuss stimmte dem Antrage unserer Genossen zu. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten fand der Antrag die einmütige Zustimmung aller Fraktionen und gelangte zur Annahme.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Als erster Punkt stand die Beschlußfassung über die Erhöhung des Gemeindeeinkommensteuerauschlages auf 110 Proz. zur Beratung. Trotdem der Bürgermeister Plethen bei der Begründung der Magistratsvorlage darauf hinwies, daß die jetzige Finanzgebarung Lichtenbergs nicht den Grundfagen einer vorstichtigen und gesunden Politik entspricht, indem man jetzt schon vielfach gezwungen sei, Anleihen für Zwecke aufzunehmen, welche aus laufenden Einnahmen hätten bestritten werden müssen, wandten sich die Bürgerlichen geschlossen gegen die Vorlage. Gerabezu erheitend mußte es wirken, als dieselben Herren, welche bisher bei jeder Gelegenheit mütig vor der Regierung — zurückgewichen sind, plötzlich „im Interesse der — Selbstverwaltung“ den Vorschlag ablehnten. Wie die bürgerlichen Redner ausführten, seien 110 Proz. Zuschlag zu minimal gegenüber den jetzigen Verhältnissen, „daß man dann lieber so fortzuschreiten wolle“. Wenn man etwas wolle, so solle man mindestens 150 Proz. Zuschlag fordern, dann sei man eher bereit, der Sache näher zu treten. Daß das nur Spiegel-scheiterei der Herren war, zeigte sich, als unser Redner Genosse Düweli darauf hinweisen konnte, daß bisher die notwendigsten Einrichtungen, wie Volksbadeanstalt, Erbauung von Schulen usw. stets wegen mangelnder Mittel abgelehnt worden seien. Er er-

Kärte zum Schluß, daß unsere Genossen für die Erhöhung stimmen unter der Voraussetzung, daß die alsdann mehr aufgedrachten 64 000 M. dazu dienen, einen Teil der von ihm kritisiertem Mischstände zu beseitigen. In der Abstimmung stimmten die Bürgerlichen geschlossen gegen die Magistratsvorlage, nachdem zuvor noch Herr Stadtverordneter Schachtel als Erwidrer auf die Ausführungen des Genossen Düssel endlich mit den wahren Ablehnungsgründen heraustrat. Er erklärte nämlich, daß die Sozialdemokraten es ja leicht hätten für die Erhöhung zu stimmen, da es ja für die Arbeiter nicht viel ausmache, während die Hauptsumme von den höher Bemittelten getragen werden müßte. Also — nicht die Erhaltung der Selbstverwaltung, sondern der Geldbeutel war es, welcher die Herren bei ihrer Abstimmung leitete.

Der Sohn des Arbeiters P. Handmann hat sich beim Schulturnen einen Bruch des linken Handgelenkes zugezogen. Da dem aufschreckenden Lehrer ein Verstoß nicht nachzuweisen ist, befiehlt die Versammlung, aus Billigkeitsgründen die Kurkosten zu erstatten. Nach dem Bericht des Rechnungsaußschusses weist die Abrechnung für die Erweiterung der Unformerkation in der Herzbergstraße die Summe von 86 568,89 M., die der Regulierung und Pflasterung des Bienenweges 71 747,10 M., die für die Beschaffung einer Lokomotive für das Elektrizitätswerk 129 200,70 M. und für Verlegung von Speisefahnen für das Elektrizitätswerk 142 822,33 M. auf.

Das in der vorigen Sitzung an eine Kommission zur Vermittlung des Erweiterungs- und Verschönerungs des Stadtparks wurde nunmehr auf Antrag dieser Kommission angenommen. Die hierzu notwendigen Mittel im Betrage von 10 000 M. wurden ebenfalls bewilligt mit der Maßgabe, daß für die notwendigen Bauarbeiten die Summe von 18 500 M. nicht überschritten werden darf.

Verschlossen wurde ferner, das abgeänderte Bauprojekt für eine Bedürfnisanstalt, und zwar Vorkanalar für Männer und Frauen neben dem Grundstück Frankfurter Chaussee 150 auf 'eisenbahn' fälligen Gelände, zu genehmigen.

Den Schluß bildete eine geheime Sitzung.

Mit-Gliedern.

Auf zur Wahl! Heute, Sonnabend abend von 6—8 Uhr, findet bei Bohne die Wahl der dritten Klasse statt. Als Kandidat der Sozialdemokratie fungiert der Genosse Rudolf Vartel.

Am Montag, den 18. März, vormittags von 10—11 Uhr, erfolgt in demselben Lokal die Wahl der zweiten Klasse. Kandidaten der Sozialdemokratie sind hier die Genossen Hermann Reue und Gustav Ullrich. Soll es uns gelingen, in beiden Abteilungen den Sieg davon zu tragen, so ist es die unbedingte Pflicht jedes einzelnen Wählers, sein Wahlrecht auszuüben und den Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme zu geben.

Notawales.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen der zweiten Abteilung ist folgendes: Die drei Kandidaten des Grundbesitzervereins Neuendorf, des Bezirksvereins Nordost, des Gemeindevereins und des Beamtenvereins erhielten 122, 190 und 146, die vom Hausbesitzerverein Notawales und vom Verein für Handel und Gewerbe aufgestellten Kandidaten 209, 145 und 125 Stimmen. Die von der Sozialdemokratie aufgestellten und von der demokratischen Partei unterstützten Kandidaten, die Genossen Leonhard, Decker und Krauspaul brachten es auf 88 bezw. 90 Stimmen. Da die absolute Majorität 198 beträgt, ist nur einer der bürgerlichen Kandidaten gewählt, und zwar der Schlächtermeister Schwarze, so daß von den übrigen vier in die Stichwahl kommen.

Die schon so oft gerügten Anfälle, beim Feueranmachen Petroleum zu verwenden, hat kürzlich wiederum ein Opfer gefordert. Die Ehefrau des Arbeiters M. in der Auguststraße benutzte beim Feueranmachen Petroleum, das in den Aschenraum des Kochherdes fiel und dort zur Explosion kam. Durch die herausschlagende Stichflamme, die sofort ihre Kleidung erfasste, erlitt die Bedauernswerte am ganzen Körper so schwere Brandwunden, daß sie nach dem nahen Krankenhaus gebracht werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Spandau.

Parteilosen, welche nicht Mitglied der freien Gemeinde sind, ihren Kindern aber die Jugendweihe erteilen lassen wollen, wollen sich recht bald beim Vorstehenden D. Konditz, Reumeyerstraße 8/9, melden.

Jugendvereinstellungen.

Freie Jugendorganisation Schöneberg. Am Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, findet bei Andrea, Feuerstr. 16, eine Versammlung statt, in welcher Herr Dr. Euler einen Vortrag über Henri'schen halten wird. Die Arbeiterklasse wird gebeten, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter anzuholen, diese Versammlung zu besuchen.

Die Zehnjährige Abteilung der freien Turnerschaft Rigdors-Preis veranstaltet am Sonntag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, bei Heilig, Rigdors, Ankerstraße, 48—49, eine Versammlung der jugendlichen Turner. Tagesordnung: 1. Turnen und Wandern in der Jugend. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Eltern werden gebeten, ihre über 14 Jahre alten Söhne auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Gerichts-Zeitung.

Luther ein verlassener Kerl?

Die bekannte Verleumdungssache gegen den Herausgeber des „Regeler Anzeiger“ Müller wegen Verleumdung des Kurators Schmidt zu Regal wurde gestern in zweiter Instanz vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III verhandelt. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde: Eine Tochter des Angeklagten kam eines Tages aus der Schule nach Hause und erzählte: Ihre katholischen Mitschülerinnen hätten gemeint, mit ihren Lutherfestspielen sei es nichts, denn der Kurator habe ihnen gesagt, der Luther sei ein verlassener Kerl gewesen, der Papst habe ihn aus dem Kloster gewiesen und da habe er aus Ärger die evangelische Religion gegründet. Von dieser Erzählung seiner Tochter machte der Angeklagte Müller einem bei ihm angestellten katholischen Glaubensbote Mitteilung und forderte ihn auf, doch den Kurator davon in Kenntnis zu setzen, was gesprächsweise von ihm behauptet werde. Darauf wurde die Privatklage erhoben, die in erster Instanz mit Freisprechung endete, da das Gericht für festgesetzt erachtete, daß der Angeklagte Müller selbst gar nicht die beleidigende Behauptung aufgestellt, sondern dem Kurator nur habe unterbreiten lassen, was in Regal von ihm erzählt werde. Der Rechtskläger legte Berufung gegen das freisprechende Urteil ein. In dem gestrigen Termine kam es zum Vergleich. Der Angeklagte gab eine Erklärung dahin ab: er habe nicht behauptet und auch nicht behaupten wollen, daß der Kurator Schmidt im Unterriech erklärt habe: „Luther sei ein verlassener Kerl gewesen“; er trau dem Kurator eine solche Behauptung auch nicht zu. — Kurator Schmidt zog hierauf die Berufung zurück.

Nach Kindesliebe zum Diebe geworden.

Wegen fortgesetzter Diebstähle begangen in der Bergmannsche Fabrik hatte sich der Arbeiter Wilhelm Weidemann, wegen Verfalls dessen Ehefrau Wilhelmine vor dem Schöffengericht Wedding zu verantworten. Weidemann war seit mehreren Jahren in der Stanzerei als Schlichter beschäftigt; im Dezember wurde an die Direktion ein anonymes Brief gerichtet, daß W. seit längerer Zeit Kupfer und Messingabfälle bei Seite bringe. Werkmeister Krüger, bei dem W. arbeitete, fand bei dem Verbot, Weidemann, da er aber nicht selbstständig nachgehen wollte, wurde die Sache der Kriminalpolizei übergeben. Am 8. Dezember wurde Frau Weidemann als bei dem Altisenhändler Wald in der Schulstraße Kupfer und Messingabfälle verkaufen wollte von einem Kriminalbeamten festgesetzt. Da sie angab, dieselben von ihrem Manne erhalten zu haben, wurde gegen beide Anzeige erhoben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Wedding waren beide geständig; sie hätten die Tat nur begangen, um ihrer Tochter, welche seit 3 Jahren krank und im

Krankenhaus liegt, eine bessere Pflege angeheben zu lassen. Während der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe von je 2 Wochen beantragte, erkannte das Gericht, indem es das Motiv der Tat berücksichtigte gegen Weidemann auf 3 Tage, gegen dessen Ehefrau 1 Tag Gefängnis.

Wegen 30 Pf. eine kaum glaubliche Anklage.

Ein Auskunfts-Bureau hatte sich an den Amtsvorsteher von Brodau gewandt und in dem Briefe unter Verfassung von 30 Pf. um Auskunft über einen Einwohner gebeten. Es ist bekanntlich auch allgemein Usus, daß derartigen Anfragen ein kleiner Beitrag beigelegt wird, teils zur Erstattung der Portoauslagen, teils als Honorar für die Auskunfterteilung. Bisher hat niemand hierin etwas Bedenkliches gefunden, ja manche Polizeibehörden erteilen ohne solche Gebühr keine Auskunft. Der Amtsvorsteher von Brodau fühlte sich aber durch die Ueberlieferung der 30 Pf. beleidigt, er erklärte darin — einen Befragungsvorschlag und Übergab das Schreiben nebst der „Bestechungssumme“ von drei schlesischen Böhm der Staatsanwaltschaft! Diese erhob auch wirklich Anklage. Das Schöffengericht sprach den „Verbrecher“ frei mit der Begründung, daß 30 Pf. keine Bestechungssumme darstellten. Vielmehr müsse dem Angeklagten geglaubt werden, wenn er sage, er habe den kleinen Betrag sozusagen als Auskunftsgebühr betrachtet, wie sie auch von anderen Behörden erhoben werde und am allerwenigsten habe er daran gedacht, durch das Geld dem Amtsvorsteher amtliche Geheimnisse herauszuloden. Wegen das Urteil wurde von der Anklagebehörde gar noch Berufung eingelegt, diese wurde jetzt von der Strafkammer in Berlin verworfen.

Der Amtsvorsteher und die Staatsanwaltschaft würden trotz dieses Sachverhalts einschreiten, daß Belästigung bei ihnen zu Hause sei und die Strafverfolgung gegen wirkliche Verbrecher durch solche Anklagen Schaden leiden muß. Bedauerlich, daß die Kosten des Verfahrens dem Antragsteller nicht auferlegt werden konnten.

Blumenhandel in Lokalen.

Händler Schmidt war wegen Uebertretung der Gewerbeordnung angeklagt worden, weil er außerhalb der für offene Verkaufsstellen gesetzlich zugelassenen Zeit den Blumenhandel betrieben habe. Angeklagter betreibt in Berlin den Blumenhandel seit Jahren regelmäßig in etwa 20 sogenannten besseren Restaurationen in der in solchen Restaurants üblichen Weise. Das Landgericht sprach ihn frei, weil sein Gewerbebetrieb kein selbständiger sei, sondern ein Nebenbetrieb des Gewerbebetriebes jener Anzahl Restaurationen, und weil er somit unter die für Gast- und Schankwirtschaften geltenden Bestimmungen falle und nicht unter die Vorschriften über den Handel.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat jetzt das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgeführt: Ein Rechtsirrthum des Vorderrichters sei darin zu finden, daß er die vorliegende Sache ähnlich ansehe, wie eine andere, welche seinerzeit das Kammergericht beschäftigte. In dieser Sache handelte es sich darum, daß ein Restaurateur in seinem Lokal einen Stand an einen Blumenhändler verpachtet hatte, der dort mit seiner Genehmigung Blumenverlosungen (d. h. Blumenhandel in anderer Form) auch noch spät abends und an Sonntagsnachmittagen vornahm. Da habe das Kammergericht allerdings im Einklang mit dem Landgericht diesen Blumenvertrieb als ein Anhängel des Gastwirtschaftsbetriebes behandelt und den Betreffenden von der Anklage der Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung freigesprochen. Hier lägen die Dinge doch wesentlich anders. Es sei kaum denkbar, daß dieser Blumenhandel ein Anhängel von 20 Restaurationsbetrieben sei. Die Sache sei aber noch nicht spruchreif, da die betreffenden Lokalinhaber nicht vernommen seien und man noch gar nichts näheres über die Beziehungen des Angeklagten zu den Restaurateuren wisse. Deshalb müsse das Landgericht sich nochmal mit der Sache beschäftigen und nähere Feststellungen darüber treffen, um auf Grund derselben die Sache noch einmal zu würdigen. Es sei zu prüfen, ob die Restaurateure dem Angeklagten von ihren Rechten etwas abgetreten hätten, ob sie ihn ausdrücklich zugelassen hätten und ob er etwa gleichsam ein Organ jener Wirthe gewesen sei. Ohne solche Feststellungen lasse sich die Sache rechtlich nicht würdigen.

Aus aller Welt.

Deutschlands Großstädte einst und jetzt.

Der industrielle Aufschwung Deutschlands in den letzten 50 Jahren führte naturgemäß auch zu einer früher ungeahnten Zusammendrängung der industriellen Bevölkerung in den Großstädten. Immer neue Komplexe ländlichen Bodens müssen der Bebauung erschlossen werden; wie Pilze schießen die Mietkasernen auf Vändereien empor, auf denen noch vor wenigen Jahren ländliche Produkte gewonnen wurden. Wie ungeheuer der Bevölkerungszuwachs in den großen Städten ist, zeigt die Tatsache, daß am 1. Dezember 1890 nur 7 Städte vorhanden waren, deren Einwohnerzahl 100 000 überstieg; nur eine Stadt, Berlin mit 632 749 Einwohnern, konnte sich rühmen, eine Seelenzahl von über 200 000 zu haben. Bei der Volkszählung im Jahre 1910 hatten dagegen 47 Städte über 100 000 Einwohner, 20 Städte, die wir zum Vergleich folgen lassen, zählten über 200 000 Einwohner. An erster Stelle marschiert natürlich der große „Wasserhahn“ Berlin mit 2 054 153 Seelen gegen 632 749 vor 50 Jahren. Hamburg hatte 696 000 gegen 175 488 im Jahre 1890. München folgt mit 595 058 gegen 107 054, Leipzig mit 585 743 gegen 85 894, Dresden mit 549 883 gegen 145 728, Köln mit 511 043 gegen 122 102, Breslau mit 510 929 gegen 168 819, Frankfurt a. M. mit 414 408 gegen 81 184. Einen ungeahnten Aufschwung hatte Düsseldorf mit 356 730 gegen 44 297. Auch Nürnberg hatte mit 332 539 Einwohnern gegen 70 492 vor einem halben Jahrhundert einen großen Erfolg zu verzeichnen. Ganz besonders befiel Hannover den Ruhm, eine großartige Entwidlung ohne die Beihilfe der Eingemeindung durchgemacht zu haben. Es befiel 299 753 Seelen gegen 79 849 vor 50 Jahren. Eisen ist als Industriestadt ebenfalls eng angeschlossen und befiel 293 000 Einwohner, denen 31 050 im Jahre 1890 gegenüberstehen. Es folgen Chemnitz mit 286 465 gegen 54 827, Stuttgart mit 285 889 gegen 69 054, Magdeburg mit 279 044 gegen 88 501, Königsberg i. Pr. mit 248 059 gegen 101 507 und Bremen mit 248 827 gegen 70 692 Einwohner. Stettin hat 234 083 Seelen bei der letzten Volkszählung eingetragen und nur 70 759 vor 50 Jahren. Den größten Aufschwung einer Stadt die Einwohnerzahl betreffend hat Duisburg genommen. Die Stadt zählte im Jahre 1890 14 500 gegen 27 075 im vergangenen Jahre. Den Beschluß macht Kiel mit 208 845 gegen 18 000 Einwohner vor fünfzig Jahren.

180 Tonnen Sprengstoffe explodiert.

Nach einem Telegramm aus Pleasant Prairie (Wisconsin) sind dort fünf Magazine einer Pulverfabrik mit einem Inhalt von 180 Tonnen Sprengstoffen in die Luft geflogen. Die ganze Anlage sowie mehrere hundert Häuser der Stadt sollen zerstört und Häuser im Umkreise von zehn Meilen beschädigt sein. Die Explosion wurde hundert Meilen weit verspürt und verursachte in den Theatern von Chicago und anderen Städten unter der Zuschauerhaft großen Schrecken. Eine Inseratenteil verantw.: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Person soll getödtet und 350 sollen verletzt worden sein. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollar geschätzt.

Ein neuer Weltrekord.

Der Flieger Nieuport hat am Donnerstag auf dem Flugfeld Bourmelon-le-Grand im nördlichen Frankreich mit zwei Passagieren an Bord eines Eindeckers 80 Kilometer in 44 Minuten 52 Sekunden zurückgelegt. Dies kommt einer Geschwindigkeit von nahezu 108 Kilometer in der Stunde gleich und stellt einen neuen Weltrekord dar.

Smarte Geschäftsmacher.

Der Prozeß, den die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen Hammond und Sully angestrengt haben, wird dieser Tage zur Verhandlung gelangen. Die Höhe der Zollunterschlagungen wird auf zehn Millionen Dollars angegeben. Da die beiden Angeklagten einen großen Einfluß im öffentlichen Leben hatten, wird der Prozeß mit großem Interesse verfolgt. Sully ist nämlich unter dem Namen „Baumwollkönig“ bekannt, während Hammond die Vereinigten Staaten bei den englischen Anordnungsfeierlichkeiten vertreten sollte.

Kleine Notizen.

In Fife eingeschossen. Beim Ueberkreuzen des Schneefusses in der Nähe von Liffie brachen zwei Kinder des Arbeiters Palm aus Sergehen durch die dünne Eisdicke und ertranken.

Schwerer Betriebsunfall. Während des Montierens eines großen Krans auf der Vulkanwerk in Hamburg verunglückten vier Arbeiter dadurch, daß ein ihnen entgleitender dreihundert Kilogramm schwerer Eigenträger das Gerüst durchschlug und die Arbeiter infolgedessen abstürzten. Ein Arbeiter blieb tot, drei wurden schwer verletzt.

Unglücklicher Verwalter. Der langjährige Verwalter der Rasinogesellschaft zu Gutsberg bei Mainz, der frühere Reichswehrmann Georg Müller, hat der Gesellschaft nach und nach 20 000 M. unter Schlägen und Urkundenfälschungen verübt. Müller, der kürzlich entlassen wurde, ist jetzt verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Nächtiger Pestkranter. Ein 15jähriger Arbeiter einer Zuderfabrik in Odessa wurde bei einer ärztlichen Visite als pestverdächtig beanstandet. Derselbe hat sich jedoch, bevor die Kommission zur Untersuchung des Kranken eintraf, gesücht und konnte bisher, trotz aller Nachforschungen, noch nicht ermittelt werden.

Berliner Arbeiter-Verein.

- Ostern I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei B55, Silberhörer Str. 25.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Bog, Weberstr. 6.
- Zadon: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rütische, Reichsberger Straße 88.
- Zaden: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Nebelstein, Wasserstr. 8.
- Westen: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bühler, Karlsruh 17, Ecke Hottelstr.
- Norden I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lachem, Markt. 13b.
- II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Frisch, Drontheimer Str. 4.
- III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bogans, Gaudhstr. 3.
- IV: jeden Sonnabend 1/9 Uhr bei Karstonsky, Bernauer Str. 82.
- Borghaus: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Wd., Sonntagstr. 32.
- Charlottenburg: jeden Sonnabend 1/9 Uhr bei Bernide, Bismarckstr. 38.
- Lichtenberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Wandsberg, Gudenstr. 15.
- Ober-Schönweide: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rodenbusch, Wilhelmshofstr. 64, Ecke Kienhaustr.
- Rigdors I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Stadmann, Renterstr. 45.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Weiße, Hermannstr. 160.
- III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rau, Widenbruststr. 58.
- Spandau: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Demar, Rudower Str. 28.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 12. März, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15—17 und Rigdors, Reichsberger Straße 6: Vortrag von Herrn Walter Trojan: „Die Tugend des Judentums.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. D. 23, Hamburg), Filiale Leipzig. Heute abend von 8—10 Uhr im Lokale von Schmidt, Reichsstr. 22, Beitragszahlung. — Filiale Pankow. Heute abend 9 Uhr bei Schröder, Floranzstr. 5, Mitgliederversammlung. — Filiale U d i e r s h o l. Sonntag vorm. 10 Uhr bei Kauf, Bismarckstr. 16, Mitgliederversammlung.

Redeische Kranken- und Sterbefälle Nr. 5, gegründet 1795. Sonntag, den 12. März, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung bei Röder, Elisenstraße 14.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

B. 3. 40. Rein. — C. 6. 17. Lohnbeschränkung in zulässig. — G. 3. 33. Fragen Sie bei der Baugenossenschaft „Freie Arbeiter“ im Waldmannslust an. — G. W. 100. Das ist möglich. Es empfiehlt sich eine Eingabe ans Gericht. — W. 2. 19. 1. Das Mädchen lebt aber der Vormund. 2. Ja. — G. 6. 88. Frey Schulz, Rigdors, Rainzer Straße 11 II. — Jenz. Sie können sich nur an die Firma Vohrau und Bauer halten. — M. 6. 30. Die Witwe hat keinen Anspruch. — Amundus 22. 1. Ja. 1. Geldstrafe. 3. Strafantrag. 4. Unverhältnißlich. — B. 2. 100. Es ist derselbe Registerbeamte, weshalb Ihre Frau mit Rücksicht auf Erfolg intervenieren kann. — W. 2. 100. Ja. — G. 2. 33. 1. und 2. Rein. 3. Der Richter erhält den Nachlass. — 99. Rein. — 1000 B. Durch die Invalidenrente geht die freiwillige Mitgliedschaft nicht unter. Die Weiterversicherung empfiehlt sich. — F. R. 100. Rein.

Witterungsbericht vom 10. März 1911.

Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in °C)	Stationen	Barometer (hoh mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (in °C)
Amunbe	764	S	4	bedeckt	4	Caparanda	761	S	2
Darmstadt	762	SSW	3	Regen	3	Bielefeld	767	SSW	1
Berlin	764	S	2	bedeckt	0	Essen	—	—	—
Breslau	764	SSW	3	Regen	5	Altenburg	754	SSW	3
München	767	SSW	1	bed. bb.	-1	Carlsruhe	765	SSW	1
Wien	768	SSW	1	bed.	-1				

Wetterprognose für Sonnabend, den 11. März 1911.

Heilmilde heller, ein wenig wärmer, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 9. 3.	seit 9. 3. am 10. 3.	Stationen	am 9. 3.	seit 9. 3. am 10. 3.
Havel, Mühl	459 ¹	+32	Faule, Großh.	245	-17
Regel, Ankersburg	279 ¹	-21	Fabel, Ebanden ¹	153	0
Weiße, Thom	440	+30	Rathenow ¹	172	0
Ober, Mühl	246	-19	Spree, Ederberg ¹	176	-10
Stroben	330	-6	Reckow	217	+3
Frankfurt	348	-12	Seer, Müden	88	-16
Wald, Ederberg	208	-2	Müden	202	-14
Wandau	316	+3	Rein, Wartenburg	440	-16
Nepe, Norddamm	157	0	Rain	334	-23
Eibe, Zeltmeritz	190	-15	Rhin	412	-13
Dresden	66	-17	Redar, Deißkow	150	-31
Parko	430	-10	Rain, Berghaus	274	-12
Magdeburg	364	-4	Rosel, Eder	189	-22

1) + bedeutet Hoch, — Fall. — 2) Unterpost. — 3) Schmelzgrundbesetzen. — 4) Eisfrei.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Zum Frauentag.

Der Propaganda für den Frauentag, wie überhaupt der Förderung des Frauenwahlrechts, ist eine von Genossin Zeilin jetzt herausgegebene Extraummer der „Gleichheit“ gewidmet.

Wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, diesen Frauentag mit unseren Genossinnen gemeinsam zu begehen.

Nach Begründung der Forderung des Frauenwahlrechts resümiert Genosse Bebel:

Ob Junifer oder Rückwärtsler die Bestrebungen nach der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts verachten, ob Dummköpfe sie zu hemmen versuchen, sie werden zum Siege kommen, wenn anders das Streben der Menschheit nach höchster Vervollkommnung aller ihrer Einrichtungen kein leerer Wunsch ist.

Das noch vieles zu tun sei, konstatiert Genosse Vollmar: Es bedarf nur eines Winkes in die ersten Anfänge unserer Bewegung, um zu erkennen, daß die führenden Geister der Sozialdemokratie von jeher grundsätzlich auf dem Standpunkt der Rechtsgleichheit der Frau standen.

Ein redaktioneller Artikel klingt also aus: Es ist der Geschichte ewiges Recht, das das Proletariat zum bezweifelten Vorkämpfer für Frauenrechte erhebt.

Gen. Nieß schreibt u. a.:

Nur wenn das Wahlrecht ein Recht der Persönlichkeit, wenn es allgemein und gleich ist, erweist es sich als eine Waffe, als ein Stück politischer Macht in der Hand einer jeden Frau.

Ein Artikel von W. Zepier schließt wie folgt:

Nicht als Berufsarbeiterin allein heißt nun das Weib von der Gesellschaft gleiches Recht und Achtung bedürftig.

Gen. Hanna begründete die Forderung des Frauenwahlrechts vom gewerkschaftlichen Standpunkt und bemerkt dazu:

Für die Arbeiterinnen sind deshalb die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung.

Gen. Waader hebt folgendes hervor:

Die sozialdemokratische Partei hat stets die Gleichberechtigung des Weibes anerkannt, auch in ihren Einrichtungen kommt

dies zum Ausdruck. Die Arbeit in der Partei, die Wahlen zu den Parteitagungen und Konferenzen, die Betätigung auf diesen Tagungen und bei allen sozialdemokratischen Veranstaltungen wurden als Schule für die öffentliche Betätigung der Frau gewürdigt.

Die Bedeutung der Landtage vom Standpunkte der Frau erörtert Gen. Gradnauer. Sie kommt dabei zu folgendem Schluß:

Natürlich sind auch alle sonstigen Angelegenheiten, die die Landtage regeln, für die Frauen ebenso wichtig, wie für die Männer. Die Steuern, die Fabrikinspektion, das Armenwesen, die Gemeindeordnungen und so viele andere Materien noch berühren die Frauenwelt im guten wie im bösen Sinne.

Gen. Käte Dunder beschäftigt sich mit der Frage, was die Tätigkeit der Frau in der Gemeindevertretung bedeute. Sie sagt:

Frauen in der Gemeindevertretung, das heißt ein Gegengewicht schaffen gegen die engherzige kapitalistische Interessenspolitik, wie sie heute zumeist auf den Rathhäusern betrieben wird.

Frauen in der Gemeindevertretung, das bedeutet Herabsetzung der Kindersterblichkeit, das bedeutet mehr Kindergesundheit, mehr Kindererziehung, mehr Kindergläub.

Frauen in der Gemeindevertretung, das bedeutet auch auf dem Gebiet des sozialen Lazarettdienstes weniger bürokratische Behandlung, weniger Schablone, dafür aber mehr persönliches Verständnis und persönliche Hilfeleistung.

Darum weg mit dem veralteten Vorurteil, daß die Frau in der Gemeinde zu schweigen habe! Sie verlangt das kommunale Frauenwahlrecht nicht nur als ihr gutes Recht, sondern vor allem als Vorbedingung zur Erfüllung sozialer Pflichten.

Zu dem Thema „Frauenwahlrecht und Sozialpolitik“ schreibt Genossin Grünberg:

Wäre das Wahlrecht den Frauen Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstages, sähen dort mehr sozialdemokratische Vertreter der Arbeiterklasse, Frauen so gut wie Männer, so würde der Reichtumstag für die Arbeiterinnen schon seit vielen Jahren Gerechtigkeit und die Einführung des gesetzlichen Achtstundentags für alle weiblichen Lohnarbeiterinnen in greifbare Nähe gerückt sein.

Genossin Barm fordert das Wahlrecht als Mittel des Mutter-schaftsschutzes. Sie konstatiert:

Ein Mittel zur Fürsorge für Mutter und Kind in der Gegenwart, zur Eroberung vollen Rechts für beide in der Zukunft ist das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auch für die Frauen, deren ungeheure Masse nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Unterdrückung lebt.

Von der Genossin Wulff hören wir folgendes:

Sicherlich hat das Weib seine Eigenart. Sie bewirkt, daß die Frauen die Dinge vielfach anders ansehen und erfassen wie die Männer. Im Interesse der Gesellschaft ist es jedoch nur gut, daß dem so ist.

Gen. Linchen Daumann schreibt:

Die Frau, die gleich ihrem Massengenossen ein Objekt der kapitalistischen Ausbeutung ist, hat daher wie er einen Anspruch auf Hilfeleistung durch die Gesellschaft.

Den „Herren“ der Schöpfung schreibt Gen. Steindach unter dem Titel: „Die Dummheiten und die Schlauesten“ dieses ins Stammbuch:

„Weide kommen mit der gleichen Frage: Was sollen denn die Weiber an der Gesetzgebungsmaschine?“, wenn man ihnen klar zu machen sucht, daß es keine, aber auch absolut keine einzige Materie gibt, bei deren gesetzlicher Festlegung die eine Hälfte der Menschheit — die größte noch obendrein, denn das sind wir Frauen doch nun einmal — nicht das Beste, ja in verschiedenem ein größeres Interesse habe als die männliche Hälfte, daß es des-

halb einfach grober Unfug ist, den Frauen das Recht vorzuenthalten, bei der Wahl von „Gesetzgebern“ auch ihre Stimme abzugeben und selbst als Gesetzgeber gewählt zu werden.

Eine Reihe Artikel beschäftigt sich sodann mit Spezialfragen, die Bedeutung des Frauenwahlrechts für das graphische Gewerbe, für die Handlungsgehilfinnen, zu den Gewerbetreibenden, für die Hausangestellten, für Hausfrauen usw. Dann folgen Artikel aus dem Auslande, als Grütze und Aufmunterungen von dort.

Soziales.

Reichseinigungsamt.

Freiherr v. Werleßky hielt am Mittwoch in der „Gesellschaft für soziale Reform“ einen Vortrag, der die Schaffung eines Reichseinigungsamtes erörterte. Der Redner ging davon aus, daß Streiks und Aussperrungen mit dem Wachstum der Unternehmungs- und der Arbeiterorganisationen eine immer größere Ausdehnung annehmen und so eine drohende Gefahr für das Wirtschaftsleben der ganzen Nation darstellen.

Um dies Ziel zu erreichen schlägt der Redner die Schaffung eines Reichseinigungsamtes vor. Was die Befugnisse eines solchen Amtes betrifft, so dürfte es die Parteien in der Wahl ihrer Mittel, durch die sie zur Einigung gelangen wollen, nicht beschränken.

Es müsse ihnen überlassen bleiben, ob sie durch Vertreter ihrer Organisationen oder durch von ihnen oder vom Amt vorgeschlagene Unparteiische verhandeln wollen. Bestehende Einrichtungen, welche die Organisationen zur Verlegung oder Verhütung von Streiks sich selbst geschaffen haben, dürften nicht beeinträchtigt werden.

Ein positiver Einsicht verlangt der Redner von dem Reichseinigungsamt: Es soll eine stets bereite Vermittlerstelle sein. Es soll den streitenden Parteien jederzeit zur Verfügung stehen. Es soll, wenn größere Kämpfe drohen, auch ohne Anrufung durch die Parteien vermittelnd eingreifen, um den Kampf zu verhindern und einen friedlichen Ausgleich zu schaffen.

Das Reichseinigungsamt soll nach dem Vorschlage des Redners aus drei Personen bestehen, die das Vertrauen der Parteien haben und vom Reichskanzler zu ernennen sind.

Advertisement for A. WERTHEIM, ROSENTHALER STR. and ORANIEN-STR. featuring clothing items like Blusenhemd, Kostümrock, and Besondere Angebot für Sonnabend with prices like 3.90 and 5.90.

Wäre die Nation vor den Folgen schwerer wirtschaftlicher Kämpfe geschützt werden.

Die dem Vortrage folgende Diskussion war belanglos. Stadtverordneter Goldschmidt, Gewerbegerichtsbeisitzer Ingenieur Bernhardt und Malermeister Kruse stimmten dem Referenten im allgemeinen zu.

Der gutgemeinte Vorschlag des früheren Ministers ist etwas reichlich utopisch. Eine Organisation durch Reichsarbeitsämter nach Maßgabe der oft gestellten sozialdemokratischen Anträge würde Reichseinigungsämter überflüssig machen und auf brauchbarem, dem realen Leben entnommenen Unterbau beruhen, während die Verleptische Organisation in der Luft schweben und kraftlos sein würde.

Vorort-Nachrichten.

Wilmsdorf-Galensee.

Die Rückständigkeit der Stadt Wilmsdorf in sozialpolitischen Fragen tritt bei der jetzigen Beratung des Etats für das kommende Geschäftsjahr besonders grell zutage. Die für die Arbeiterbevölkerung wichtigsten Abteilungen im Budget, nämlich die des Schulwesens, der Armen- und Waisenfürsorge und der eigentlichen Wohlfahrtsfürsorge lassen fast bei jeder Position erkennen, wie wenig die reichste Stadt Preußens, die auf diesen Gebieten bahnbrechend vorgehen könnte, selbst für die notwendigsten Pflichten Verständnis zeigt. Man braucht durchaus nicht in die Ferne zu schweifen, sondern nur mit den beiden Nachbarorten Charlottenburg und Schöneberg Vergleiche anzustellen, um die soziale Pflichtvernachlässigung der Wilmsdorfer Kirchturnspolitiker würdigen zu lernen. Im Etat für das Volksschul-

wesen soll Wilmsdorf jetzt endlich zu einem dritten im Nebenamt tätigen Schularzt kommen, und somit ist die Statposition hierfür von 3000 M. auf 4500 M. erhöht worden. Schöneberg mit einer etwas über die Hälfte höheren Einwohnerzahl hat für das Schularztwesen 12 000 M., Charlottenburg, das nicht ganz dreimal soviel Einwohner zählt als Wilmsdorf, hat hierfür 29 940 M. eingestellt. Für Jugendspiele und Schülerwanderungen gibt Wilmsdorf 7212,50 M., Charlottenburg 37 110 M. aus, für orthopädische Kurse stellen sich die Positionen in Wilmsdorf auf 1950 M., in Charlottenburg auf 11 200 M. Die Ausgaben für Schulzahnpflege beziffern sich in Wilmsdorf auf 1000 M., in Schöneberg auf 10 478 M., in Charlottenburg auf 18 825 M. Auch das Fortbildungsschulwesen ist in Wilmsdorf sehr im Rückstande, was sich darin zeigt, daß diese Stadt hierfür an Ausgaben 16 300 M. eingesetzt hatte, wohingegen Schöneberg 60 880 M. und Charlottenburg 185 965 M. hierfür aufwendet.

In der Armen- und Waisenfürsorge werden an Vorunterstützungen ausgegeben in Wilmsdorf 61 800 M., in Schöneberg 229 000 M. und in Charlottenburg 814 000 M. Mögen diese Ziffern vielleicht insoweit nur einen relativen Wert haben, als die Zahl der Armen am Ort nicht sehr groß ist, so kommt aber in Betracht, daß die Verwaltung hier wie auch in anderen ehrenamtlichen Körperschaften die Arbeiter wohl ihrer sozialdemokratischen Gesinnung wegen konsequent von jeder Mitwirkung ausschließt. In Berlin sowie in den größeren Vororten sind zahlreiche Sozialdemokraten als Armenpfleger usw. tätig; in Wilmsdorf hingegen spielt in dieser Hinsicht die politische Haltung die wichtigste Rolle, und tatsächlich ist heute noch kein einziger Sozialdemokrat in irgend einer derartigen ehrenamtlichen Stellung. Aber auch in der Wohlfahrtsfürsorge der Stadt tritt dieser Haß gegen die Sozialdemokratie scharf hervor. Man braucht nur auf die städtischen Volksbüchereien zu

sehen, für die in Wilmsdorf die geringfügige Summe von 10 000 M. eingesetzt ist, wohingegen Schöneberg 46 810 M., Charlottenburg 64 087 M. hierfür aufwendet. Während in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg den selbstverständlichen Grundfragen der Gerechtigkeit entsprechend in den Volksbüchereien neben der konservativen und liberalen Parteiliteratur auch die sozialdemokratische angemessen vertreten ist, steht allen Erstes in dem Wilmsdorfer Katalog keine einzige sozialdemokratische Schrift verzeichnet. Hier glaubt man eben noch vor der großartigsten Kulturbewegung der Gegenwart den Kopf in den Sand stecken zu können. Weil bis vor kurzem die reaktionären Elemente unbeaufsichtigt schalten und walten konnten, ist es verständlich, daß auch auf dem allgemeinen Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge noch wenig oder gar nichts getan ist. Um nur einiges zum Vergleich heranzuziehen, heben wir hervor, daß Charlottenburg für das kommende Jahr in der Tuberkulosefürsorge 134 160 M. und in der Säuglingsfürsorge 180 000 M. aufwenden will. In Wilmsdorf lauten die Ziffern für Tuberkulosefürsorge 18 000 M. und für Säuglingsfürsorge 23 250 M.

Unfere beiden Parteigenossen im Wilmsdorfer Stadtparlament haben unter den hier geschilderten Umständen keinen leichten Stand. Gewiß ist im Magistrat eine Strömung vorhanden, die auf sozialpolitischem Gebiet mit Groß-Berlin langsam in eine Reihe kommen möchte. Andererseits wendet die konservativ-nationalliberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sich bewußt dagegen, daß Wilmsdorf den Forderungen der Zeit nennenswerte Konzessionen mache. Man glaubt eben, sich grundsätzlich diesen Forderungen verschließen zu können, und empfindet es dann als unangenehme Störung, wenn die Opposition rücksichtslos die Finger in die Wunde legt.

Sie kaufen preiswert



nur in einem Geschäft, das seine Konfektion selbst fabriziert, das schon beim Einkauf der Rohstoffe aus den ersten Fabriken den alles vertuernden Zwischenhandel umgeht. Dies Geschäft kann auch Ihnen die hieraus erwachsenden Vorteile zu gute kommen lassen in Gestalt niedrigster Verkaufspreise.

Folgende

Ulster und Paletots

sind aus erprobten Stoffqualitäten neuester Musterung, mustergültig in Ausführung und Sitz und durchweg Erzeugnisse

eigener Fabrikation

	M.
4224 Cheviotstoff gestreift in grau u. mode	18
4225 Cheviotstoff schmal gestr., m. Effekt	23
4213 Cheviotstoff braun m. breitgegr. Eff.	27
4157 Diagonal gemustert	29
4172 Ulsterstoff engl. Art, bes. schöne Dess.	29
4283 Paletotstoff Kovertkoatm. farb. Eff.-Str.	32
4180 Meltonstoff Rautenmuster	34
4193 Cheviotstoff mit Streifen effekt, oval	38
4188 Ulsterstoff engl. ganz neue Dessins	42
4187 Diagonalcheviot Schlangenbandg.	45
4228 Kovertkoat glatte Strichware	48
4282 Kammgarnstoff dunkelgestreift	54
4283 Kammgarnstoff modifarb.	58

Der neue Frühjahrs-Katalog steht auf Wunsch zur Verfügung!

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Haupt-Strasse 161 Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrich-Strasse

Die Eröffnung der neuen Räume findet am 18. März statt. Man beachte die Insetrate der nächsten Woche!

Schweinefleisch!

Pökelschinken Pfd. 75 Pf.	Prima Rückenfilet . . . Pfd. 55 Pf.
Käbler, sehr mild 75	Lieserl 60
do., Kotelett 80	Schmorfleisch ohne Knochen 90
Schweinefleisch mit Schwarze 70	Roulade 95
Schinken 70	

Willy Ewald

SO., Oppelner Straße 12

an der Wrangelstraße.

Carl Dittmann

Spezialgeschäft für Wild, Geflügel, Fische.

Fernsp. Nr. 490 Rixdorf, Berliner Str. 42 gegenüber dem Amtsgericht.

Fette große Suppenhühner Stück 2,25, 2,50, 2,75 M.

Schneehühner Stück 1,10 M. Kaninchen Stück 1,00-1,25 M.

Seltene Angebot! Lebende Karpfen Pfund 75 Pf.

Lebende Hechte Pfund 80-90 Pf.

Lebende Schleie 1,20-1,40 | Lebende gr. Plötzen 0,60-0,70

" Bleie . . . 0,60 | " Brat-Plötzen 0,50

" Aländer . . . 0,80 | " Aale . . . 1,20-1,40

Gablau . . . 0,30-0,35 | Flunder 0,30

Schellfisch . . . 0,35 | Rotzunge 0,60

Fluß-Zander 0,75-0,85

Wurst

Rixdorf

Fleisch

Linke's Fleischwaren-Zentrale

4 Hermann-Platz 4.

Sämtliche Wurstwaren 5 Proz. billiger, bei ganzen Würsten Engrospreise.

Thüringer und Zwiebelwurst . . . a Pfd. 50 Pf.	Rückenfilet 1 Pfd. 55 Pf.
bei 5 Pfd. 48 "	" extra stark 1 Pfd. 60 "
Landleberwurst 85 "	bei Abnahme von 5 Pfd. 58 "
Mettwurst 65 "	Schweinebauch b. 5 Pfd. 60 "
bei 5 Pfd. 63 "	Kasseler ff. 1 Pfd. 75-85 "
Täglich frische Polnische 70 "	Prima Lammfleisch 1 Pfd. 70-85 "
Hallesche und Pommersche Landleberwurst, hochfein im Geschmack Pfd. 1,15 M.	" Suppenfleisch 1 Pfd. 65-85 "
Schlackwurst von 1 M. an.	" Ochsenfleisch 1 Pfd. 75-95 "
Prima harte Holsteiner Schlackw. Pfd. 1,30	" Kalbfleisch 1 Pfd. 75 Pf. an
Allerfeinste Teewurst Pfd. 1,30-1,60	Knochenfleisch 1 Pfd. 25 Pf.
Allerbeste Thüring. Cervelatwurst Pfd. 1,65	Rinderherz 1 Pfd. 45 "
Prager Schinken u. Schweinebrat. 1/2 Pfd. 40 Pf.	Euter 1 Pfd. 35 "
Speck ff. fett 1 Pfd. 70 "	
Speck ff. mager 1 Pfd. 80 "	

Prima Westfälische Blockwurst 1/2 Pfd. 35 Pf., in ganzen Würsten Pfd. 1,30 M.

Lunge, Leber täglich frisch.

Unerreichte Billigkeit!

Wir bitten unsere Schaufenster zu beachten!

Holzwaren für die Küche

Quirl und Löffel in Buche	3 u. 5 Pf.
Reibecken und Fleischklopper in Buche	8 u. 18 Pf.
Schneidbrettchen, Schweinchen- u. Blattform in Buche 8 Pf.	
Fleischhackbretter, stark Buche	18 u. 48 Pf.

Bürstenwaren

Handwaschbürsten, poliert 12 Pf.	weiß 6 Pf.
Schneurbürsten, . . . groß 18 Pf.	klein 9 Pf.
Schrubber 23 Pf.	extragroß 38 Pf.
Handfeger, reine Borsten 38 Pf.	Roßhaar 48 Pf.
Besen, Roßhaar 95 Pf.	Borsten 48 Pf.

Holzwaren für das Zimmer

Bauerntische, imit. Nußb., f. pol.	2,85 u. 1,95
Paneelebretter, imit. Nußb., alle Größen	0,28-3,75
Handtuchhalter mit Brett, bewegl. Stange	0,38-0,48
Konsolle, imit. Nußb., alle Größen	Paar 0,48 u. 0,25
Bücherbretter, imit. Nußb., 2teilig	0,95

Holzwaren für die Küche

Handtuchhalter und Paneelebretter	48 u. 95 Pf.
Küchen-Konsolle, imit. Eiche	10 Pf.
Fußbänke, imit. Eiche, extra stark	48 Pf.
Quirlgarnituren, verschiedene Ausführungen	38 u. 95 Pf.
Gewürz-Etagere, extrafein	statt 2,00 nur 1,25

Bürstenwaren

Wichsbürsten 25 Pf.	Roßhaar 95 u. 48 Pf.
Kleiderbürsten 25 Pf.	reine Borsten 48 Pf.
Möbelbürsten, Ia Qualität	48 Pf.
Gläserbürsten, spitz und rund	95 u. 48 Pf.

Wäscheleinen,

Ia Jutegarn, extra stark, 40 m 95 Pf., 50 m 48 Pf.
Fensterleder, Ia Ware 95 u. 48 Pf.
Gardinenstangen 33 Pf.

Emaile, extra billig

Elmer, 22, 26, 28 cm nur	48, 58, 67 Pf.
Elmer, dekor. 28 cm 88 Pf. mit Deckel 1,85	
Wannen, oval, 35 cm 9,95, 40 cm 1,25, 50 cm 1,95, 60 cm 2,85	

Stahlpfannen, ein Posten extra billig! 48, 65, 95 Pf.

L. KATZ & CO.

Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof.

Emaile, extra billig

Kasserollen	48, 35 Pf.
Maschinenöpfe	48, 25, 18 Pf.
Kaffeeflaschen mit Patent	48 u. 33 Pf.
Schmortöpfe	95, 48, 35 Pf.

:: BERLIN O. ::
Gr. Frankfurter Str. 126
Eckhaus
Koppen-Strasse

S. WEISSENBERG

:: BERLIN O. ::
Gr. Frankfurter Str. 126
Eckhaus
Koppen-Strasse

Für die Einsegnung!

Schwarze oder weiße reinwollene Cheviots ca. 90/110 cm breit Meter M.	0.95	1.20	1.50	Schwarze oder weiße glatte und gemusterte Alpaccas ca. 90/120 cm breit Meter M.	1.25	1.65	2.—
Schwarze oder weiße reinwollene Kammgarn- und Crèpestoffe ca. 90/110 cm breit Meter M.	1.50	1.90	2.25	Schwarze wollene und halbseidene Grenadines ca. 90/100 cm breit Meter M.	1.25	1.75	2.25
Schwarze oder weiße reinwollene Satintuche ca. 90/110 cm breit Meter M.	1.35	1.75	2.50	Schwarze glatte reinseidene Stoffe in neuen Geweben ca. 45/50 cm breit Meter M.	1.25	1.75	2.40
Schwarze oder weiße reinwollene Serges und Cachemires ca. 90/110 cm breit Meter M.	1.50	1.85	2.25	Schwarze reinseidene Damassés ca. 45/50 cm breit Meter M.	1.45	2.—	2.75
Für Prüfungskleider: Einfarbige ganzwollene Kammgarnstoffe, Cachemires, Satins, Batiste, Popeline u. Körper-Bindungen, sowie moderne Streifen und Fantasie-Muster, ca. 90/110 cm breit Meter M.				1.50 1.90 2.25 2.45 3.—			



Clara
M. 14.50

Selma
M. 16.50

Hedwig
M. 22.50

Gertrud
M. 27.50

Regina
M. 29.75

Betty
M. 34.50

Einsegnungs- und Prüfungskleider werden nach Maß in kürzester Zeit ohne Preiserhöhung angefertigt.

Weiße Unterröcke mit Stickerei oder Spitzen-Volants :: :: :: :: ::
Stück M. 2.95 3.50 4.50

Schwarze Satin-, Moirée- oder Alpacca-Unterröcke in den neuesten Ausführungen
Stück M. 4.25 5.50 6.75

Schwarze seidene Blusen :: :: :: :: ::
in sehr geschmackvollen Ausführungen
Stück M. 8.50 10.50 12.75 15.40

Schwarze Kostümröcke :: :: :: :: ::
in den neuesten Macharten
Stück M. 7.75 9.50 12.25 14.50

Möbel-
Kredit

Kredit an
Jedermann

J. Ostrowski jr.

(mit Frankfurter Tor) Gr. Frankfurter Strasse 1 (dem Memorial Park)

Grösstes Möbel-Kaufhaus
des Ostens

mit Kredit-Bewilligung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Spezialität:

Ein- u. Zwei-Zimmer-Wohnungen

Anzahlung von 15 bis 30 Mark an

Grosse Auswahl

Schlafzimmer □ Speisezimmer

Herrenzimmer □ Farbige Küchen

Bequeme Teilzahlungen

Kulant

Reell

Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

Spezialhaus guter Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß.

Einsegnungs-Anzüge

in gutem, tiefschwarzem Cheviot, Satin-Kammgarn und Tuch-Kammgarn
Moderner, eleganter Schnitt

Schwarzer Cheviot, sehr solide und haltbar	Hochfeines schwarzes Rips-Kammgarn von feinem Rips
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 11.— 12.— 13.— 14.— 15.—	Anzug 19.— 20.— 21.— 22.— 23.—
Schwarzes Satin-Kammgarn, sehr solide	Hochfein. schwarzes Tuch-Kammgarn, sehr solide Qualität
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 13.— 14.— 15.— 16.— 17.—	Anzug 21.— 23.— 25.— 27.— 29.—
Gutes schwarzes Satin-Kammgarn, sehr zu empfehlen	Sehr elegantes schwarzes Tuch-Kammgarn, Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 15.— 16.— 17.— 18.— 19.—	Anzug 23.— 25.— 27.— 29.— 31.—
Sehr gutes, fein geripptes Satin-Kammgarn	Hochfein. schwarzes Tuch-Kammgarn, beste Qualität, Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 17.— 18.— 19.— 20.— 21.—	Anzug 25.— 27.— 29.— 31.— 33.—
Beste blauer Melton-Cheviot, haltbare solide Qualität	Ia blaues Kammgarn, beste Verarbeitung u. Zutaten, vollkomm. Ersatz für Maß
Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44	Größe 10/12 38/39 40/41 42/43 44
Anzug 16.— 17.— 18.— 19.— 20.—	Anzug 23.— 24.— 25.— 26.— 27.—

Prüfungs-Anzüge

in aparten modernen Stoffarten, neueste Moden, moderner Schnitt

13.— 14.— 15.— 16.— 17.— 18.— 19.—
20.— 22.— 24.— 26.— 28.— 30.— 32.—

Der neue reich illustrierte Pracht-Katalog mit Angaben der neuesten Moden für Frühjahr und Sommer ist erschienen. — Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.



Trumeau M. 52.-



Schrank M. 62.-



Vertiko M. 62.-



Tisch M. 35.-



Sofa M. 62.-



Bettstelle mit Matratze M. 60.-



Stuhl M. 8.50

Große Auswahl in Wohnungseinrichtungen
Als Beispiel meiner Leistungsfähigkeit diese Einrichtung in apartem Muster mit 2 Bettstellen (Matratzen) 4 Stühlen, 1 kompletten farbigen Küche, nur 476 M.
Ganz besonders günstiges Angebot!
Büfette, Bücherschränke, Schreibtische, Klubsessel u. sonstige einzelne Klein-Möbelstücke zu ausnahmsweise billigen Preisen.

Bitte verlangen Sie Katalog gratis und franko.

Zur Einsegnung!
Konfirmations- und Prüfungskleider



Cheviot, Satintuch, Foulé u. Voile
schwarz, weiß und moderne Farben
gediegene Stoffe, beste Verarbeitung, prima
Zusätze, gut sitzende, kleidsame Fassons
16⁵⁰, 19⁵⁰, 22⁵⁰, 27, 33 M.
Backfisch-Paletots aus engl. Stoffen
5, 7, 9, 12 M.
Backfisch-Jacketts schwz. Kamm-
garn und Tuch
9, 10, 12, 15 M.
Backfisch-Jackenkleider
8, 12, 18, 24 M.
Kostümröcke, blau und schwarz
und regenechtes, englisches Stoff
3⁵⁰, 5⁷⁵, 7⁵⁰, 11, 13⁵⁰, 18, 21 M.
Blusen Enorm billig! Blusen
Wolle, Seide, Tüll
Auch für stärkere Damen passend.
Trauerkleider von 20 M. an

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
12 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz
Sonntags geöffnet.

Bekannt als beste und billigste
Bezugs-
quelle
für
Herren-Hüte
in jeder Preislage.
Charlottenburg,
Berliner Str. 51.
Gegründet 1875.
Radloff,

Blitz-Briketts
von staunenerregender Heiz-
kraft, 100 Stück ab Lager meiner
Küchen 76 Pf., frei Haus 90 Pf.
Für 10 Pf. 13 Stück.
Bernhard Raeder, Zeughofstr. 21.

18. März

Gedächtnis-Kränze
in jeder Größe liefert 5000
Blumen-Becker
O., Frankfurter Allee 3.

Möbel
Ganze Wohnungseinrichtungen,
Zimmer- und Küchleinrichtungen,
sowie jedes Stück einzeln zu den
billigsten Preisen in guter ge-
legener Arbeit empfiehlt
Wilh. Lambrecht,
Berlin SW., Simeonstr. 19
Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste

Toupets, Locken,
Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

**Gardinen-
Spitzen-Woche**

Enorm billiges Extra-Angebot:

Gardinen, Stückware . . Mtr. 60, 48, 32 Pf.	Gardinen, abgepaßt, Fenster 2 Flügel 3.75, 2.95, 1.75	
Gardinen, Stückware . . Mtr. 90, 75, 65 Pf.	Gardinen, abgepaßt, Fenster 2 Flügel 7.25, 5.90, 4.25	
Ein Posten abgepaßte Gardinen Fenster 2 Flügel, Wert bis 8.75 jetzt 5.25, 4.25	Ein Posten Erbstüll-Bettdecken mit Volant, Wert bis 9.75 jetzt 5.85, 5.25, 3.95	Ein Posten Erbstüll-Bettdecken m. Volant, über 2 Betten, Wert bis 18.50 jetzt 11.25, 9.75, 7.90
Erbstüll-Gardinen Fenster 2 Flügel 11.75, 8.50, 6.50	Tüll-Bettdecken , weiß oder creme 3.75, 2.45, 1.55	
Künstler-Gardinen , in englisch und Erbstüll, Fenster 2 Flügel, 1 Lambrequin 12.25, 9.50, 6.75	Tüll-Bettdecken , über zwei Betten 7.25, 4.75, 3.45	
Restbestände Gardinen und Stores 1 u. 2 Fenster, enorm billig	Ein Posten Erbstüll-Halb-Stores mit Volant, Wert bis 9.75 jetzt 5.75, 4.25, 2.45	Ein Posten Erbstüll - Stores mit Volant, Wert bis 11.50 jetzt 6.50, 5.75, 3.45
Engl. Tüll-Stores moderner Dessins 4.25, 2.75, 1.65	Kongreß-Stoff weiß u. creme, glatt und gestreift Mtr. 65, 50, 36 Pf.	
Erbstüll- u. englische Tüll-Serien-Stores bis 2.20 cm breit in großer Auswahl	Gardinenmull ca. 125 cm breit Mtr. 90, 65 Pf.	
Ein Posten Madraß-Garnituren 2 Flügel u. Lambrequins, Wert bis 9.75 jetzt 6.25, 5.25	Ein Posten altgold und creme Rouleaus-Damast 130 cm breit, Wert bis 1.65 jetzt Mtr. 1.15, 95 Pf.	Mull - Gardinen in neuen Punkten, 2 Flügel, 1 Lambrequin, 10.25, 8.75
Rouleaus , ein- u. zweiteilig, reich bekränzt 3.25, 1.95, 1.25	Erbstüll-Scheibenschleier mit Volant 1.25, 95, 65 Pf.	
Scheiben-Gardinen , weiß und creme 55, 32, 18 Pf.	Scheibenschleier engl. Tüll, weiß u. creme Mtr. 55, 42, 23 Pf.	
Gardinen-Stangen 95, 75, 48 Pf. verstellbar 1.15	Portierenstangen mit Zubehör 3.75, 2.95, 1.95	
Extra preiswert Tüll-Decken und Läufer creme und weiß, neue Dessins 75, 48, 28 Pf.	Ein Posten Erbstüll - Läufer Stck. 95 Pf.	Ein Posten Erbstüll - Garnituren 95 Pf.
Sehr preiswert Pointlace-Decken u. Läufer 275, 225, 135, 95 Pf.	Extra-Angebot ca. 1500 Mtr. Tüll-, Valenciennes-, Zwirn- und Spachtel-Einsätze Mtr. 48, 28, 13, 9 Pf.	Tüll-Spachtel- Decken und Läufer 185, 135, 95 Pf.
Ein Posten Tüll-Valencienne-Stoffe Mtr. 195, 135, 95 Pf.	Sehr preiswert Tüll-Valencienne - Spitzen Mtr. 48, 28, 18 Pf.	Rouleaus- u. Gardinen- Spitzen Mtr. 28, 18, 12 Pf.



Der Jude

Dieser berühmte Roman von Carl Spindler er-
scheint gegenwärtig in der illustrierten Zeitschrift
„In Freien Stunden“

Neben dem Hauptroman gelangen zum Abdruck
Erzählungen, Novellen, Skizzen, Humoresken und
kurze Abhandlungen aus allen Wissensgebieten

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pfennig

Halbjährlich erhalten die Abonnenten ein gutes **Kunstblatt gratis!**

Verlangen Sie kostenlose Zusendung einer Probenummer
Bestellungen nehmen alle Zeitungsträger entgegen sowie
die Ausgabestellen des „Vorwärts“.

**Wäsche, Trikotagen
Schneiderei - Artikel**
Neu
aufgenommen: **Bettfedern.**
Margarete Dietrich, Mirbachstr. 25
Ecke Samaritorstraße.

Kaufhaus

Wilhelm Joseph

Berlin W., Gr.-Görschenstr. 1. Schöneberg, Hauptstr. 163.